

NEUE ZEIT

SEPTEMBER 1980

39

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305



WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Abgeschrieben

aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Lesers



Kernwaffen
NEIN
Frieden
JA

PSF-77

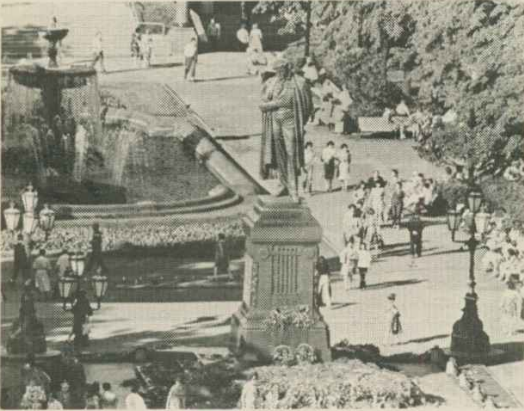
7500-7101

BIBLIOTHEK-BEZ

14159-39

123 678 190

Puschkin-
Denkmal



Die Moskauer Ringstraßen sind nicht nur Verkehrsadern und beliebte Erholungsstätten der Hauptstadt, sie erinnern auch an die ruhmreiche Vergangenheit. Boris Godunow hatte einst die Festungsmauern um die Stadt errichtet. Sie wurden im 18. Jahrhundert zerstört und an ihrer Stelle entstanden Boulevards, von denen einige noch heute die alten Namen tragen: Twerskoi, Strastnoi, Sretenski, Roshdestwenski...

Die erhalten gebliebenen alten Bauwerke entlang dem Ring bewahren das Kolorit vergangener Epochen. Vieles erinnert hier an Menschen, deren Namen wir mit Hochachtung nennen: A. Puschkin, A. Gribojedow, A. Herzen... Im Haus Suworow-Boulevard 7 verbrachte Nikolai Gogol seine letzten Lebensjahre. Im Haus der Journalisten (früher Pressehaus) lasen A. Block, S. Jessenin und W. Majakowski ihre Gedichte.

Im Zuge der Rekonstruktion bekommen auch die Boulevards ein neues Antlitz. Man kann sie sich heute kaum ohne die neuen Gebäude des Moskauer Künstlertheaters und der TASS denken. Gleichzeitig werden die architektonisch und historisch wertvollen Bauten der Vergangenheit sorgfältig bewahrt. Der Rekonstruktionsplan sieht vor, die Hufeisenform der Boulevards zu einem Ring zu erweitern.

Die Boulevards spielen ihre Rolle für die Hauptstadt. Sie durchziehen sie mit einem Grüngürtel, der als eine Art Ventilationskanal die anliegenden Viertel mit reiner Luft versorgt.

Boulevards und Plätze des Rings dienen ferner als Grundlage zur Bildung eines Systems architektonischer Ensembles an den Kreuzungen der Hauptverkehrsstraßen.

Im Sommer spendet das Laub der Bäume Kühle, im Winter ist alles in einen Frostnebel und in glitzernden Schnee gehüllt.



Boulevard
von oben



Neues Gebäude
des Moskauer
Künstlertheaters

Kleine Skizze



Platz
am Nikitski-
Tor



Alte Eiche

Rast
am Springbrunnen



DIE VÖLKER WOLLEN DEN FRIEDEN

In Sofia ist das Weltparlament der Völker für den Frieden zusammengekommen. Nicht alle Repräsentanten im Tagungssaal sind Parlamentarier. Doch die hohe Kompetenz und der repräsentative Charakter des Forums sind unbestritten. Das vordringlichste Problem der Gegenwart, die Frage von Krieg und Frieden, wird von Vertretern aller Kontinente, aller Regionen und fast aller Staaten der Erde, von Parlamentsabgeordneten und Mitarbeitern kommunaler Verwaltungen, von internationalen und nationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, von progressiven politischen Parteien und Gewerkschaften, gesellschaftlichen Bewegungen und religiösen Kreisen erörtert. Das ist der beste Beweis dafür, welch großes Echo der Appell des Weltfriedensrates gefunden hat. In unserer komplizierten Zeit dürfen keine noch so unterschiedlichen Ansichten und Anschauungen einen offenen Dialog oder gemeinsame Aktionen für die Zukunft der Menschheit verhindern. Jetzt muß Alarm geschlagen werden!

Eine Statistik des letzten Viertels des 20. Jh. zeigt, daß eine Milliarde Männer, Frauen und Kinder unter Hunger, Elend und Krankheiten leiden, während täglich mehr als eine Milliarde Dollar vom Moloch des Wettrüstens aufgefressen wird. In den Arsenalen sind UNO-Schätzungen zufolge fast 1,5 Mio Atombomben des Hiroshima-Typs aufgehäuft — und damit könnte man 15mal alles Leben auf Erden vernichten. Nicht nur von den Staaten und den Regierungen hängt die Antwort auf die Frage ab, ob es zu einer neuen Runde des Wettrüstens kommt, die unvergleichlich gefährlicher und verheerender wäre, als alles, was bislang bekannt ist. Die Menschen dürfen das Wettrüsten nicht fatalistisch hinnehmen. Das würde die Katastrophe bedeuten!

Die Welt, in der wir leben, macht große soziale Veränderungen durch. Jene, denen die positiven Veränderungen gegen den Strich gehen, greifen wieder zu den Waffen, schüren die Kriegspsychose. Die Verfechter einer Konfron-

tation stationieren in Westeuropa immer neue Massenvernichtungswaffen. Sie heizen die Lage im Fernen, Mittleren und Nahen Osten an, bereiten zusammen mit den Pekinger Hegemonisten Kriegshandlungen in Südostasien vor. Fieberhaft errichten sie Stützpunkte am Indischen Ozean, verstärken ständig ihre Flotten im Persischen Golf und im Mittelmeerraum, agieren in Ländern Afrikas, Mittelamerikas und der Karibik. Carters Direktive Nr. 59 geht von der Möglichkeit eines „begrenzten“ Nuklearkrieges aus und erklärt die faktische Bereitschaft des Imperialismus, ihn zu entfesseln. Und wie raffiniert sich die Urheber der Doktrin auch tarnen mögen, um die Völker zu betrügen — selbst in den USA nahestehenden Kreisen gesteht man ein: Die Risikoschwelle wird gesenkt, was „logischerweise den Übergang in der Nuklearstrategie von der politischen Abschreckungswaffe zur militärischen Einsatzwaffe“ bedeutet. Kann man etwa zulassen, daß sich die Menschen an den Gedanken gewöhnen, ein nuklearer Weltbrand sei nicht abzuwenden? Die Völker sind fest entschlossen, ein Holocaust nicht zuzulassen, dem Imperialismus nicht zu erlauben, die Menschheit, die in den 70er Jahren nicht wenige Schritte auf dem Weg des Guten und der Entspannung getan hat, erneut in den Dschungel des Bösen und der Spannungen zu stoßen.

Das Erreichte läßt sich nicht durchstreichen. Die Völker haben den Frieden nie für eine Himmelsgabe gehalten. „... Der Wille der Völker hat über alle Hindernisse den Weg für jene positive internationale Richtung gebahnt, die mit dem umfassenden Begriff der Entspannung bezeichnet wird“, sagte Leonid Breschnew. „Eine solche Politik hat tiefe Wurzeln geschlagen. Sie wird von starken Kräften unterstützt, und diese Politik hat alle Chancen, die Haupttendenz in den Beziehungen zwischen den Staaten zu bleiben.“

Für den endgültigen Sieg dieser Tendenz kämpfen die Friedenskräfte heute auf mehreren internationalen Foren zugleich. So auf der 35. UNO-Vollversammlung, die ein ganzes Spektrum von Fragen behandelt, deren Lösung die Wiederaufnahme des kalten Krieges verhindern soll. So in der Vorbereitungsrunde des Madrider Treffens, wo Hindernisse zu überwinden sind, die sich in letzter Zeit bei der Festigung der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit aufgetan haben. So im Weltparlament in der bulgarischen Hauptstadt, das die aktive Teilnahme der Völker an der Lösung der Fragen von Krieg und Frieden verkörpert. Der imperialistischen Politik werden hier die unterschiedlichen gemeinsamen Aktionen der Friedenskämpfer entgegengesetzt. Es hat tiefen Symbolgehalt, daß das Weltparlament, das den unerschütterlichen Willen der Völker demonstriert, in Sofia, der Metropole eines sozialistischen Landes, stattfindet. Die jetzige Generation und künftige Generationen dürfen nie die Schrecken eines Krieges kennenlernen!

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 39 SEPTEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die Völker wollen den Frieden	1
G. Stach — Initiativen für den Frieden	5
G. Rjabow — Raumfahrtstation Kuba	6
J. Wampilow — Konferenz in Genf	6
F. Levizki — Polen. Probleme werden bewältigt	8
Biographisches: Józef Czyrek ♦ José Pedro Pérez Llorca Rodrigo	8, 25
J. Nadeshdin — Rettet die Patrioten!	9
W. Gribow — Amerikanische „Defekte“	9
M. Akagi: Dialog notwendig (Interview)	10
A. Ulanski — Zum Konflikt Iran—Irak	11
N. Jermakow — Italien. Die seltsame Fahndung	12
A. Baryschew — Rückfall in die Paktomanie	13
K. Karagesian — Energetik und Politik	14
R. Andreassian — OPEC-Differenzen	14
Notizen ♦ Glossen	16
W. Midzew — Wen will Washington erpressen!	18
A. Germanowitsch — Ägypten. Nassers Ziele und Camp David	20
M. Besrukowa — Bund der Ungleicheren	22
A. Nikolajew — Zypern. Die langen 20 Jahre	24
W. Baburow — Abrüstung und Pekings Querschüsse	26
O. Bondarenko — Lateinamerika. Klassenbrüder	27
T. Hájková, J. Knorre — In Kirgisiens Wäldern	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die friedliebende Öffentlichkeit Großbritanniens und der anderen Länder Westeuropas wendet sich entschieden gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in diesen Ländern, gegen das Wett-

Umschlag: V. Kostlow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

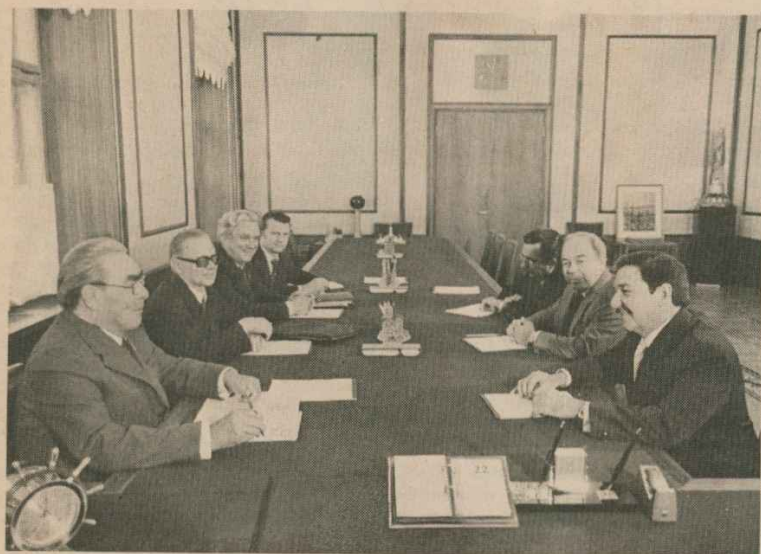
Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 22. September empfing Leonid Breshnew im Kreml Raúl Castro Ruz, Mitglied des Politbüros, zweiter Sekretär des ZK der KP Kubas, erster stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats, Minister der Revolutionären Streitkräfte der Republik Kuba, der sich zu einem Freundschaftsbesuch in der UdSSR aufhält. Ein Meinungsaustausch über aktuelle bilaterale und internationale Fragen fand statt.

Am 18. September, um 22 Uhr 11 Minuten Moskauer Zeit wurde in der Sowjetunion das Raumschiff Sojus 38 mit einer internationalen Besatzung gestartet — dem Kommandanten, Helden der Sowjetunion, Fliegerkosmonaut der UdSSR Juri Romanenko und dem Forschungskosmonauten Arnaldo Tamayo Méndez, Bürger der Republik Kuba. Am 19. September um 23 Uhr 49 Minuten Moskauer Zeit dockte Sojus 38 an den Orbitalkomplex Salut 6—Sojus 37 an. Leonid Breshnew und Fidel Castro sandten eine Grußbotschaft an die Kosmonauten (siehe S. 6).

Am 21. September richtete das ZK der KPdSU eine Grußbotschaft an das ZK der KP Uruguays zum 60. Jahrestag ihrer Gründung: „Heute, da die namhaften Führer der KPU, José Luis Massera, Jaime Pérez, Alberto Altesor, Gerardo Cuesta, Wladimir Turiansky, Rosario Pietrarroia, Jorge Mazzarovich und andere ebenso wie Tausende einfache Parteimitglieder, Antifaschisten und Demokraten in Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachten oder Verfolgungen ausgesetzt werden, bekunden die sowjetischen Kommunisten erneut ihre brüderliche Solidarität mit den Kommunisten und Patrioten Uruguays.“

Vom 16. bis 18. September stattete Andrej Gromyko der Republik Kuba einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab und führte Gespräche mit Fidel Castro, Erster Sekretär des ZK der KP Kubas, Vorsitzender des Staatsrates und des Ministerrates der Republik Kuba. Beide Seiten schätzten Stand und Aussichten der sowjetisch-kubanischen Zusammenarbeit hoch ein. Bei einem Meinungsaustausch über internationale Fragen verurteilten die Seiten die feindselige Politik der USA gegenüber Kuba. Die große Rolle der Bewegung der Nichtpaktgebundenen im Kampf gegen die Aggressionspolitik des Imperialismus, gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus, für die Herstellung gerechter internationaler Wirtschaftsbeziehungen wurde hervorgehoben.



Leonid Brezhnev im Gespräch mit Raúl Castro

Foto: W. Mussaeljan und E. Pessow (TASS)

■ Vom 8. bis 17. September weilte eine Delegation der Jemenitischen Sozialistischen Partei unter Ali Salem Beid, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der JSP, in der UdSSR. In Moskau wurde Ali Salem Beid von Boris Ponomarew, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, sowie von Iwan Kapitonow, Sekretär des ZK der KPdSU, empfangen.

■ Am 23. September nahm das Weltparlament der Völker für den Frieden seine Arbeit in Sofia auf.

■ In der UdSSR findet ein Monat der sowjetisch-vietnamesischen Freundschaft anlässlich des 35. Gründungstages des sozialistischen Vietnam statt. Auf Kundgebungen und Versammlungen bekunden die sowjetischen Menschen ihre unverbrüchliche Solidarität mit dem heroischen Volk Vietnams, das die sozialistische Gesellschaft aufbaut. Am 16. September wurde in Moskau im Revolutionsmuseum der UdSSR die Ausstellung „Revolutionäre Geschichte Vietnams“ eröffnet.

■ In der UdSSR begannen Tage der sowjetisch-syrischen Freundschaft, die durch eine Versammlung am 18. September in Moskau eröffnet wurden. Die Vertreter der Öffentlichkeit bekundeten die Solidarität der sowjetischen Menschen mit dem Kampf des syrischen Volkes und der anderen arabischen

Völker für einen gerechten und dauerhaften Nahostfrieden.

■ Vom 9. bis 16. September fanden in Moskau Verhandlungen über Fragen des Transits iranischer Handelswaren über sowjetisches Territorium und sowjetischer Außenhandelsgüter über das Territorium der Islamischen Republik Iran statt. Ein Transitvertrag, der beiden Seiten vorteilhafte Bedingungen für den kommerziellen Gütertransport über das Territorium beider Staaten einräumt, wurde unterzeichnet.

■ Am 15. September nahm die 21. Konferenz der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) im Genfer Palais des Nations ihre Arbeit auf.

■ Am 22. September wurde in der Wiener Hofburg die 24. Tagung der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) eröffnet. Die Konferenz wird eine Bilanz der Tätigkeit der IAEA in den Jahren 1979 bis 1980 ziehen, Wege für den weiteren Ausbau der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie aufzeigen und Fragen einer größeren Wirksamkeit und Zuverlässigkeit des IAEA-Garantiesystems entsprechend dem Atomwaffensperrvertrag erörtern. An der Arbeit nehmen Delegationen aus 85 Ländern teil, darunter eine Delegation der UdSSR sowie Delegationen der Ukrainischen SSR und der Belorussischen SSR.

■ Am 16. und 17. September fand in Tunis die 74. Tagung des Rates der Arabischen Liga statt. Er verabschiedete einige Resolutionen, die den Beschluß Israels verurteilen, Jerusalem zur „ewigen und unteilbaren“ Hauptstadt zu erklären, und appellierte an die Teilnehmerstaaten der Liga, den „wirtschaftlichen und politischen Boykott“ jener Länder durchzuführen, die diesen Beschluß anerkennen. Der Rat bekundete ferner seine „Besorgnis über die wiederholten Aggressionsakte Israels gegen Südlibanon“.

■ Vom 18. bis 20. September fand in Fez (Marokko) eine außerordentliche Sondertagung der Außenminister der Teilnehmerländer der Islamischen Konferenzorganisation statt, die wegen des Beschlusses der israelischen Knesset einberufen worden war, Jerusalem zur Hauptstadt Israels zu erklären. In der Schlußresolution wird die Entschlossenheit der islamischen Länder bekräftigt, ihr politisches, finanzielles, Erdöl- und Militärpotential für den Kampf gegen die Annexion Jerusalems einzusetzen.

■ In Phnom Penh wurde eine Erklärung des Außenministeriums der VR Kambodscha veröffentlicht: Die Politik der thailändischen Behörden zeigt, daß sie die politische Leiche der Clique Pol Pot—Ieng Sary wiederzubeleben suchen. Die Abneigung der thailändischen Behörden gegen den Vorschlag der VR Kambodscha, der die Beziehungen zwischen den Ländern Südostasiens regeln soll, die Unterstützung und Hilfe Thailands für die prochinesischen Pol-Pot-Banden stören die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Kambodscha und Thailand. Eine positive Antwort Thailands auf den Vorschlag der VR Kambodscha würde es ermöglichen, die Spannungen in den Grenzgebieten abzubauen, und würde zur Wiederzusammenführung kambodschanischer Familien, zur Wiederherstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Kambodscha und Thailand beitragen.

■ Am 19. September trafen Valéry Giscard d'Estaing und Margaret Thatcher in Paris zum fünften jährlichen französisch-englischen Gipfeltreffen zusammen.

■ Am 15. und 16. September tagte in Brüssel der EG-Ministerrat auf Außenministerebene. Wegen der starken Gegensätze konnten seine Teilnehmer in einer ganzen Reihe komplizierter Fragen keine Einigkeit erzielen.

■ An der iranisch-irakischen Grenze hielten in der vergangenen Woche die Kämpfe unter Einsatz schwerer Artillerie

rie, von Panzern und Flugzeugen an (siehe S. 11).

■ Admiral Bülent Özlü, bis zum 30. August Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, wurde zum neuen Regierungschef der Türkei ernannt. Am 21. September bildete er ein neues 27köpfiges Kabinett, dem u. a. sieben Vertreter der Streitkräfte angehören. Zum Außenminister wurde der Berufsdiplomate I. Türkmen ernannt.



Auf einer Pressekonferenz in Kabul wurde eine Erklärung der Regierung der DR Afghanistan der Öffentlichkeit übergeben, daß die Banditen jetzt neueste Waffen westlicher Produktion sowie in Ländern wie China, dem Iran und Ägypten hergestellte Waffen erhalten, die nicht „frei verkauft“ werden. Journalisten auf einer Ausstellung sichergestellter Munition der Banditen

Foto: W. Budan (TASS)

■ Am 17. September verurteilte ein Seouler Militärtribunal den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Kim Dae Jong zum Tode. Ihm wird vorgeworfen, eine „Verschwörung zum Zwecke des Umsturzes“ organisiert zu haben. 23 Anhänger Kim Dae Jongs wurden zu jeweils 2 bis 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 19. September bestätigte der Vorsitzende des obersten Militärtribunals das Urteil.

■ Im Morgengrauen des 19. September explodierte im US-Staat Arkansas eine ballistische Interkontinentalrakete vom Typ Titan 2. Aus dem unterirdischen Startsilos wurde der Nuklearsprengkopf durch eine Explosion in das Waldgelände unweit der Startrampe herausgeschleudert. Einige Tage zuvor war ein strategischer B-52-Bomber auf dem US-Luftwaffenstützpunkt in Grand Forks (Bundesstaat Norddakota) in Brand geraten (siehe S. 9).

■ Der Ministerrat Belgiens schob die Annahme eines Beschlusses über die Stationierung nuklearer US-Mittelstreckenraketen auf dem Territorium des Landes bis zum Abschluß der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine

Begrenzung der nuklearen Raketensysteme in Europa auf. Der belgische Außenminister Charles-Ferdinand Nothomb sagte vor Journalisten, die belgische Regierung wolle zur Vorbereitung und Durchführung der sowjetisch-amerikanischen Gespräche beitragen.

■ Die Wiener Konferenz der OPEC-Länder beschloß, die Erdölpreise bis zu ihrer nächsten Konferenz einzufrieren (siehe S. 14).

■ Die Konferenz der Regierungschefs der zehn kanadischen Provinzen, die in Ottawa unter Vorsitz von Premierminister Pierre Trudeau eine Verfassung des Landes ausarbeiten sollte, scheiterte. Wie erwartet, weigerten sich die Gegner einer Stärkung der kanadischen Föderation von der Progressiv-Konservativen Partei, den von der Zentralregierung vorgeschlagenen Plan zu unterstützen, der die Ablösung der sogenannten Akte über Britisch-Nordamerika durch eine kanadische Verfassung vorsieht. Die Zentralregierung beschloß, das Parlament zu einer Sondersitzung einzuberufen, um die Verfassungsreform zu erörtern.

■ Die Sicherheitsorgane der Republik Nikaragua liquidierten mit Unterstützung von Armee-Einheiten und Trupps der Sandinistischen Volksmiliz zwei konterrevolutionäre Banden in den Departements Nueva Segovia und Jinotega.

■ Am 17. September wurde in Assunción der Exdiktator Nikaraguas, Anastasio Somoza, liquidiert. Unbekannte beschossen seinen Wagen mit MPis und einer Panzerfaust.

■ An den westeuropäischen Börsen herrscht wieder „Goldfieber“. An der Londoner Börse kletterte der Goldpreis erneut über 700 Dollar.



Die Fiat-Arbeiter reagierten mit Proteststreiks auf den Beschluß der Betriebsleitung, demnächst 12 000 Werktätige zu entlassen. Protestdemonstration der Autowerker

Foto: UPI—TASS:

Ich erkläre mich voll solidarisch mit der internationalistischen Hilfe der Sowjetregierung für das afghanische Volk. Die westlichen Massenmedien entstellen die Fakten und wollen die Weltöffentlichkeit irreführen, doch die Fortschrittskräfte dürfen ihnen nicht in die Falle gehen. Entschieden müssen wir die Erfindungen der Pseudodemokraten entlarven, die Vietnam zerstört haben, Südafrika Waffen verkaufen und Werktätige auf die Straße setzen.

Ricardo ACUÑA CRIADO
Bilbao, Spanien

Die Trommler der antisowjetischen Propaganda stört es keineswegs, daß es sich bei ihren „Informationen“ um nichts als Lügen handelt. Moral ist für sie ein Fremdwort. Die antisowjetische Kampagne in den USA hat zu einer Kriegspsychose geführt. Jetzt werden schon allen Ernstes Direktiven für einen thermoklearen Krieg erarbeitet. All das schafft auch deshalb eine sehr gefährliche Situation, weil ein Teil der Amerikaner wohl meint, sie könnten einen Krieg von jenseits des Atlantik als Beobachter verfolgen.

Joseph SPARACINO
Coquitlam, Kanada

Die Entstehung des Sowjetstaates hat den USA und ihren Helfershelfern deutlich gemacht, daß sie es jetzt schwerer haben würden, die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auszu-beuten. Mehr als merkwürdig nimmt sich die fanatische Kampagne bürgerlicher Massenmedien zum „Schutz der Menschenrechte“ in den sozialistischen Staaten aus, da ja gerade in den Ländern des Kapitals Arbeitslosigkeit und Rassismus gedeihen und die Kämpfer für Demokratie ins Gefängnis geworfen werden. Ihre Zeitschrift hat mir geholfen, zu verstehen, daß die „westliche Demokratie“ auf falschen Ideen basiert. Möge Ihre Zeitschrift auch weiter für Entspannung und einen dauerhaften Frieden kämpfen. Ich würde es begrüßen, wenn Sie mehr über die Entwicklungsländer berichten würden.

Sumit DAS
Silchar, Indien

Initiativen für den Frieden

Gennadi STACH

Auf der 35. UNO-Vollversammlung hat die Sowjetunion neue wichtige Initiativen zum Abbau der Kriegsgefahr, zur Beendigung des Wettbewerbs und zur Konsolidierung der internationalen Sicherheit ergriffen. Andrej Gromyko richtete an den UNO-Generalsekretär einen Brief, in dem vorgeschlagen wird, die Frage „Über einige dringliche Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr“ als wichtigen und vordringenden Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Dem Brief ist ein sowjetischer Resolutionsentwurf beigelegt, der konkrete praktische Maßnahmen vorsieht. Gleichzeitig legte Andrej Gromyko der UNO im Namen der Sowjetunion das Memorandum „Für Frieden und Abrüstung, für internationale Sicherheitsgarantien“ vor.

Im Rahmen der sowjetischen Initiative werden einige vordringliche Maßnahmen vorgeschlagen. Das ist ein Minimum dessen, was dringend getan werden muß, um das Wettrennen zu verlangsamen, das Abgleiten der Welt in einen neuen kalten Krieg zu verhindern und die Gefahr eines Nuklearkonfliktes abzuwenden. Hierbei geht die Sowjetunion davon aus, daß durch die gemeinsamen Anstrengungen der Staaten, durch die Aktionen der Friedenskräfte die Gefahr einer thermonuklearen Katastrophe von der Menschheit abgewandt, daß die internationale Entspannung bewahrt und fortgeführt und der Weltfrieden gefestigt werden kann.

Die sowjetischen Vorschläge sind hochaktuell. In letzter Zeit hat sich durch die Handlungen imperialistischer und hegemonistischer Kräfte die Weltlage zugespitzt. Einige Staaten wirken darauf hin, die bestehenden Militärblöcke auszuweiten und neue Militärblöcke zu schaffen, sie forcieren die Verstärkung ihrer Armeen, indem sie immer mehr nukleare und konventionelle Waffen horten, die Kriegsvorbereitungen intensivieren und neue Rüstungsprogramme annehmen. Eine Fortdauer dieser Situation kann zu weiteren Komplikationen in den Beziehungen zwischen den Staaten führen, dazu, daß Situationen entstehen, die in bewaffnete Konflikte umschlagen und letztlich die Welt an den Rand einer globalen Kriegskatastrophe bringen können. Die Versuche der USA und einiger anderer NATO-

Länder, einen Kurs auf militärische Überlegenheit gegenüber den sozialistischen Staaten, begleitet von forciertem Wettrennen, zu steuern, rufen ernste Besorgnis hervor. Für die stark gestiegene Kriegsgefahr spricht auch die Annahme der „neuen Nuklearstrategie“ Washingtons, durch die gewisse Kreise die Völker an den Gedanken gewöhnen wollen, es sei zulässig und möglich, nicht nur mit Nuklearwaffen zu drohen, sondern diese auch einzusetzen. In der heutigen Lage erachtet es die Sowjetunion für erforderlich, einen größeren Beitrag zur Bewahrung und Festigung der Entspannung, zur Verhinderung eines Krieges zu leisten. Gerade hierfür ist die Annahme einiger vordringlicher Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr geboten.

Nach der festen Überzeugung der UdSSR wäre ein Verzicht auf die Ausweitung der bestehenden und auf die Schaffung neuer militärisch-politischer Gruppierungen ein wichtiger Schritt. Die Vollversammlung wird aufgefordert, an die Mitgliedstaaten von Militärbündnissen zu appellieren, nicht zu tun, was zur Ausweitung dieser militärisch-politischen Gruppierungen durch Einbeziehung neuer Staaten führen würde, an die Nichtmitglieder von Militärbündnissen aber, diesen nicht beizutreten. Die Vollversammlung soll alle Staaten aufrufen, Aktionen zu vermeiden, die zur Bildung neuer militärisch-politischer Gruppierungen führen oder jenen regionalen Organisationen militärische Funktionen einräumen, die gegenwärtig nicht über solche Funktionen verfügen. Die UdSSR hat als entschiedener Gegner einer Teilung der Welt in Militärgruppierungen zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern wiederholt die Bereitschaft bekundet, das Verteidigungsbündnis der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages aufzulösen, wenn gleichzeitig der NATO-Block liquidiert wird, und als ersten Schritt vorgeschlagen, die militärischen Organisationen beider Gruppierungen, angefangen mit dem beiderseitigen Abbau ihrer militärischen Aktivitäten, zu beseitigen. Diese Vorschläge bleiben natürlich gültig.

Die Sowjetunion schlägt ferner vor, alle Staaten, vor allem die ständigen Sicherheitsratsmitglieder und die Länder, die durch Militärabkom-

men mit ihnen verbündet sind, sollten ab 1. Januar 1981 ihre Streitkräfte und die konventionellen Rüstungen als ersten Schritt zu deren späterem Abbau nicht verstärken.

Die UdSSR mißt der Nichtweitergabe der Atomwaffen vorrangige Bedeutung bei und zeigt zugleich Verständnis für das berechtigte Interesse der Nichtnuklearstaaten an Garantien für ihre Sicherheit vor einem Nuklearangriff. Die Sowjetunion hat bereits 1978 feierlich erklärt, sie werde nie Atomwaffen gegen jene Staaten einsetzen, die auf deren Produktion und Erwerb verzichten und diese nicht auf ihrem Territorium haben. Der Abschluß einer entsprechenden Konvention unter Beteiligung aller Nuklear- und Nichtnuklearländer würde am besten den Interessen der Verstärkung der Sicherheitsgarantien für die Nichtnuklearstaaten entsprechen. Sie hat alle Nuklearstaaten als ersten Schritt zum Abschluß einer derartigen internationalen Konvention aufgefordert, analoge feierliche Erklärungen über den Nichteinsatz von Kernwaffen gegen Nichtnuklearstaaten abzugeben, die solche Waffen nicht auf ihrem Territorium haben, sowie den Sicherheitsrat aufgefordert, solche Erklärungen der Nuklearstaaten zu prüfen und zu billigen.

Die Sowjetunion schlägt vor, den Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages über das allgemeine und vollständige Verbot der Kernwaffentests zu beschleunigen. Die Verhandlungen über die Ausarbeitung eines entsprechenden Vertragsentwurfes werden schon einige Jahre zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien geführt. Doch diese Verhandlungen ziehen sich ungerechtfertigt hin. Die sowjetische Seite tut bei diesen Gesprächen alles für einen Erfolg. Wenn darauf der politische Wille auch der anderen Mächte gerichtet sein wird, dürfte es möglich sein, die Anstrengungen zur Ausarbeitung dieses Vertrages zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen. Um diesem Ziel näherzukommen und günstigere Voraussetzungen für den Abschluß des Vertrages zu schaffen, schlägt die Sowjetunion vor, daß alle Nuklearmächte darauf verzichten, ein Jahr lang beliebige Kernwaffentests vorzunehmen, nachdem sie zuvor diesbezügliche verbindliche Erklärungen abgegeben haben. Ein konkre-

tes Datum für den Beginn eines Kerntestsmoratoriums zwischen den Nuklearstaaten sollte abgestimmt werden. Zweifelsohne würde ein solcher Schritt ein günstigeres Klima für Verhandlungen über ein Verbot der Kernwaffentests schaffen.

Angesichts der erneut zugespitzten Weltlage hält es die Sowjetunion in besagtem Memorandum für erforderlich, jene Vorschläge in Erinnerung zu führen, die sie und die anderen sozialistischen Länder im Interesse des Friedens unterbreitet haben. Auf nuklearem Gebiet sind das so radikale Maßnahmen wie ein Produktionsstopp für die Nuklearwaffen und die Vernichtung ihrer Arsenale in untrennbarem Zusammenhang mit der Festigung der politischen und juristischen Sicherheitsgarantien der Staaten sowie so wichtige Teilschritte wie ein umfassendes Verbot der Tests von Kernwaffen, eine Verhinderung ihres unbeabsichtigten Einsatzes, die Konsolidierung des Nonproliferationsregimes, Sicherheitsgarantien für die Nichtnuklearstaaten, die Nichtstationierung von Nuklearwaffen in den Ländern, wo sie gegenwärtig nicht gelagert sind, die Bildung kernwaffenfreier Zonen u. a. Ferner Vorschläge, die die Entwicklung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen verhindern sollen, das Verbot der Strahlen- und Neutronenwaffen, das Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen. In dem sowjetischen Dokument wird erneut die Bereitschaft betont, nach Wegen für den Abbau der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen, für die Beendigung des Wettrüstens und die Abrüstung auf regionaler Ebene, vor allem in Europa, zu suchen. Die UdSSR erstrebt die schnellstmögliche Einberufung einer Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa und erneuert ihre Vorschläge, Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen in Europa und die amerikanischen Forward Based Systems gleichzeitig und in organischem Zusammenhang aufzunehmen, den Kreis der vertrauensbildenden Maßnahmen in Europa zu erweitern und eine Vereinbarung bei den Wiener Truppenabgesprächen zu erreichen.

Die neuen Initiativen der UdSSR haben vom ersten Augenblick an ein breites positives Echo bei den Delegierten der Vollversammlung gefunden. Die UNO und ihre Mitgliedstaaten können und müssen einen konkreten Beitrag zur Verringerung der Kriegsgefahr leisten. Die neuen sowjetischen Vorschläge schaffen dafür eine gute Grundlage.

RAUMFAHRTNATION KUBA

Im Orbitalkomplex Salut-6—Sojus begrüßten sich alte Freunde — Leonid Popow und Valeri Rjumin empfingen die dritte internationale Expedition ihres fünfmonatigen Fluges: Juri Romanenko und den Bürger der Republik Kuba, Arnaldo Tamayo Mendez.

Die internationale Besatzung startete am 18. September mit dem Raumschiff Sojus 38 vom Kosmodrom Baikonur.

Kommandant Juri Romanenko ist 36 Jahre alt. Bei seinem ersten Raumflug (96 Tage) war er Kommandant von Sojus 26 und der Station Salut 6. Bei diesem Flug mußte die Besatzung viele Operationen erstmals ausführen. So arbeiteten die Kosmonauten von der Station aus im offenen Weltraum am Kopplungsmechanismus. Und als erste empfingen sie zwei Besuchsmannschaften, u. a. ein sowjetisch-tschechoslowakisches Interkosmonautenteam. Dieser Flug leitete eine neue Etappe bei der Zusammenarbeit der sozialistischen Bruderländer in der Raumforschung ein. Romanenko und Gertschko empfingen erstmals auf ihrer Station den Raumfrachter Progress.

Der erfolgreiche Langzeitflug der Stammbesatzung zeigte, daß Salut 6 eine durchaus geeignete Langzeitorbitalstation für die verschie-

densten Experimente ist.

Und jetzt erneut ein Treffen mit Salut 6!

... Einige Monate nach seinem Flug besuchte Juri Gagarin Kuba. Auf dem Platz der Revolution in Havanna sagte er, gewandt an alle Kubaner: „Ich bin davon überzeugt, daß die Zeit nicht fern ist, da sich kubanische Kosmonauten, ruhmreiche Kinder des kubanischen Volkes, in den Weltraum begeben werden, um in diesem Bereich zum Fortschritt der Menschheit beizutragen!“

Damals schien das ein Traum. In jenen Tagen war die kubanische Revolution in Gefahr, und das Volk war kampfbereit...

Heute ist Kuba das gesellschaftlich fortschrittlichste Land Lateinamerikas geworden, wie der Flug des kubanischen Kosmonauten Arnaldo Tamayo Mendez zeigt. Er demonstriert die unbegrenzten Möglichkeiten, die die sozialistische Gesellschaft bietet.

Forschungskosmonaut Arnaldo Tamayo wurde am 29. Januar 1942



KONFERENZ IN GENÈVE

Vom 11. August bis 7. September fand in Genf die II. Überprüfungskonferenz der Signatarstaaten des Atomwaffen-sperrvertrages statt.

112 Staaten, u. a. die drei Atommächte UdSSR, USA und Großbritannien, haben jetzt den Vertrag unterzeichnet. Fünf Länder haben ihn signiert, doch nicht ratifiziert. In einer Grußbotschaft Leonid Breschnews an die Konferenzteilnehmer heißt es, daß „der Atomwaffen-sperrvertrag den Interessen der großen wie der kleinen, der atomaren wie der nichtatomaren Staaten, der Industrie wie der Entwicklungsländer wirksam dient... Das internationale Ansehen und die Wirksamkeit dieses wichtigen Vertrages werden auch in Zukunft unaufhörlich zunehmen und sein Anwendungsbereich sich ausweiten.“

Nach den Bedingungen des Vertrages, der 1970 in Kraft trat, wird alle fünf Jahre eine Überprüfungskonferenz nach Genf einberufen. Die jetzige Konferenz fand in einer komplizierten internationalen Lage statt.

Diese Zuspitzung der Lage wurde insbesondere durch den Beschluß der US-Administration hervorgerufen, die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages zu verschieben, durch den NATO-Plan für die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und die Annahme der „neuen Nuklearstrategie“ der USA.

Noch kurz vor der Konferenz hatte auch die neue Politik Washingtons bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie die Vertreter vieler Staaten zu scharfer Kritik veranlaßt, da sie den Bau von Atomkraftwerken in einigen Entwicklungsländern verzögert. Deshalb bemühten sich einige nichtpaktgebundene Staaten auf der Konferenz um eine größere Rolle bei der friedlichen atomaren Zusammenarbeit und der nuklearen Abrüstung.

Die Staaten bewerteten in der Generaldebatte die Wirklichkeit der Hauptthesen des Vertrages und den Stand des Nonproliferationsregimes. Fast alle stimmten darin überein, daß der Vertrag die Hauptbarriere gegen die

in einer armen Arbeiterfamilie in der Stadt Guantánamo geboren. Schon mit jungen Jahren mußte er arbeiten — er war Schuhputzer, Gemüseverkäufer, dann Tischlergehilfe. Trotz aller Schwierigkeiten lernte er eifrig. Morgens besuchte er die Schule, am Abend arbeitete er in einer Möbelfabrik. Wie viele Jungen wollte auch Arnaldo Flieger werden. Wie hätte sich wohl sein Schicksal ohne die Revolution gestaltet? Der kubanischen Jugend taten sich alle Wege zur Bildung auf. Kuba brauchte dringend Spezialisten für den Aufbau des neuen Lebens.

Nach Abschluß einer Technischen Hochschule diente Arnaldo in den Revolutionären Streitkräften. Später, 1961, wurde er in die Sowjetunion zur Ausbildung auf eine Fliegerhochschule geschickt. So ging Arnaldos Traum in Erfüllung. Er wurde Jagdflieger.

In den Streitkräften legte Tamayo den Weg vom Leutnant zum Oberstleutnant zurück und erfüllte Aufgaben zum Schutz der Luftgrenzen Kubas. Er absolvierte erfolgreich die Kurse zur Ausbildung höherer Kommandeure und war Stabschef, erster Stellvertreter des Kommandeurs. Arnaldo hat 1400 Flugstunden.

Im Frühjahr 1978, nach allen Aufnahmeprüfungen und Tests wurden Arnaldo Tamayo Mendez und José Armando López Falcón in den Trupp

der Kosmonauten aufgenommen und absolvierten dann das Raumfahrttraining.

Die Spezialisten der Sternestadt verweisen auf den außerordentlichen Fleiß und die Zielstrebigkeit des kubanischen Kosmonauten. Der gleichen Meinung über Tamayo ist auch sein Kommandeur. Romanenko berichtete vor dem Start, er habe Arnaldo bald nach der Rückkehr von seinem 96tägigen Flug kennengelernt. Als die beiden sowjetisch-kubanischen Besatzungen gebildet wurden, sei er beauftragt worden, das eine Team zu leiten, das andere wurde Jewgeni Chrunow, der am Gruppenflug in Sojus 4 und Sojus 5 teilgenommen hatte, anvertraut. Wir arbeiteten uns am Schwarzen Meer ein, wo wir eine mögliche Wässerung der Landekapsel erprobten. Dabei lernten wir einander nicht nur gut kennen, sondern wurden auch Freunde. Arnaldo ist quicklebendig und fröhlich. Er versteht sich auf wahre Präzisionsarbeit. In der Ausbildung sind saubere Teamarbeit und hervorragendes Reaktionsvermögen besonders wichtig.

Am härtesten arbeiteten die Kosmonauten, wie sie sagten, vor dem theoretischen Examen, als sie auch an den Abenden und ihren freien Tagen büffeln mußten. Doch diese Mühe war nicht vergeblich: Sie bestanden das Examen mit „ausgezeichnet“.

Auf der Pressekonferenz vor dem Start sagte Tamayo: „Für mich war natürlich die fremde Sprache die größte Hürde, die es zu nehmen galt. Die erste Zeit war sehr schwer. Doch allmählich arbeitete ich mich ein. Wir hatten auch technische Probleme — die Raumtechnik unterscheidet sich erheblich von der Luftfahrttechnik. Doch mit Hilfe der Spezialisten der Sternestadt und der Kosmonauten meisterte ich alle Schwierigkeiten“.

Jetzt gehören die irdischen Sorgen der Vergangenheit an. Die Besatzung ist im Orbit. Das Forschungsprogramm, das teilweise gemeinsam von Wissenschaftlern der UdSSR und Kubas aufgestellt wurde, ist auf 7 Tage angelegt. Es sieht technologische Experimente der Gewinnung von Halbleitermaterialien, medizinisch-biologische Untersuchungen zum Einfluß der Flugfaktoren auf den menschlichen Organismus und auf einzellige Mikroorganismen vor. Ferner werden visuelle Beobachtungen der Oberfläche der Erde und des Weltmeeres durchgeführt und Fotoaufnahmen gemacht.

Der Start von Sojus 38 führt die Forschungsvorhaben des Interkosmosprogramms weiter. Sojus 38 demonstriert ein weiteres Mal die Freundschaft und enge Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Kuba.

G. RJABOW

Ausbreitung der Massenvernichtungswaffen ist, das er der Festigung des Vertrauens zwischen den Völkern, ihrer Sicherheit dient und die Voraussetzung für eine breite internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie schafft. Sehr wichtig ist, daß die Verpflichtung, Kernwaffen weder zu entwickeln noch zu erwerben, eine anerkannte Völkerrechtsnorm wurde, was selbst jene Länder berücksichtigen müssen, die immer noch nicht den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet haben. Zugleich äußerten sich die Konferenzteilnehmer besorgt darüber, daß unter den Nichtsignatarstaaten auch Länder sind, die über ein ausreichendes wissenschaftliches, technisches und industrielles Potential zur Entwicklung von Kernwaffen verfügen. Besonders beunruhigt ist man über die Möglichkeit, daß solche Waffen in den Besitz der RSA und Israels gelangen — von Staaten, die eine Politik der Aggression gegenüber ihren Nachbarländern verfolgen.

Die Meinungen der Teilnehmer zur Verwirklichung einiger Artikel des Atomsperrvertrages differierten in man-

chen Punkten. Während die meisten Industriestaaten meinen, daß alle Vertragsartikel weitgehend erfüllt werden, äußerten sich die Entwicklungsländer und einige westliche Staaten unbefriedigt über die Verwirklichung der Artikel, die sich auf die nukleare Abrüstung, die Sicherheitsgarantien für die Nichtnuklearstaaten und die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie beziehen.

Am leidenschaftlichsten wurden Fragen diskutiert wie die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages, ein Stopp der Kernwaffentests, einseitige Beschränkungen für den Export von Nuklearmaterial und -anlagen, die Unterstützung für die Entwicklungsländer bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die US-Delegation, die den Beschuldigungen gegen ihr Land nichts entgegenzusetzen hatte, blockierte die Einigung über einige Schlüsselthesen und erschwerte so die Formulierung eines allseits annehmbaren Schlußdokuments.

Einige Entwicklungsländer suchten die Schwerpunkte bei der Interpretation des Vertrages zu verschieben und ihn

in ein Abkommen über nukleare Abrüstung und technische Hilfe umzufunktionieren. Eine solche Haltung kann nur den ausgeglichenen Charakter der Verpflichtungen der Nuklearstaaten und der Nichtnuklearländer im Rahmen des Vertrages stören, da derartige Forderungen nicht hinreichend die Realitäten und die wahren Möglichkeiten der Gegenwart berücksichtigen. Bisweilen waren die Vertreter der nichtpaktgebundenen Länder offenbar nicht bereit, nach allseitig annehmbaren Lösungen zu suchen.

Die sowjetische Delegation verfolgte auf der Konferenz zusammen mit den Vertretern der anderen sozialistischen Länder einen konsequenten Kurs. Sie war um eine weitere Konsolidierung aller Prinzipien des Vertrages auf der Grundlage seiner strikten Einhaltung und der Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Erweiterung seines Teilnehmerkreises bemüht.

Die zweite Überprüfungskonferenz hat zur Stärkung des Atomwaffensperrvertrages beigetragen.

J. WAMPILOW

PROBLEME WERDEN BEWÄLTIGT

Frantisek LEVIZKI, polnischer Publizist

Polen hat einen Sommer mit dramatischen sozialen Spannungen und Konflikten hinter sich. Daß man über ihre wahre Natur, die Ursachen und die richtigen Schlußfolgerungen Klarheit gewinnt — all das sind wichtige politische Fragen, vor denen unsere Partei, die Arbeiterklasse, die ganze polnische Gesellschaft heute stehen.

Die Streiks in vielen Betrieben waren Ausdruck der Unzufriedenheit der Werktätigen, waren ihre Reaktion auf soziale und wirtschaftliche Fehlkalkulationen.

Im letzten Jahrzehnt haben Polen, seine Wirtschaft zweifelsohne große Fortschritte gemacht. Erfolge in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wurden erzielt. Das ist vor allem das Verdienst der Werktätigen.

Doch zugleich haben wir Fehler in der Wirtschaftsführung, in der Planung begangen. Bisweilen arbeiteten einzelne Betriebe wegen organisatorischer Fehlkalkulationen nur mit halber Kraft. Wir haben die Investitionspolitik unbedacht durchgeführt. Es kam zu Voluntarismus in der Leitung. Die wirtschaftlichen Leitungsorgane berücksichtigten oft nicht die Meinung der Arbeiter.

Die Krise wurde nicht nur durch

rein wirtschaftlich bedingte Unzufriedenheit der Werktätigen ausgelöst. Viele unserer Technokraten meinen wohl auch jetzt, daß es, wenn wir genug Fleisch, Pkws und gute Wohnungen gehabt hätten, nicht zu solchen Konflikten gekommen wäre. Doch eine solche Warenfülle konnte es nicht geben, da die Menschen das Interesse an der Arbeit verloren hatten. Die Fehler in der Wirtschaftspolitik, die Entstellungen der Leninschen Prinzipien der sozialistischen Demokratie entwerteten viele materielle wie moralische Kriterien.

Die Partei hat daraus die nötigen Schlußfolgerungen gezogen. Wenn der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Stanisław Kania, heute an die Leninsche Konzeption der Demokratie erinnert, die ein sehr wichtiger Zug, ein Lebensbedürfnis der sozialistischen Gesellschaft, das ideologische Prinzip des Marxismus-Leninismus ist, dann sind das nicht nur Worte. Die Partei ist fest entschlossen, von allem Abstand zu nehmen, was eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens stört. In Selbstkritik, in der Fähigkeit der PVAP, Fehler einzugestehen und alles zu tun, um sie zu korrigieren, liegt die Stärke unserer Partei.

Die Gegner des Sozialismus haben unter Ausnutzung der im sozialen und wirtschaftlichen Leben Polens entstehenden Schwierigkeiten in aller Eile die These von der „Gesetzmäßigkeit“ derartiger Konflikte in der sozialistischen Gesellschaft formuliert, davon, daß derartige Krisen der Natur des Sozialismus eigen seien. Dabei vergessen sie, unter welchen schweren Gebrechen die kapitalistischen Staaten leiden.

Jeder, der mit der gesellschaftlichen Entwicklung auch nur einigermaßen vertraut ist, weiß, daß Situationen, wie die in Polen, nicht typisch für den Sozialismus sind. Sie entstehen beim Abweichen von den Grundprinzipien des Sozialismus.

Bekanntlich gibt es auch unter dem Sozialismus Widersprüche. Sie müssen aufgedeckt und von den Kräften der Öffentlichkeit im Interesse der Werktätigen gelöst werden. Die Erfahrungen lehren, daß soziale Widersprüche nicht ignoriert werden dürfen. Wenn sie lange ungelöst bleiben, führen sie zu einem Konflikt wie diesen Sommer in Polen.

Die Gegner des Sozialismus suchten sich derartige komplizierte Situationen im eigenen Interesse zu nutze zu machen. Wir kennen das nicht nur aus der Geschichte unseres Landes.

Obleich die antisozialistischen Kräfte in der VR Polen nicht zahlreich sind, wollen sie nach wie vor die Lage komplizieren.

Doch den Versuchen der immer noch im Lande bestehenden und von der ausländischen Reaktion unterstützten Rechtskräfte, ihre volksfeindliche Tätigkeit zu aktivieren, erteilt die Partei eine entschiedene Abfuhr. Sie sagt den Feinden des Sozialismus ein Nein. Das ergibt sich aus der Natur der Diktatur des Proletariats, daraus, daß sich die polnischen Arbeiter, die Werktätigen bewußt sind, daß der Sozialismus für sie der einzig mögliche Weg ist.

Deshalb unterscheidet unsere Partei strikt zwischen den Forderungen der Arbeiter und den Versuchen antisozialistischer Kräfte, die Lage im eigenen Interesse zu nutzen. Die PVAP will zusammen mit der Arbeiterklasse und mit ihrer Unterstützung die entstandene Situation überwinden. Die PVAP ist aus der polnischen Arbeiterklasse hervorgegangen. Mit ihrer Hilfe erfüllt die Arbeiterklasse ihre historische Mission. Aus dem Konflikt, wie bitter und unangenehm er auch gewesen ist, hat die PVAP, die anerkannte führende Kraft der polnischen Gesellschaft, ihre Lehren gezogen.

Warschau, im September

BIOGRAPHISCHES

AUSSENMINISTER DER VR POLEN JÓZEF CZYREK



Józef Czyrek wurde am 20. Juli 1928 im Dorf Białołęka (Wojewodschaft Rzeszów) als Bauernsohn geboren; 1950 absolvierte er die Jagiellonen-Univer-

sität Kraków (Wirtschaftswissenschaften), war 1949—1952 als Assistent an der Universität und an der Wirtschaftshochschule in Kraków tätig; aktive Teilnahme an der Jugendbewegung, Vorsitzender des Studentenbundes der Dorfjugend „Wici“ in Rzeszów sowie Sekretär des Kreiskomitees Kraków des Bundes der polnischen Jugend.

Seit 1952 im Außenministerium der VR Polen: verantwortliche Posten im zentralen Apparat sowie

in Polens Vertretungen im Ausland. Ab März 1971 Stellvertreter, ab April 1980 Erster Stellvertreter des Außenministers.

Kandidat des ZK der PVAP seit dem VI. Parteitag (Dezember 1971), Mitglied des ZK seit dem VIII. Parteitag.

Am 24. August 1980 Ernennung zum Minister für Auswärtige Angelegenheiten durch den Staatsrat der VR Polen, am 5. September Bestätigung durch den Sejm.

RETTET DIE PATRIOTEN!

Ein Monat ist es her, da in Buenos Aires der Erste Sekretär des ZK der Paraguayanischen KP, Antonio Maidana, und sein Mitstreiter Emilio Roa entführt wurden. Über ihr Schicksal ist nichts bekannt. Unterdes erhielten der Präsident Argentinien, der Präsident des Internationalen Roten Kreuzes und der UNO-Menschenrechtsausschuß zahlreiche Briefe und Telegramme von Angehörigen der Entführten, von internationalen und nationalen Organisationen, mit der Bitte, den Aufenthaltsort der



Antonio Maidana

Patrioten zu ermitteln und Schritte für ihre Verteidigung und sofortige Freilassung zu unternehmen. Die progressive Weltöffentlichkeit ist ernstlich besorgt.

Bislang haben die argentinischen Behörden keinerlei offizielle Erklärungen abgegeben. Erst in einem Kommuniqué vom 18. September erklärte General Bautista Sasiain, Chef der Bundespolizei, eine Untersuchung sei eingeleitet worden. Zugleich verurteilte er gereizt die Solidaritätskampagne der Kommunisten und von Vertretern anderer demokratischer Kräfte Argentinien für die Patrioten und schwieg sich über das Schicksal von Antonio Maidana und Emilio Roa aus, obgleich letzterer schon viele Jahre mit Erlaubnis der argentinischen Behörden im Lande lebte.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Verschwinden Antonio Maidanas und Emilio Roas das Werk von Banditen der Lateinamerikanischen Antikommunistischen Konföderation ist, die sich gerade in jenen Tagen wieder einmal in Buenos Aires zusammenrottete. Der plötzliche Besuch des paraguayischen Verteidigungsministers General Samaniego in Buenos Aires kurz vor der Entführung

Maidanas und Roas war wohl kaum ein Zufall.

Die sowjetischen Menschen, alle Fortschrittskräfte kennen Antonio Maidana als erprobten Führer der paraguayischen Kommunisten, als unermüdlichen Antifaschisten. 19 Jahre lang setzten sich alle Menschen guten Willens für seine Freilassung aus den Kerkern der faschistischen Stroessner-Diktatur ein, in die er im August 1958 geworfen worden war. Die weltweite Solidaritätsbewegung mit den paraguayischen Patrioten zwang die Kerkermeister im Januar 1977, Antonio Maidana und seine Mitstreiter freizulassen. Doch noch über ein halbes Jahr verging, bis sie nach intensiven Bemühungen Paraguay verlassen konnten und am 15. Oktober 1977 in der UdSSR eintrafen.

In der Sowjetunion wurden die ehemaligen Häftlinge mit offenen Armen aufgenommen. Die Ärzte taten alles, um die durch die lange Haft in Mitleidenschaft gezogene Gesundheit der Patrioten wiederherzustellen. Später besuchten Antonio Maidana und seine Mitstreiter viele Länder, wo sie überall sehr herzlich empfangen wurden.

Antonio Maidana schätzte das Verhalten der sowjetischen Menschen ihm gegenüber, ihre brüderliche Solidarität mit dem Kampf des paraguayischen Volkes gegen die Diktatur hoch ein, doch wollte er nicht fern von seiner leidgeprüften Heimat leben. Deshalb nahm er seinen Aufenthalt im benachbarten Argentinien. Trotz seiner mitgenommenen Gesundheit ist Maidana fest entschlossen, seinem Volk zu dienen. Er meint, das besser tun zu können, wenn er unter den Paraguayern in Argentinien (1 Million) lebt, die ihr Land auf Arbeitssuche oder wegen politischer Repressalien verlassen mußten.

Zusammen mit den demokratischen Kräften aller Länder verlangen die sowjetischen Menschen, Antonio Maidana und Emilio Roa zu retten. Sie fordern von der Regierung Argentinien, wie es in Erklärungen des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften und anderer sowjetischer Massenorganisationen heißt, besondere Maßnahmen, um das Schicksal der paraguayischen Patrioten zu klären und sie zu befreien.

J. NADESHDIN

NZ KOMMENTAR

AMERIKANISCHE „DEFEKTE“

Nur schwer ließ sich aus „soliden“ US-Publikationen das Lieblingsschema der „sowjetischen Raketenbedrohung“ verdrängen, doch zwei Vorfälle, die Amerika erschütterten, dürfte dies wohl doch geglückt sein. Am 15. September geriet ein strategischer B-52-Bomber mit Kernwaffen an Bord einige Minuten vor dem Start auf einem Luftwaffenstützpunkt in Norddakota in Brand. Drei Stunden lang, bis die Flammen gelöscht wurden, hing das Leben der 90 000 Einwohner von Grand Forks an einem seidenen Faden. Noch hatte man die Amerikaner nicht „beruhigen“ können und sie nicht endgültig von dem atomaren Vorfalle abgelenkt, da kam es zu einer Explosion auf einer Startrampe im Bundesstaat Arkansas: Im Startsilobefand sich eine ballistische Interkontinentalrakete Titan 2...

Obgleich zwischen diesen beiden Bundesstaaten Tausende Kilometer liegen, sind beide Vorfälle doch Glieder der gleichen Kette. Es kommt immer häufiger zu „Fehlern“ und „Defekten“ — bedingt durch die verstärkte Kriegspsychose, die von der US-Administration angeheizt wird. Ein jeder solcher „Fehler“ ist gefährlich — und nicht nur für die Amerikaner.

1956 rammte ein B-47-Bomber ein Nuklearbombenarsenal auf einem Stützpunkt in Großbritannien. Es handelte sich um einen amerikanischen Bomber, doch bei einer Katastrophe wären Engländer in Mitleidenschaft gezogen worden. 1966 stürzte eine B-52 vor Palomares (Spanien) ab, wobei sie vier H-Bomben verlor. Diesmal hätten Spanier die Leidtragenden sein können. Zwei Jahre später zerschellte ein Flugzeug des gleichen Typs mit vier H-Bomben auf Grönland.

Die Amerikaner selbst „hatten Glück“ — ihre Flugzeuge und Bomben hätten über fremden Ländern explodieren können. Die beiden letzten Vorfälle vom September d. J. haben den durch die „sowjetische Bedrohung“ eingeschüchterten Amerikanern deutlich gemacht, wohin die Kriegshysterie, die ständigen „Alarmer“ und die nicht abbreißenden Manöver zur „Abwehr eines sowjetischen Schlages“, die Hektik um die „höchste Bereitschaftsstufe“ führen können.

In Washington ist man geneigt, die Vorfälle durch technische „Defekte“ zu erklären. Doch vor allem ist der außenpolitische Kurs, der einen Nuklearkrieg mit der UdSSR als real ansieht, defekt. Gerade er führt zu „Fehlern“, die verhängnisvoll für den Weltfrieden sein können.

W. GRIBOW

M. AKAGI: DIALOG NOTWENDIG

Am 17. September wurde dem Präsidenten der Gesellschaft für japanisch-sowjetische Freundschaft, dem namhaften Politiker Japans, Parlamentsabgeordneten Munenori Akagi im Kreml der Orden der Völkerfreundschaft überreicht. NZ-Mitarbeiter L. Mletschin sprach mit Munenori AKAGI.

Akagi San, Sie waren bereits mehrmals in der UdSSR, und zwar als Mitglied des japanischen Kabinetts und als Präsident der Freundschaftsgesellschaft...

Und ich hoffe auf weitere Besuche in Ihrem Land. Ich bin überzeugt, unsere Nachbarländer müssen einander besser kennen und verstehen lernen. Freundschaftliche Kontakte zwischen der UdSSR und Japan, gegenseitiges Verständnis, multipliziert mit zunehmenden wirtschaftlichen, Handels- und wissenschaftlichen Kontakten bilden ein festes Fundament für Frieden und Stabilität im Fernen Osten.

Leider klingen in jüngster Zeit in der japanischen Presse und in Äußerungen einiger Offizieller wenig freundschaftliche Töne an, und es wird von einer „Bedrohung aus dem Norden“ gesprochen. Ist das eine Verhärtung des Kurses Tokios oder ein Zugeständnis an Washington?

Die von bestimmten Kreisen in unserem Land angeheizte antisowjetische Kampagne, die sich am außenpolitischen Kurs der USA orientiert, entspricht keineswegs den Interessen des japanischen Volkes. Ich war häufig in der Sowjetunion und kann mit Gewißheit behaupten, daß das, was die antisowjetische Propaganda verkündet, Lügen sind. Wir Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft wissen: Die Sowjetunion will Frieden, sie verfolgt keine selbstsüchtigen Ziele, sondern sucht ehrlich nach Wegen zur Zusammenarbeit.

In Japan sind jedoch nicht wenige einflußreiche Leute — Politiker, Militärs, Vertreter der Geschäftswelt — in führender Stellung, die eng mit den USA verbunden sind. Sie halten sich selbstverständlich an die Politik des Weißen Hauses. Bedauerlich ist ferner, daß man bei uns wenig über das Leben der sowjetischen Menschen weiß und die gegnerische Propaganda auf fruchtbaren Boden fällt. Deshalb betrachten wir es als unsere Hauptaufgabe, den Japanern die Wahrheit über die Sowjetunion zu berichten.

Verschiedene Aktionen Japans zugunsten überseeischer Kreise

wirkten sich negativ auf die Handels- und Wirtschafts-, die wissenschaftlichen, kulturellen Kontakte zwischen unseren Ländern aus. Besteht hier nicht die Gefahr, als unzuverlässiger Partner angesehen zu werden?

Ich glaube, daß die Geschäftsleute, die dem Druck der Rechten, proamerikanischen Kreise, nachgaben, das jetzt allmählich bedauern. Wenn wir nicht alle in der japanisch-sowjetischen Geschäftszusammenarbeit liegenden Möglichkeiten nutzen, begehen wir einen Fehler. Dabei handelt es sich nicht nur darum, daß der Handel ein Fundament des Friedens ist. Der Handel mit der UdSSR ist vor allem vorteilhaft für unser Land.

Gegenwärtig werden die „Selbstverteidigungskräfte“ intensiv verstärkt. Manche Leute in Japan wollen beweisen, dies sei der einzige Weg zur Stabilisierung der Situation in Südostasien. Was denken Sie dazu?

Die Vereinigten Staaten drängen auf eine ernsthafte Modernisierung unserer „Selbstverteidigungskräfte“ und bemühen dazu proamerikanische Kreise. Jeder Schritt in dieser Richtung widerspricht der Verfassung des Landes und den Anschauungen der meisten Japaner sowie auch den Interessen des Friedens in diesem Weltteil, was besorgte Äußerungen einiger südostasiatischer Länder beweisen. Ich meine, Japan sollte nicht aufrüsten. Sicherheitsgarantien muß man durch die Anbahnung von Zusammenarbeit mit allen Ländern der Region, in erster Linie mit der Sowjetunion suchen.

Außer den USA will auch die Peking Führung einen Keil in die sowjetisch-japanischen Beziehungen treiben. Bestimmte Kreise Japans hören auf Peking und erklären das damit, die japanisch-chinesischen Kontakte beäßen vordringliche Bedeutung. Wie beurteilen Sie derartige Argumente?

Meiner Ansicht nach ist das „chinesische Fieber“ schon im Abklingen. Es war ein kurzfristiger Boom. Seinerzeit wollte es manchem so scheinen, daß der riesige chinesische Markt einerseits und die reichen Bodenschätze andererseits die japanische Industrie vor Schwierigkeiten bewahren. Außerdem dürfen Sie nicht vergessen, die Chinesen haben 3000jährige Erfahrungen in der Kunst der Diplomatie, man versteht dort zu empfangen, zu umschmeicheln, zu interessieren und Wunsch für Wirklichkeit auszugeben. Dennoch erwies sich bald, daß die Chinesen sehr wenig kaufen — ihre Devisenreserven sind nicht hoch und an die Bodenschätze muß man erst noch heran. Nehmen wir nur das Erdöl. Gerade erst hat die Peking Führung wissen lassen, sie könne die Erdöllieferungen im festgelegten Umfang nicht gewährleisten. Ernstliche Probleme ergeben sich auch aus der mangelnden Stabilität in der Peking Führung. Das aber war nicht gleich klar. Jetzt werden in Japan Stimmen lauter, die zum nüchternen Denken und zur Vorsicht auffordern.

Akagi San, wie sehen Sie die Perspektiven der sowjetisch-japanischen Beziehungen?

Ich sehe die Welt optimistisch an. Wir haben mit Aufmerksamkeit die Rede Leonid Breschnews in Alma-Ata verfolgt, in der die Prinzipien formuliert sind, auf denen die Sowjetunion ihre Beziehungen zu unserem Land aufbauen möchte. Nun ist die Reihe an Japan. Wir müssen einen entgegenkommenden Schritt tun. Selbst wenn wir zu einigen Fragen unterschiedliche Standpunkte einnehmen, ist das noch kein Anlaß zur Konfrontation. Wir brauchen den Dialog, die nüchterne Erörterung unserer Probleme.

Im November soll in Moskau das zweite „Rundtischgespräch“ der sowjetischen und der japanischen Öffentlichkeit stattfinden. Werden Sie daran teilnehmen?

Selbstverständlich. Unsere Gesellschaft ist Mitinitiator des Rundtischgesprächs. Begegnungen der Öffentlichkeit sind besonders jetzt wichtig, da unsere Beziehungen eine Periode der Verschlechterung durchleben. Wir müssen konkrete Aktionen dagegen stellen, unseren Kampf für Frieden, Freundschaft und Verständnis verstärken.

Gestatten Sie mir, Akagi San, zum Abschluß, Ihnen im Namen der NZ-Leser zu Ihrer hohen Auszeichnung zu gratulieren.

Vielen Dank. Ich betrachte den Orden der Völkerfreundschaft als eine Auszeichnung unserer ganzen Freundschaftsgesellschaft. Ich bin ein Patriot Japans und daher am Ausbau der japanisch-sowjetischen Kontakte interessiert.

ZUM KONFLIKT IRAN-IRAK

(Ausländische Pressestimmen)

Starke Truppenverbände, schwere Artillerie, Panzer und Luftwaffe sind von beiden Seiten an Kämpfen beteiligt, zu denen es auch früher schon vereinzelt an der iranisch-irakischen Grenze gekommen war, die jetzt aber, seit Anfang September, außerordentlich heftig geworden sind. Sie begannen im Raum der Stadt Qasr-e-shirin (iranische Provinz Kermanshah) und dehnten sich nach Süden bis zur Stadt Basrah (Irak) sowie Khorramshahr und Abadan (Iran) aus. Geschützfeuer und Bombenangriffen sind militärische Stellungen und Stützpunkte wie auch mitunter Wirtschaftsobjekte ausgesetzt. Beide Seiten haben beachtliche Verluste an Menschen und Material, obwohl es dazu widersprüchliche Meldungen gibt.

Bagdad gab bekannt, am 10. September hätten „die irakischen Streitkräfte ihre heilige Pflicht erfüllt, irakisches Territorium zurückzugewinnen“, das Iran „besetzt gehalten hat“ und zwar „entgegen den Abkommen von 1975“. Genannt wurden rund 190 km² im Raum der Stadt Qasr-e-shirin. Danach erklärte der irakische Außenminister Hamdani, Irak habe „keine weiteren Gebietsansprüche an Iran“. Andererseits äußerte, laut AP, in Rom der Berater des dort befindlichen stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionären Kommandos Iraks, Izzat Ibrahim, Teheran habe sich noch unter dem Schah einverstanden erklärt, ein Territorium von 500 km Länge und 15 km Breite an Irak zurückzugeben. Diesem Raum wird starke Bedeutung beigemessen, da er unweit der Mündung von Tigris und Euphrat, in der Nähe der wichtigsten Erdölstraßen Iraks zum Persischen Golf liegt.

Aus der Teheraner „Kayhan“ geht hervor, irakische Truppen seien an einigen Stellen bis zu 15 km tief in Iran eingedrungen. Die iranische Führung erklärte, sie werde ihren Boden mit allen Kräften verteidigen.

Am 17. September teilte der irakische Präsident Saddam Hussein die Annullierung des irakisch-iranischen Vertrags, der am 6. März 1975 in Algier unterzeichnet worden war, durch Irak mit. Er beschuldigte die iranischen Behörden, sie hätten diesen Vertrag verletzt, da sie „sich weigerten, Truppen aus dem irakischen Grenzgebiet abzuziehen, womit sie Irak gezwungen haben, diesen Boden mit Hilfe von Gewalt wiederzugewinnen“. Hussein sagte, Irak habe

keine Ambitionen hinsichtlich iranischen Territoriums und plane durchaus keinen Krieg gegen Iran oder eine Ausdehnung des Konflikts über die Verteidigung der irakischen Rechte und der Souveränität des Landes hinaus.

Die Geschichte der iranisch-irakischen Grenzbeziehungen wird von der Auslandspresse folgendermaßen dargestellt: Ihre territorialen Differenzen reichen ziemlich weit zurück. Die Grenze zwischen beiden Ländern war durch ein 1913 in Konstantinopel (Istanbul) unterzeichnetes Protokoll festgelegt worden, als Irak noch zum Osmanischen Reich gehörte. 1937 wurde dann ein Vertrag geschlossen, der Irak das Recht auf einen bestimmten Raum am östlichen (iranischen) Ufer an der Mündung des Schatt el-Arab einräumte, der diese Länder im Süden, nahe dem Persischen Golf, trennt. Der Vertrag wurde jedoch 1969 durch Teheran aufgehoben, was von Zeit zu Zeit zu begrenzten bewaffneten Auseinandersetzungen führte. In der ersten Hälfte der 70er Jahre komplizierte sich die Situation wegen der Unterstützung des Schah-Regimes für die regierungsfeindliche Kurdenbewegung in Irak.

Im März 1975 schlossen beide Länder in Algier einen Vertrag, dem zufolge Iran die Unterstützung für die aufständischen Kurden in Irak einstellen sollte und Irak sich seinerseits einverstanden erklärte, die Staatsgrenze in der Mitte des tiefsten Teils des Schatt el-Arab verlaufen zu lassen. Insgesamt wurde die Grenze auf der Basis des Protokolls von 1913 bestimmt, was in der Praxis eine Umverteilung einzelner Abschnitte erforderte. Kurz nach dem Vertrag von Algier wurde im Juni 1975 in Bagdad ein Abkommen über die Demarkationsgrenze und über die gute Nachbarschaft zwischen Iran und Irak sowie ein Protokoll unterzeichnet, das diese Grenze festlegte. Wie sich jetzt jedoch herausstellt, waren diese Papiere damals nicht vollständig realisiert worden, obwohl zunächst keine Ansprüche erhoben wurden. Der Präsident der Islamischen Republik Iran Banisadr bemerkte in einem am 17. September einem AFP-Korrespondenten gewährten Interview, Iran habe, als es noch vom Schah regiert wurde, die Bedingungen des Vertrags von Algier bezüglich der Übergabe einiger Räume unter iranischer Jurisdiktion an Irak nicht erfüllt.

Seit dem Sturz des Schahs im Fe-

bruar 1979 verschlechterten sich die iranisch-irakischen Beziehungen zusehends. Teheran und Bagdad richteten heftige Ausfälle gegeneinander und beschuldigten sich gegenseitig feindlicher Aktionen sowie der Aggressivität.

Seit April d. J. wird an der iranisch-irakischen Grenze geschossen. Jetzt hat sich das zu einer ausgedehnten militärischen Operation entwickelt.

Die Teheraner „Ettala'ei“ meldete am 16. September, die iranische Armee habe „beschlossen, ihre Verteidigungsstellungen zu Angriffsstellungen zu machen“. Dazu wurden militärische Einheiten aus den inneren Landesprovinzen an die Grenze verlegt, darunter Luftabwehreinheiten. Den Befehl über die Kampfhandlungen übernahm Präsident Banisadr. Er gab am 21. September die Anweisung zur Einberufung der Reservisten.

In dem erwähnten AFP-Interview hatte Banisadr erklärt, Bagdad habe „von Anfang an eine feindliche Haltung zur islamischen Revolution bezogen“. Er sagte, die jetzigen Kriegsvorbereitungen Iraks legten den Gedanken nahe, es bestünden dort Pläne zur Eroberung der iranischen Provinz Khuzistan (im äußersten Südwesten Irans), auf die bis zu 90% der iranischen Erdölvorkommen entfallen. „Noch geht es um einen Grenzkonflikt, um einen Zermürbungskrieg“, sagte er. „... Es ist jedoch durchaus möglich, daß sich dieser Konflikt zu einem echten Krieg ausweitet“.

Die reaktionäre Westpresse verbirgt in ihren Kommentaren zu den iranisch-irakischen Grenzkämpfen nicht bestimmte Kalkulationen der imperialistischen Kreise. Gleichzeitig bemerkt die Londoner „Financial Times“, daß der bewaffnete Kampf zwischen Irak und Iran potentiell gefährlicher sei und eine stärkere Bedrohung für die Wirtschaft der Industrieländer darstellt als die meisten bekannten Grenzzusammenstöße zwischen den moslemischen Ländern im Nahen Osten. In den Konflikt sind schließlich zwei große Erdölländer verwickelt.

Mitte September trafen in Bagdad und Teheran Vertreter der PLO ein. Einige Massenmedien äußern dazu die Annahme, die PLO wolle eine Vermittlerrolle zur Regulierung des so gefährlichen und schon so weit fortgeschrittenen militärischen Konflikts zwischen Irak und Iran spielen, Länder also, zu denen die Palästinenser gute Beziehungen unterhalten.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, äußerte in einem Interview des Beirut „Monday Morning“ sein tiefes Bedauern zu dem Konflikt und sprach sich für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten auf der Basis der Nichteinmischung aus. UNO-Generalsekretär Waldheim rief Irak und Iran zur Einstellung der Kampfhandlungen auf.

A. ULANSKI

DIE SELTSAME FAHNDUNG

Nikolai JERMAKOW

Mario Amato ließ alles stehen und liegen und begab sich in die Römer Haftanstalt. Gerade hatte man ihm die wichtige Aussage eines einsitzenden Faschisten ausgereicht. Es war der 17. April 1980.

Was der Vizestaatsanwalt der Republik erfuhr, stellte alles in den Schatten. In dem von DIGOS-Leuten maschinengeschriebenen Verhörprotokoll eines Schwarzhemdmannes tauchten Namen von Führern des neofaschistischen Untergrunds sowie ihre Terrorpläne und sogar ein geplantes Attentat auf Amato selbst auf.

Das Protokoll enthielt ferner Angaben über die „revolutionären bewaffneten Zellen“ (NAR) — eine neofaschistische Organisation, die der Vizestaatsanwalt in jüngster Zeit unter die Lupe genommen hatte. Die Namen im Protokoll stimmten mit denen überein, auf die Mario Amato selbst gestoßen war.

Der Vizestaatsanwalt schickte das Papier sofort an die übergeordnete Stelle. Drei Tage gingen ins Land, ohne daß eine Antwort erfolgte. Was war geschehen? Sollte nicht klar sein, daß hier sofort eingegriffen werden mußte? Ein Versuch, der Sache nachzugehen, versandete.

Dann passierte etwas völlig Überraschendes. In der Pause einer Gerichtsverhandlung, in der Amato sprechen sollte, trat der Rechtsanwalt des aussagefreudigen Faschisten, (sein Name wird bislang nicht genannt) an ihn heran.

„Si, si, Signore Richter, was ist denn das? Warum sprechen sie mit meinem Mandanten, ohne mich in Kenntnis zu setzen?“

Woher wußte der Anwalt, was er nicht wissen sollte, und was anscheinend geheimgehalten worden war? Wieviele Leute hatten davon erfahren, daß die Staatsanwaltschaft den Terroristen auf die Spur gekommen war?

„Ich bin mit meinen Untersuchungen immer auf völlige Gleichgültigkeit gestoßen“, ärgerte sich Mario Amato.

Der Vizestaatsanwalt stand in seinem Kampf gegen das Wiederaufkommen des Rechtsterrorismus in Rom praktisch allein auf weiter Flur. Von ihm aufgespürte Verbrecher wurden nicht festgenommen, seine

Berichte verstaubten in Archiven. „Die Schwarzen gehen bald in die Offensive“, warnte Amato.

Das war sein letztes Wort. Am Morgen des 23. Juni wurde er von NAR-Leuten gekillt.

Mehr als einen Monat später, am 2. August um 10.25 Uhr krachte es auf dem Bahnhof von Bologna: 80 Tote und etwa 200 Verletzte. Es war die größte Aktion der Neofaschisten in den letzten Jahren. Der mit der Explosion beauftragte Untersuchungsrichter setzte unter Beschuldigung der Beteiligung an dem Anschlag mehr als 20 NAR-Mitglieder fest. Ihre Namen hatten im „Dossier des



Neofaschisten in Aktion: Von viehischen Mißhandlungen auf den Straßen Roms (oben) bis zum Bombenanschlag von Bologna. Ein vermutlicher Organisator des Verbrechens bei seiner Festnahme (rechts).

Fotos aus „Panorama“ (Italien)

17. April“ und in anderen Berichten Amatos gestanden. Man hätte also den Anschlag in Bologna und andere Verbrechen vermeiden können?

Die Ordine Nuovo, eine Organisation der Schwarzhemden, läßt jetzt eine neue Terrorwelle rollen. Sie war 1973 auf Erlaß des Innenministeriums wegen Wiederauflebens der in Italien verbotenen faschistischen Partei aufgelöst worden. Aus der Presse weiß man jedoch, daß die Gruppe praktisch ihre Diversionen niemals eingestellt hat.

Der erste Versuch, die Ordine Nuovo wieder ins Spiel zu bringen, erfolgte 1974, nach Freilassung vieler ihrer ehemaligen Mitglieder. Zusammen mit Angehörigen anderer extremrechter Gruppen — Avanguardia Nazionale und Gruppi Azionari Mussolini — zimmerten sie die neue Organisation Ordine Nero, die verschiedene Terroranschläge verübte. Sie nahm Kontakte zu Rechtskreisen in anderen Ländern auf und sich die französische OAS zum Vorbild.

Die Ordine Nero bestand aus mobilen 5-Mann-Gruppen mit Treffs in Italien und in der Schweiz. Ihr Ziel war es, mit Bomben und Attentaten Angst auf der Apenninhalbinsel zu verbreiten und die Voraussetzungen für einen extremen Rechtsruck im Lande zu schaffen. Außerdem sollten die demokratische und Arbeiterbewegung sowie der Einfluß der IKP geschwächt werden.

Bald schien jedoch die Organisation erneut zu platzen. An ihre Stelle traten die „bewaffneten revolutionären Zellen“. Zum ersten Mal meldeten sich die NAR im Winter 1976 mit einem Überfall auf ein Waffengeschäft, bei dem Franco Anselmi, ein Mitbegründer der „Zellen“ ins Gras biß. Danach „glückte“ der Gruppe ein Angriff auf den Rundfunksender Città Futura, bei dem fünf Frauen verletzt wurden.

Nach dieser Chose kam es unter den rechten Terroristen zu Differenzen. Die einen meinten, eine Destabilisierung lasse sich besser erreichen, wenn



man solange linke Funktionäre ermorde, bis das zu einem nicht mehr kontrollierbaren Krieg zwischen Banden der „schwarzen“ und der „roten“ Extremisten führe. Andere wollten die „soziale Revolution“, unter Einbeziehung des Lumpenproletariats und mit An-

schlägen auf staatliche Institutionen. Im Frühjahr 1979 explodierten Bomben im Gefängnis Regina Coeli, in den Räumen des Stadtrats sowie im Außenministerium.

In den letzten Monaten schienen die NAR in ihrer Aktivität nachzulassen. Im April brachten sie es auf nur eine Explosion. Im Mai versandten sie eine Reihe von Drohbriefen, auf die jedoch nichts folgte. Danach kam Schweigen. Erst später wurde bekannt, daß die „Zellen“ in dieser Zeit ihren neuen Coup in Bologna und andere Anschläge vorbereiteten.

Die Ordine Nuovo existiert also illegal, unter anderen Namen weiter. Die „Gazzetta del Popolo“ nennt 17 solcher Deckbezeichnungen.

Die Terrorbewegung in Italien besitzt zwei Flanken, eine rechte und eine „linke“. Als die Behörden unter dem Druck der Öffentlichkeit gegen die „linken“ Extremisten vorgingen und deren Ausfälle seltener wurden, sprangen sofort die Neofaschisten in die Bresche.

Die „Roten“ und die „Schwarzen“ sind gewissermaßen zwei Farben in einem Kartenspiel, das von ein und derselben Hand gemischt wird, die schon zehn Jahre ganz Italien in Spannung hält. Sie werden von ein und demselben Gehirntrust gelenkt, schreibt „Repubblica“. Es handele sich um die Äste eines Baumes, meint „Paese Sera“.

In ihrer Zusammensetzung unterscheiden sich die illegalen Banden, die dem italienischen Staat den Krieg erklärt haben, natürlich voneinander. Unter den Mitgliedern der „Roten Brigaden“ sind z. B. bestimmt Leute, die sich beleidigt fühlen, würde man sie beschuldigen, mit Faschisten konform zu gehen. Je näher die Terrororganisationen jedoch den Oberschichten stehen, desto deutlicher werden ihre Verbindungen.

Am 28. August wurden in Rovigo bei der Festnahme einer Gruppe Neofaschisten im Zusammenhang mit der Aktion in Bologna in der Wohnung eines der Inhaftierten — Gianluigi Napoli — Papiere der NAR sichergestellt, in denen direkt von einer notwendigen Aktionseinheit mit den „Roten Brigaden“ die Rede war.

Einige Monate früher hatte man in der illegalen Wohnung eines Neofaschisten in Rom von den „Roten Brigaden“ entwundene Waffen gefunden. Der Rest wurde später in einem Quartier der „Roten Brigaden“ eingepackt.

Die „Paese Sera“ berichtet, vor zwei Jahren habe es in Kalabrien ein „Gipfeltreffen“ von Führern der Terrorgruppen beider Schattierungen gegeben. Teilnehmer waren der

Chef der „Linken“ aus der Prima Linea, Corrado Alunni, (inzwischen in Haft) und der NAR-Neofaschist Sergio Calore, einer der Hauptangeklagten im Bologna-Prozeß.

Wußte man von der Erneuerung der Ordine Nuovo und von ihren Plänen?

Man wußte, antwortet das Wochenblatt „Espresso“, wobei es präzisiert, daß es dazu beim Geheimdienst einen ausführlichen, vom 27. August 1978 datierten Bericht mit der Nr. 21950 gibt. Das Magazin „Astrolabio“ meldet: die Gründung der Ordine Nero erfolgte im Februar 1974 auf einer Zusammenkunft von Neofaschisten in der Ortschaft Cattolica im Hotel Giada, dessen Besitzer der Abwehragent Caterino Falzari war.

Es mag seltsam erscheinen, daß die Chefs illegaler Terrorgruppen dort zusammenkommen, wo man, wie sie höchstwahrscheinlich wissen, auf sie aufpaßt. Die einzige Erklärung: Dies war für sie der sicherste Platz. Erhellet nicht daraus auch die Tatsache, daß neofaschistische Verbrechen ungesühnt bleiben?

Mitten in den Untersuchungen des NAR-Anschlags in Bologna entstanden der örtlichen Staatsanwaltschaft ernstliche Schwierigkeiten. Ein Stellvertreter des Staatsanwalts beklagte sich Journalisten gegenüber, es sei unmöglich, bestimmte Angaben und Papiere aus Rom zu erhalten.

Behindert werden die Untersuchungen durch das ständige Durchsickern völlig geheimer Informationen. Immer wieder bringt die Presse Namen von Neofaschisten, die Enthüllungen machten, sowie Verhörprotokolle und Namen von Verdächtigen. „Paese Sera“ schreibt von einer direkten Sabotage von oben und bemerkt dazu, es gäbe im Staatsapparat Leute, die die Untersuchung um jeden Preis hintertreiben wollten. Ein Hauptzeuge der Anklage im Fall Bologna, ein gewisser Piergiorgio Farina, nannte dem Gericht die Hintermänner des Verbrechens. Unbekannt wie, gelangte eine Meldung davon in die Zeitungen. Am folgenden Tag verweigerte Farina kategorisch weitere Aussagen.

Läßt sich das Knäuel des Verbrechens von Bologna entwirren und werden die Schuldigen bestraft werden? Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Italiener die Wahrheit über die Explosion nie erfahren werden, erklärte der bekannte politische Experte Giorgio Galli gegenüber „Panorama“. In Italien denken viele ebenso.

Rom, im September

NZ

KOMMENTAR

RÜCKFALL IN DIE PAKTOMANIE

Da sich Washington offenbar wegen der zunehmenden Aktivitäten der demokratischen Kräfte El Salvadors gegen die Regierungsjunta unwohl fühlt, mischt es sich immer intensiver in die Dinge des Landes ein.

Gleichzeitig möchten die USA einen Cordon Sanitaire der Nachbarstaaten um El Salvador bilden, in denen reaktionäre Militärs regieren. Mit der steigenden Militärhilfe an Honduras und Guatemala versicherten sich die USA der Zusage ihrer Regierungen, wenn nötig, sofort für die Junta El Salvadors einzutreten. Die Vorbereitungen dazu laufen, vorliegenden Informationen nach, auf vollen Touren. Der US-Kongreß hat bereits die Lieferung von Waffen, einschließlich Kampfflugzeuge und Hubschrauber, an Honduras in Höhe von fast 4 Mio Dollar sanktioniert.

Guatemala mit der stärksten Armee in Mittelamerika erhält ebenfalls amerikanische Waffen, obwohl das über Mittelsmänner geschieht. Der Grund dafür: Die Verletzung der Menschenrechte durch die guatemalteken Behörden.

Die Zusammenarbeit der drei reaktionären Regimes — Guatemala, Honduras, El Salvador — beschränkt sich bereits nicht mehr nur auf militärische Kontakte. Bekannt wurde, daß die Regierungen Guatemalas und Honduras' einen Plan zur Invasion in Nicaragua entwickelt haben. Ein Geheimabkommen, das den Einsatz von 5000 von den Amerikanern ausgebildeten Söldnern für den Fall einer weiteren Zuspitzung des Konflikts in El Salvador vorsieht, wurde zwischen Guatemala und der Junta El Salvadors getroffen.

Die Absicht, ein „miniregionales“ Bündnis zwischen der Junta El Salvadors, den Regierungen Guatemalas und Honduras' zu errichten, ist nichts anderes als ein Rückfall in die alten Versuche Washingtons, mit Hilfe von ihm trainierter und bewaffneter lateinamerikanischer Streitkräfte ein Kontinentalkorps mit Aufpasserfunktionen unter dem Aushängeschild von „Friedenskräften“ zu schmieden. Der Unterschied besteht nur darin, daß man sich hier auf Mittelamerika beschränkt. Früher waren die USA sicher, daß die Gendarmenrolle dort von Somoza gespielt wird. Jetzt sollen offenbar Soldaten Honduras', Guatemalas und El Salvadors die Kastanien für die amerikanischen Monopole aus dem Feuer holen und das Demokratiebegehren ihrer Völker im Blut erstickten.

A. BARYSCHEW

ENERGETIK UND POLITIK

Trotz der Herbstzeit, war es in München ein heißer Tag, anscheinend geradezu ein Werbetag für die Herstellerfirmen von Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie. Im Olympiastadion verkündet über dem Eingang zur Halle mit Plstdach, das an den Panzer einer Riesenschildkröte erinnert, ein Schild: „11. Weltenergiekonferenz“.

„Weltenergiekonferenz“ ist die Bezeichnung für eine internationale nichtstaatliche Organisation, die 1924 gegründet wurde und heute 78 Länder zu Mitgliedern hat (in München trafen 4800 Abgesandte aus 64 Staaten ein). Ihre Arbeit gilt der Erforschung zugänglicher Energieträger und der Möglichkeiten für Energieerzeugung, -transport, -umformung und -anwendung; Erforschung des Energieverbrauchs und seiner Bedeutung für das Wirt-

schaftswachstum; Veröffentlichung der Forschungen in diesem Bereich und Abhaltung von Konferenzen.

Früher erfolgten diese Begegnungen einmal in sechs Jahren. Da die Probleme aber in den letzten Jahren an Aktualität gewannen, trifft man nun alle drei Jahre zusammen. Die jetzige Konferenz unter dem Motto „Energie für unsere Welt“ befaßt sich mit der Wechselwirkung von Energiewesen, Umwelt und Gesellschaft.

Mit Sprechfunkgeräten ausgerüstete Polizisten, über die man beim Eintritt in die Olympiahalle stolperte, verdeutlichten die Bedeutung, die die bundesdeutschen Gastgeber der Konferenz beimaßen. Die Liste der Teilnehmer aus der BRD war die längste. In den ersten Reihen saßen nicht „Millionen“, sondern „Milliarden“, Besitzer und Ma-

nager großer Konzerne. Neben namhaften Wissenschaftlern machten sich Mitarbeiter großer Zeitungen und Magazine breit. Vorsitzender des Organisationskomitees war Peter von Siemens, Chef des Aufsichtsrats der Siemens AG, die Eröffnungsreden hielten Bundeskanzler Helmut Schmidt sowie der bayrische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der Opposition, Franz Josef Strauß.

Schmidt verwies darauf, daß es bei einer heutigen Weltbevölkerung von vier Milliarden im Jahr 2000 sechs Milliarden sein werden. „Der Energieversorgung ist zu einer zentralen Frage des Zusammenlebens der Menschen und des Überlebens der Menschheit geworden... Neben der Bewahrung des Friedens ist Energie das große Thema unserer Zeit“, sagte er und äußerte, die Bundesregierung vertrete die These von der „Globalität der Verantwortung in der Energiepolitik“. Er unterstützte den Vor-

OPEC-DIFFERENZEN

Die Mitte September in Wien abgehaltene OPEC-Tagung, auf der die Erdöl-, Finanz- und Außenminister berieten, verlief in einer gespannten Atmosphäre. Die Tagung hatte die Aufgabe, Empfehlungen über eine langfristige OPEC-Strategie zu konzipieren sowie die Beziehungen zu erdölimportierenden Ländern und die laufenden Probleme des Erdölmarktes zu erörtern.

Schon vor der Tagung zeigte sich der Westen nervös, denn bisher brachten solche Konferenzen ihm nur „Unannehmlichkeiten“. Am 15. September schrieb die Pariser Zeitung „Les Echos“: „In den internationalen Finanzkreisen befürchtet man, daß eine Einigung über die Ölpreise innerhalb der OPEC real möglich ist. Die Preiserhöhung und die Drosselung der Förderung könnte einen dritten Erdölchock nach sich ziehen.“

Waren diese Befürchtungen berechtigt? Oder doch vor allem aufgebauscht?

Die Sache ist die, daß die Differenzen, zwischen den OPEC-Ländern besonders deutlich hervortreten, wenn sich auf dem kapitalistischen Erdölmarkt eine für sie ungünstige Konjunktur (Angebot höher als Nachfrage) ergibt. In solchen Fällen gelingt es der Organisation selten, vereinbarte Beschlüsse über den Umfang der Förderung und die Preise zu fassen.

Jedesmal stellte sich dem Saudi-Arabien in den Weg. Auf dieses Land entfällt fast ein Drittel der gesamten Öl-

förderung der OPEC-Länder. Saudi-Arabien, das auf vielerlei Weise mit den USA verbunden ist, hemmt die Heraufsetzung der Erdölpreise, und da die Inflation nicht abebbt, drückt das den realen Gewinn der exportierenden Länder nach unten. Zudem erhöhte die saudische Regierung 1979/1980 auf Ersuchen Washingtons die Ölförderung um 50 Mio t im Jahr, um den Rückgang des iranischen Ölexports wettzumachen. Im Jahre 1979 steigert auch Irak seine Förderung und belegt schon als Ölexporteur den zweiten Platz in der Welt.

Aber nicht nur aus diesen Gründen war der kapitalistische Markt im Herbst d. J. mit Erdöl saturiert. Die westlichen Staaten befürchten neue politische Krisen im Nahen Osten, besonders am Persischen Golf, und haben inzwischen gewaltige Erdölvorräte angekauft. Diese reichen gegenwärtig für 100 Tage und sogar länger. Die neue allgemeine Rezession in den kapitalistischen Ländern, vor allem in den USA, bewirkte einen geringeren Verbrauch an Energieträgern und folglich ein Nachlassen der Nachfrage nach Erdöl. Es wirken sich auch die energetischen Sparmaßnahmen der kapitalistischen Staaten aus. Im August erreichte der Ölimport der USA den niedrigsten Stand seit 1975.

Das Ergebnis: Die erst vor kurzem rekordmäßig hohen Preise bei Erdölankäufen liegen jetzt unter dem von der OPEC festgesetzten offiziellen Preis (32 Dollar je Barrel).



Solche OPEC-Länder wie Kuwait, Libyen, die Vereinigten Arabischen Emirate, Algerien, Iran, Nigeria und Venezuela gingen daran, die Ölförderung zu senken, um eine für sich günstige Marktsituation wiederherzustellen, riefen alle ihre Partner dazu auf. Aber diese leisteten dem Aufruf keine Folge.

Im August erklärte Mohammed Yamani, der Informationsminister Saudi-Arabien: „Saudi-Arabien war immer bestrebt, der Welt Wirtschafts- und Finanzkrisen zu ersparen. Als aber Israel Jerusalem zu seiner unteilbaren und ewigen Hauptstadt erklärte, war die Geduld unseres Landes zu Ende.“ Es schien, als wollte Er-Riad gewisse Erdölsanktionen gegenüber den USA unternehmen, weil sie Israel den Rücken steifen. Doch geschah nichts dergleichen.

Zu allen wirtschaftlichen und politischen Differenzen in der OPEC kam der bewaffnete Konflikt zwischen Irak und Iran hinzu, der die Situation auf der

schlag Mexikos, einen Dialog zwischen den Energieerzeugungs- und den Energieverbraucherländern aufzunehmen. Der Kanzler betonte ferner, die Bundesregierung begrüße den sowjetischen Vorschlag für eine Gesamteuropäische Energiekonferenz.

Besonders diskutiert wurde die Kernenergie, und zwar deshalb, weil sie in der BRD wie übrigens auch in anderen westlichen Ländern ein Politikum geworden ist. In den letzten Jahren gab es in der BRD mehrmals Demonstrationen an Baustellen von Atomkraftwerken, die von der Polizei energisch aufgelöst wurden. Die bürgerliche Presse stellte die Demonstrierenden als Ludditen des 20. Jahrhunderts hin, die sich dem technischen Fortschritt widersetzen. Natürlich waren unter ihnen Menschen recht verschiedener politischer Anschauungen. Mit wahren Ursachen für die ganze Aufregung hielten die bürgerlichen Blätter allerdings hinter dem Berg.

Septembertagung in Wien noch komplizierte.

Iran, Libyen und Algerien bestanden auf einem Beschluß über den allgemeinen Abbau der Ölförderung und die Festlegung eines für alle Teilnehmerländer einheitlichen realen Ölpreises. Die Aufforderung galt vor allem Saudi-Arabien. Dieses fand sich jedoch bereit, sein Erdöl von 28 auf 30 Dollar je Barrel zu erhöhen.

Schon nach der Konferenz gaben 8 von den 13 OPEC-Mitgliedern (Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Indonesien, Iran, Irak und Vereinigte Arabische Emirate) bekannt, daß sie ihre Ölförderung um 10% einschränken. Auf der Tagung wurde die frühere These bekräftigt, der für den November nach Bagdad einberufenen zweiten Gipfelkonferenz der OPEC-Länder, die zum 20. Jahrestag der Organisation stattfinden, einen Vorschlag über die quartalsmäßige Festlegung des Ölpreises zu unterbreiten. Bei seiner Bestimmung sollen drei Faktoren in Betracht gezogen werden: die Inflation (insbesondere die Verteuerung der Waren, die die Erdölländer aus den kapitalistischen Industrieländern importieren); Kurschwankungen der führenden Währungen, vor allem des US-Dollars; die wirtschaftlichen Wachstumsraten in den kapitalistischen Industrieländern.

Innerhalb der OPEC gibt es jetzt gewisse Differenzen. Das freut den Westen natürlich. Aber die Empfehlungen für das Treffen in Bagdad zeigen doch, daß der Kampf der OPEC-Länder für ihre Interessen weitergeht.

R. ANDREASSIAN

Sie wurden vom DKP-Organ „Unsere Zeit“ dargelegt: „Wenn beim Bau und Betrieb von KKW's Profite im Vordergrund stehen, dann kommen Sicherheit und Umweltschutz zu kurz...“

Nicht gegen den Fortschritt ging es also, sondern es handelte sich um das aus langjährigen Erfahrungen angestaute Mißtrauen in die Verantwortung der Konzerne, das zur treibenden Kraft des politischen Kampfes hinsichtlich des Baus von Kernkraftwerken wurde.

Die Notwendigkeit des Einsatzes von Kernenergie zu friedlichen Zwecken wurde von den meisten Konferenzteilnehmern nicht angezweifelt. Der Präsident des Nationalen Komitees der Weltenergiekonferenz für die Bundesrepublik Deutschland, Klaus Knizia, faßte die dazu geäußerten Meinungen in der Aussage zusammen: „Die Industriestaaten sollen ihre Energieversorgung auf Kohle und Kernenergie stützen. Sie allein können schnell Mineralöl, vor allem auf dem Wärmemarkt, substituieren“.

Es wurden keine Referate gehalten, da diese vorher eingereicht worden waren. Die Diskussion vollzog sich auf der Grundlage sorgfältig vorbereiteter Dokumentationen. Zu Konferenzbeginn hatte jeder Teilnehmer die in sieben Bänden zusammengefaßten 164 Referate bereits in der Hand. Etliche sehr gehaltvolle Arbeiten wurden von sowjetischen Wissenschaftlern vorgelegt. Interessiert verfolgte man die Rede des Ministers für Energiewesen und Elektrifizierung der UdSSR Pjotr Naporoschnij. Er sagte, die sogenannte Erdölkrise, die zum ersten Mal 1973 entstand, habe bei manchen die Neigung ausgelöst, die heutige und künftige Energiesituation in der Welt zu dramatisieren. Die Notwendigkeit einer Konsumbeschränkung bei Erdöl und Erdgas — Brennstoffarten, die früher billig, bequem, leicht transportierbar und vom Standpunkt des Umweltschutzes relativ günstig waren — habe unter einem bestimmten Teil der Wissenschaftler und der Geschäftskreise zu Pessimismus geführt. Die UdSSR sei nicht geneigt, die Energiesituation in der Welt zu dramatisieren, bemerkte der Minister. Das Energiewesen sei in eine neue Entwicklungsphase eingetreten. Nach Ansicht sowjetischer

Experten müsse seine Entwicklung auf einer harmonischen Koordination der Energiequellen basieren.

Der sowjetische Minister hob hervor, der erhöhte Umfang der Stromerzeugung erfordere im weiteren seine Konzentration und den Ausbau zwischenstaatlicher Kontakte. Handel und Austausch von Elektroenergie zwischen den Ländern sei vorteilhaft. Der Ausbau eines Netzes von Hochspannungsleitungen mit ausreichender Leistungsfähigkeit und die Schaffung von Systemen des Handels und Austauschs von Elektroenergie zwischen den Verbundnetzen Ost- und Westeuropas würden es gestatten, den Bedarf an der festgelegten Kapazität von Kraftwerken wesentlich zu senken und Strom dort und dann zu erzeugen, wo und wann es am günstigsten und vorteilhaftesten sei.

Die internationale Zusammenarbeit könne und müsse eine beträchtliche Rolle bei der beschleunigten Lösung anstehender und künftiger Fragen des Ausbaus des Energiewesens spielen, sagte Naporoschnij.

Nach Ansicht Prof. Knizias liegt die besondere Bedeutung der Münchner Konferenz darin, daß es dort zum ersten Mal gelungen sei, die Forschungsergebnisse in dem „Dreieck Energie—Gesellschaft—Umwelt“ zu betrachten. Seinen Worten zufolge hätten die Teilnehmer jetzt den Elfenbeinturm, die Beschränkung auf reine Wissenschaft und Technik, verlassen. Man habe einen guten Anfang gemacht, um die Forschungsergebnisse in die praktische Politik einfließen zu lassen.

Man darf annehmen, daß die Konferenzergebnisse noch lange von Experten und Politikern der ganzen Welt studiert werden. Schon jetzt aber läßt sich mit Gewißheit feststellen: Ein ersprießlicher Weg zur Lösung dieses wichtigen Problems ist die Zusammenarbeit, nicht aber die Isolierung. Die Konferenz in München war dafür eine eindeutige Bestätigung.

K. KARAGESIAN
Ständiger Berichterstatter
der „Neuen Zeit“

München—Bonn, im September

AUF SAND GEBAUT

Vor kurzem noch wurde bei Shanghai am Hüttenkombinat Baoshan gebaut, das als „Muster der japanisch-chinesischen Zusammenarbeit“ bezeichnet wurde. Die höchste Peking Führung reiste an und dankte den japanischen Bauleuten für die Hilfe. Chinesische Magazine brachten Doppelfarbseiten und blumige Auslassungen über Baoshan.

Inzwischen klingen die Kommentare zu Baoshan ganz anders. Man rät zur vorläufigen Einstellung oder zur völligen Aufgabe des Baus. Die Chinesen, gewohnt, nicht nur jeden Yuan, sondern auch jeden Föng umzudrehen, haben nämlich erfahren, daß die Bewilligung von über 21 Md. Yuan für den Bau ohne ernsthafte Prüfung der Bedingungen der japanischen Firmen sowie ohne genaue finanzielle Kalkulationen gegeben wurden.

Es hat sich nämlich herausgestellt, daß das wichtigste für den Bau nicht vorhanden war: Vorkommen von Eisenerz und Kohle, Industriewasserquellen und ein tiefes Hafenbecken für Erzfrachter. Ferner ergab sich, daß der Ende 1978 begonnene Bau buchstäblich „auf Sand“ steht, dort, wo der Sandboden eine Tiefe von über 700 m erreicht. Fehlkalkulationen traten auch bei den Rentabilitätsberechnungen des Kombinats ein.

Jetzt schiebt Peking alles auf den Partner. „Wir sind den Japanern auf den Leim gegangen“, hörte man von der Tribüne des Nationalen Volkskongresses.

F. JURJEV

EINGEKOFFERT

In besten Kreisen der Welt trägt man gewöhnlich „Diplomatenkoffer“ mit sich herum, da kann man die nötigen Papiere und das nicht minder nötige Geld drin



unterbringen. Neue Scheinchen bleiben glatt. Das beweist die Fotomontage, mit der „U.S. News & World Report“ aufmachte.

Der Mann mit dem eisernen Blick, der freundlicherweise den Inhalt des Köfferchens demonstriert, stellt einen Bestecher dar. Der ihm gegenüber sit-

zende Mann mit der Zigarette ist ein Gewerkschaftsboß. Die Dollarbündel sind ihm zugeordnet.

Ohne Furcht, den Leser durch das Ausmaß der Finanzschludereien in den USA zu erschrecken (das ist der US-Leser gewöhnt), packt das Magazin den Stier bei den Hörnern. Jährlich werden allerhand Gewerkschaftsbosse dabei erwischt, daß sie Millionen Dollar Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder in die eigene Tasche stecken. Die Vergehen schließen Erpressung, Bestechung, Steuerhinterziehung und sogar Mord ein. In den letzten sieben Jahren wurden 450 hohe Gewerkschaftsbeamte ernstlicher Gesetzesverletzungen beschuldigt. Eine für US-Maßstäbe geringe Zahl. Gesetzesübertretende Gewerkschaftsbosse gibt es viel mehr.

Die Delinquenten werden häufig rein symbolisch bestraft. Von den 450 Beamten dürfen nur 168 formell keine leitenden Funktionen mehr ausüben. Die übrigen kamen mit dem Schrecken davon.

Korruption und Verbrechen in der Gewerkschaftsspitze sind bis ins Jahr 1880 zurückzuverfolgen. Da könnten also die korruptierten Funktionäre jetzt ein Jubiläum feiern. Das Geld dafür kriegen sie ja von den kleinen Gewerkschaftsmitgliedern.

G. VIKTOROW

ROMMEL-RUMMEL

Gleich nach ihrem Machtantritt hatten die britischen Konservativen die Militärbewilligungen hochgeschraubt. Mit den zusätzlichen Mitteln machte das Verteidigungsministerium in Werbung zur Anheuerung junger Engländer. Versprochen werden ihnen guter Sold und „Auslandsaufenthalt.“ Wenn die Arbeitslosenzahl schon 2 Millionen übersteigt, warum sollte sich da keiner melden? Doch nicht jeder Jüngling kann heute auf Armeeidienst „hoffen“. Dazu braucht es bestimmte Kriterien. Welche?

Das Werbeplakat zeigt ein Foto Rommels. Die Unterschrift lautet: „Die britische Armee braucht junge Leute von seinen Qualitäten.“ Von den Qualitäten Rommels also, der den Tod Hunderter briti-

scher Soldaten auf dem Gewissen hat. Das ist nicht etwa ein Fehldruck, bei dem stattdessen Fotos Montgomerys oder Mountbattens das Konterfe des Nazifeldmarschalls auf dem Plakat gerutscht ist. Es wird von einer Werbefirma herausgegeben, die einen Vertrag mit dem britischen Verteidigungsministerium hat.

Die britischen Truppenbefehlshaber haben die Verhöhnung der im Kampf gegen den Faschismus gefallenen britischen Soldaten nicht verurteilt, ja, sich nicht einmal von dieser zweifelhaften Reklamedistanziert. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte „diplomatisch“: Seine Obersten prüfen nun neue Plakatismuster verschiedener Firmen. Wer weiß, vielleicht streitet man sich dort jetzt, ob nicht vielleicht sogar Reichsmarschall Göring höhere Qualitäten als Rommel gehabt hat, der ja persönlich die faschistischen Luftangriffe auf britische Städte leitete?

W. PAWLOW

Eigenbericht

London

BAJUWARISCHE

Der Junge auf dem Bild wird Bayern ein Defizit von fast 60 000 Minister Maier, der meint, man schafft zur Sicherung der Freiheit untersagten bereits das Tragen man darf auf Bayerns Bühnen a dritten Reichs oder den Nazi-Gro-



„NEUE ZEIT“ 39-80

BSTWAHL

weiter Umsturz Pinochets" taufte man das September in Chile abgehaltene Referendum zum neuen „Verfassungsentwurf“. Der Vorentscheid wurde praktisch zum „geheimen“ Präsidenten.

Die offiziellen Angaben aus Santiago zufolge für den Entwurf 67,5% der Chilenen „ge-“, Stimmen wurden allerdings nur in den Wahlbezirken gezählt. Viele Stimmkarten kamen gar nicht erst in die Hand der Wähler.



Auswahl
Aus „Frankfurter Allgemeine“ (BRD)

Ergebnis erhielt der „Vater der Nation“ 2 Mandate für den Präsidentsessel. Jeder 8 Jahre. Gleichzeitig wird das Verbot von Parteien und Gewerkschaften aufgehoben. Ein „Nationaler Sicherheitsrat“ gebildet werden, der uneingeschränkt zur Beeinflussung der Landespolitik ernannt werden soll, auf alle Fälle. Es könnte Pinochet in den Sinn kommen, sich selbst leibhaftig zum Präsidenten zu wählen.

N. SHOLKWER

SCHULWEISHEIT

Wahlkämpfe können. Offiziell herrscht allein in der BRD. Den Ausweg bot der bayrische Kultusminister, der die „Verteidigungsbereitungen“ für- und vorsorgliche Behörden in den Schulen. Und die „Hitlersymbole wie Auszeichnungen des Reiches“ zu entfernen.

Der Vorteil des ministerlichen Vorschlags liegt auf der Hand. Warum sollte man auf den Schulhöfen nicht die überbelegten Klassen den Stechschritt üben lassen? Platz und auch Lehrer sind da, denn die könnten gut und gerne von Feldwebeln ersetzt werden. Davon gab es in Bayern ja immer genug.

L. SMIRNOWA

Bild aus dem Buch „Strauß, Bonn und die bayerische Rüstungsmafia“ (BRD)

„NEUE ZEIT“ 39-80

Wahrsagerin, Strauß und Erzbischöfe

Das in der BRD von der katholischen Kirche herausgegebene Informationsbulletin „Schwarzer Brief“ meldete: Der rechtskonservative Kanzlerkandidat der Opposition, Franz Josef Strauß, werde bestimmt bei den Wahlen am 5. Oktober gewinnen. Das müsse so sein. Denn das habe Dagmar Hoffmann, die „populäre Wahrsagerin“ (so wörtlich im Bulletin) aus Rheinfelden in Baden vorausgesagt. Und alle Prognosen Frau Hoffmanns für 1980, bekräftigt der „Schwarze Brief“, seien eingetroffen.

Ob viele Leser das geglaubt haben, weiß man nicht. Man weiß dagegen, daß die katholischen Bischöfe der BRD der Hellseherin nicht so sehr Glauben schenken. Ein Beweis dafür dürfte ihre durchaus „weltliche“ Hilfe für FJS sein.

Alle katholischen Gemeinden erhielten einen „Hirtenbrief“ zu den

Wahlen mit der Anmerkung für die Geistlichen, ihn während des Gottesdienstes unbedingt wiederzugeben.

Viele Politiker dürften beim Lesen des Textes erstaunt gewesen sein. Einige Punkte stimmten Wort für Wort mit den Wahlparolen der Straußschen CDU/CSU überein.

Die Sympathie der bundesdeutschen katholischen Geistlichkeit für die Partei des Großkapitals ist allgemein bekannt. Das Wort christlich wurde beiden Parteien bei ihrer Gründung nicht zufällig beigegeben. Die direkte, rücksichtslose Einmischung in den politischen Kampf vor der Abstimmung sieht allerdings ungewöhnlich aus. Um so mehr als die Kirche selbst vor einigen Jahren das Prinzip der Nichteinmischung in derartige Angelegenheiten

verkündete. Offenbar ist hier eine Sicherung durchgebrannt.

So kam's zum Skandal. Eine Gruppe katholischer Geistlicher wandte sich offen gegen die Kirchenväter. SPD-Vorsitzender Willy Brandt bezweifelte die Kompetenz der Priester, die das Risiko eingehen, zu Wahlhelfern für FJS gestempelt zu werden. Helmut Schmidt gab zu verstehen, Hochwürden möchten die Kirche im Dorf lassen. „Wir äußern uns auch nicht zum Zölibat“, erklärte er.

Viele Pastoren wandten sich an die Bischöfe, sie sollten die Anweisung aufheben, den „Hirtenbrief“ zu verlesen. Doch die Bischöfe blieben hart. Offenbar verläßt man sich lieber doch nicht auf die Kaffeetante.

Eigenbericht

Bonn

NATO-POLITESSE

Belgien verweigerte seine Teilnahme an den NATO-Manövern in der Türkei. Sofort schrie man im NATO-Hauptquartier auf; wie lange Brüssel denn noch Steine auf den Atlantischen Weg schleudern wolle!

Die NATO-Generale warfen Belgien alles vor. Daß es sich nicht verpflichtet hatte, 18 US-amerikanische AWACS zu kaufen, daß es den Beschluß über die Stationierung von Cruise Missiles erneut aufgeschoben hat und daß es die Teilnahme an den NATO-Manövern „Crossfire“ in der BRD absagte. Und nun auch noch in der Türkei...

Es wundert niemanden, daß die NATO-Bosse sich erlauben, den kleineren „Partner“ abzubürsten wie einen dummen Jungen. Das ist nun mal atlantische Politesse.

L. MAKAREWITSCH



Mars '80

Zeichnung: N. Stscherbakow

WEN WILL WASHINGTON ERPRESSEN?

Wenjamin MIDZEW

Von den Friedenskräften wurde die „neue Nuklearstrategie“ der USA, formuliert in der Präsidentendirektive 59, als Versuch beurteilt, die Anwendung von Kernwaffen bei militärischen Konflikten, darunter auch lokalen Charakters, zu legitimieren.

Das Vorbringen dieser Strategie in den USA darf heute kaum verwundern. Washingtons Hinwendung zur Anheißung der internationalen Spannungen, seine massierten Angriffe gegen die Détente, der eilige Schritt zu einer neuen Runde des Wetrüstens, die Aufschiebung der Ratifizierung des bereits unterzeichneten SALT II, die militaristische Psychose bezüglich der Eingreiftruppe, der Cruise Missiles, der Euroraketen mittlerer Reichweite und anderer neuer Waffenarten haben in den USA zu einer Atmosphäre geführt, die sich als günstig für die Vorlage neuer abenteuerlicher Konzeptionen und Doktrinen erwies. Die „neue Nuklearstrategie“ ist also nicht von der jetzigen aggressiven Außenpolitik der USA, von der verstärkten militärischen US-Präsenz in der Karibischen See, im Indischen Ozean und in anderen Weltregionen, von der feindlichen Politik der USA gegenüber der Republik Iran, dem demokratischen Afghanistan, der Volksrepublik Kampuchea und etlichen anderen Ländern, von den in der US-Presse andauernden Lügengeschichten hinsichtlich einer „sowjetischen militärischen Bedrohung“ mal in Afrika, mal in Nahost, in Asien oder in Mitteleuropa zu trennen.

Um die aus verständlichen Gründen eingetretene negative Reaktion auf die US-Militärdoktrin in der Welt zu mindern, greift Washington zu zwei Propagandatricks. Erstens will man die Sache so hinstellen, als richte sich die „neue Nuklearstrategie“ ausschließlich gegen die UdSSR. Zweitens versichert man, sie sei besser als die alte, da sie von der Eventualität eines „begrenzten“ Kernkrieges ausgehe. Angenommen, die Strategie richte sich in der Tat nur gegen die Sowjetunion, würde denn das nicht doch eine ernsthafte Gefahr für praktisch auch alle anderen Länder in sich bergen?

Schon sind ja viele Staaten in den Stationierungsradius der US-Nuklearwaffen einbezogen. Die Weltmeere werden von Hunderten atomwaffenbestückten US-Kriegsschiffen und U-Booten durchfurcht. Hunderte Trägerflugzeuge zur Beförderung von Atombomben können aufsteigen. Läßt sich unter diesen Umständen darauf rechnen, daß ein Nuklearkonflikt sich auf lediglich zwei Länder beschränkt? Daran

glauben nicht einmal viele Pentagon-Strategen.

Das amerikanische Postulat von der Eventualität eines „begrenzten“ Kernkriegs ist dumm und verlogen schon deshalb, weil keinerlei „begrenzter“ erster Schlag einen Gegenschlag verhüten kann. Washington setzt damit nicht nur die USA selbst dem unmittelbaren Risiko aus, sondern auch Länder, die seinem politischen Druck nachgaben und unvorsichtigerweise ihr Territorium für die Stationierung von Kernwaffen zur Verfügung stellten.

Leonid Breschnew äußerte sich zur „neuen Strategie“ der USA folgendermaßen: „Ihr Hauptsinn besteht faktisch darin, die Idee eines Kernwaffenkriegs für die öffentliche Meinung gleichsam akzeptabel zu machen. Gerade dazu dient auch das Gerede von einem ‚begrenzten‘ und ‚teilweisen‘ Einsatz von Kernwaffen, das mit der Realität nichts gemein hat und die Menschen nur irreführt.“ Das ist eine für die Völker der ganzen Welt höchst gefährliche Politik.

Nur Wahnwitzigen, die alles Leben hassen, kann es einfallen, hinsichtlich eines Kernkriegs die Begriffe „besser“ und „schlechter“ zu verwenden. Jeder Mensch mit gesundem Verstand begreift doch, daß jeder Nuklearkonflikt das Allerschlimmste auf der Welt ist und daß man ihn um jeden Preis verhindern muß, verhindern im Namen der ganzen Menschheit. Eine auf die Rechtfertigung eines Nuklearkonflikts abzielende Doktrin — und das ist ja die „neue Strategie“ der USA — ist grundsätzlich schlecht und abzulehnen.

Eine besondere Gefahr für die Entwicklungsländer bedeutet das Vorhaben Washingtons, die „Eingreiftruppe“, bestimmt für Aktionen im Ausland, bis an die Zähne zu bewaffnen, darunter mit Kernwaffen. Einheiten dieser Truppe sollen von US-Stützpunkten in anderen Ländern, auch in Entwicklungsländern, so in Ägypten, Oman, Kenia, Somalia, agieren. Wie sähe das diesen Ländern von den US-Strategen im Falle einer Durchsetzung der „neuen Nuklearstrategie“ zuge dachte Schicksal aus?

Ein Entwicklungsstaat ist grundsätzlich an der Erhaltung und Festigung des Friedens interessiert. Nur im Frieden, nur bei internationaler Sicherheit, bei gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit kann er seine Unabhängigkeit stärken, die von der kolonialen Vergangenheit hinterlassene wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Rückständigkeit überwinden, zu einem nationalen und sozialen Fortschritt finden. So ist ihr

Auftrag sehr begreiflich, die Entspannung auf alle Welträume auszudehnen. Die Direktive 59 geht dagegen keinesfalls von der Aufgabe aus, den Frieden zu festigen und die Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses zu gewährleisten. Sie geht aus von der anerkannten Zulässigkeit eines Kernschlags, postuliert die Perspektive des schlimmsten aller Kriege, des Kernkriegs.

Die jungen unabhängigen Staaten sind an der Beseitigung der jetzigen Kriegsbrandgefahren im Nahen Osten, um Iran, Afghanistan und Kampuchea, an der Verhütung neuer internationaler militärischer Konflikte, auch lokaler, an der Stabilisierung der Weltlage überhaupt interessiert. Die USA aber widersetzen sich nicht nur gemeinsam mit ihren Helfershelfern der Normalisierung der internationalen Lage, sondern bieten eine Strategie an, die praktisch auf die Aufrechterhaltung noch bestehender Kriegsherde und auf die Entfesselung neuer gefährlicher militärischer Konflikte, auf die legitimierte Anwendung von Kernwaffen in diesen Konflikten abzielt, was die USA willkürlich dazu benutzen können, einen lokalen Konflikt in einen globalen Kernkrieg zu verwandeln.

Bereits viele Jahre hindurch stellen die Entwicklungsstaaten die durchaus legitime Forderung nach kernwaffenfreien Zonen in verschiedenen Regionen, so in Afrika und in Südostasien, und nach Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone. Die US-Politik dagegen verfolgt diametral entgegengesetzte Ziele: Die USA wollen mit allen Mitteln ihre militärische Präsenz in Afrika, in Nahost, im Indischen Ozean sowie in anderen Regionen ausbauen. Jetzt drängen sie im Grunde auf die Anerkennung ihres Rechts, den ersten Kernschlag zu führen und einen zerstörerischen Kernkrieg zu entfesseln. Man fragt sich, ob es überhaupt Grenzen für ihre militaristischen Absichten gibt, die sich in der Region der Entwicklungsländer besonders aggressiv zeigen.

Man muß kein General sein, um sich darüber klar zu werden, daß die „neue Nuklearstrategie“ der amerikanischen militärischen Expansion Tausende Kilometer über die US-Grenzen hinaus, der Doktrin der Empire-Politik Washingtons, seiner Supermachtmission, einschließlich einer militärischen, in die inneren Angelegenheiten anderer Länder dienen soll. Es ist eine Strategie zur Abschreckung der Schwachen eine Strategie der nuklearen Erpressung.

Zu dieser nuklearen Erpressung greifen die USA bekanntlich nicht das erste Mal. Sie versuchten sie, wenn auch erfolglos, Mitte der 40er Jahre anzuwenden, als die Sowjetunion noch nicht über Atomwaffen verfügte. Heute sieht die Situation in der Welt natürlich anders aus. Wesentlich ist jetzt, das etwaige militärische Gleichgewicht zwischen den USA und der UdSSR. Die nukleare Erpressungspolitik gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten ist unter diesen Umständen unsinnig. Das weiß man natürlich auch im Weißen Haus gut.

Gegen wen zielt dann heute die nukleare Erpressung der USA? Gegen die westeuropäischen Partner, die zu verteidigen sich die USA verpflichtet haben? In gewissem Sinne ja, gegen sie. Die nukleare Umrüstung, schon der Gedanke an die Möglichkeit der Entfesselung eines Atomkriegs sollen die Partner der USA aufschrecken, sollen sie zu neuen Militärausgaben, zum Schüren militaristischer Hatz, beispielsweise in der BRD, veranlassen. Allerdings stößt die amerikanische Erpressung in Westeuropa auf zunehmenden Widerstand.

Es ist logisch, und die Entwicklung der jetzigen internationalen Lage bestätigt es, daß die US-Politik der nuklearen Erpressung in immer stärkerem Maße gegen die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gerichtet ist. Gerade in dieser Region will Washington seine militärische Stellung ausbauen und festigen, wobei es immer häufiger Methoden der Einschüchterung, des Drucks und der Bestechung gebraucht.

Washingtons Offizielle finden gewöhnlich viele schöne Worte, wenn sie darstellen möchten, daß die USA ihre Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer erhöhen, die wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit ausbauen und dort investieren. Die Alltagspraxis der Beziehungen der USA zu den Entwicklungsländern hat dagegen kaum etwas mit der angepriesenen Philantrophie gemein. Die USA gehen dabei nämlich recht wählerisch vor. In Afrika z. B. fließt ein Drittel der US-Investitionen in die RSA, ein anderes nach Nigeria und das letzte Drittel in alle übrigen Länder.

Diesem Verteilerschlüssel liegen militärpolitische und ausgemacht eigennützige wirtschaftliche Kalkulationen der USA zugrunde.

Die von Rassisten gesteuerte RSA wird von den US-Politikern als wichtiger strategischer Raum an den Erdölstraßen vom Nahen Osten nach Westeuropa und nach Amerika, als Hauptbollwerk des Imperialismus gegen die angebliche „kommunistische Bedrohung“ für den Süden des afrikanischen Kontinents betrachtet. Obendrein holen US-Monopole aus diesem Land Uran, Chrom, Platin u. a. strategische

Rohstoffe heraus. Nigeria hat sich inzwischen zu einem Großherzeuger von flüssigem Brennstoff entwickelt und belegt (nach Saudi-Arabien) den zweiten Platz im US-Erdölimport.

Genauso steht es mit der US-Hilfe an andere Entwicklungsländer. Das Gerede von den humanitären Zielen der US-Politik gegenüber der dritten Welt dient lediglich der Verschleierung militärstrategischer wie wirtschaftlicher Interessen der USA.

Nicht umsonst ertönt, sobald sich die Dinge in einem Entwicklungsland für die neokolonialistischen oder militärischen Ziele der US-Politik bedenklich entwickeln, in Washington sofort das Geschrei, man müsse die „vitalen Interessen“ der USA verteidigen, werden militärische Drohungen, politischer Druck und Einschüchterung eingesetzt. Der jetzige Konflikt USA—Iran ist von einer recht lehrreichen und deutlichen Demonstration solcher amoralischer Mittel begleitet.

Die Präsidentendirektive 59 hat die

Rüstkammer der gegenwärtigen US-Politik um ein weiteres Mittel, das der nuklearen Erpressung, erweitert. Seine besondere Gefährlichkeit ergibt sich nicht nur aus seinem todbringenden „Inhalt“, sondern auch daraus, daß Washington danach griff, als es selbst die internationale Spannung angeheizt hatte und die militaristischen und expansionistischen Tendenzen in der US-Außenpolitik zunahm. Wenn die „neue Nuklearstrategie“ der USA selbst bei den amerikanischen Partnern in Westeuropa keine Begeisterung auslöste, wie sollte man sich da wundern, daß sie von den Entwicklungsländern besonders alarmiert aufgenommen und verurteilt wird?

Der US-Politik des Diktats und der Erpressung ein Ende zu setzen, ist heute die gerechtfertigte Forderung der Entwicklungsstaaten, die nicht zu Objekten amerikanischer Expansion und Nuklearabenteuer werden wollen.

Die dankbare Menschheit wird für immer des großen Philosophen und Enzyklopädisten des Orients Ibn Sina (Avicenna) gedenken. In einer auf der 20. Tagung der UNESCO-Generalkonferenz in Paris gefaßten Resolution wird der große Beitrag erwähnt, den Avicenna „zur Entwicklung von Philosophie, Logik, Soziologie, Literaturkunde, Poesie, Linguistik, Naturkunde und Medizin“ geleistet hat. UNESCO ehrte den Einfluß Avicennas auf die folgende Entwicklung des gesamten wissenschaftlichen Denkens der Welt und appellierte an alle Staaten, in diesem Jahr den 1000. Geburtstag dieses glänzenden Vertreters des menschlichen Geistes zu begehen, wie Avicenna von Dante genannt wurde.



„Buch des Wissens“ („Danisch-name“) von Ibn Sina in arabischer Sprache, das in der seinen Namen tragenden Gebietsbibliothek in Buchara aufbewahrt wird



Abu Ali Ibn Sina

Das Avicenna-Jubiläum wurde ein herausragendes Ereignis im kulturellen Leben der Sowjetunion. In Moskau, Taschkent, Duschanbe werden Festsitzen der Öffentlichkeit abgehalten. In Tadshikistan und Usbekistan, wo Avicenna lebte und wirkte, finden internationale Wissenschaftskonferenzen zum Studium des vielfältigen Erbes Ibn Sinas statt. Zentrale und Republikverlage edieren neue Ausgaben seiner Werke.

Das Unterpfand für die Unsterblichkeit des Namens und Schaffens Avicennas liegt im humanistischen Charakter seiner Lehre, in seinem Kampf gegen Finsternis und Unwissenheit, für historischen Fortschritt.

NASSERS ZIELE UND CAMP DAVID

Andrej GERMANOWITSCH

Jetzt, 10 Jahre nach dem Tod des ersten Präsidenten des republikanischen Ägypten (er starb am 28. September 1970), ziehen es die offiziellen Kreise in Kairo vor, Gamal Abdel Nasser nicht mehr zu erwähnen. Und sie wissen, was sie tun: Selbst politisch unbewanderte Menschen sehen allmählich, daß der Kurs der heutigen ägyptischen Spitzen dem Vermächtnis des Führers der ägyptischen Revolution kraß zuwiderläuft.

Die ägyptische Propaganda versucht, dem eigenen Volk, ja der ganzen Welt zu beweisen, Sadats „neuer Kurs“ sei Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten und für ein Aufblühen Ägyptens. Die Wahrheit sieht anders aus. Die brennendsten Probleme des Landes und der gesamten arabischen Region sind noch nicht gelöst, mehr noch, sie verschärfen sich. Krisenerscheinungen in der Wirtschaft Ägyptens, die wachsende Kluft zwischen reich und arm, die immer größere Isolierung Ägyptens und die festgefahrene Nahostregelung sind die Früchte, die Kairo zwei Jahre nach Unterzeichnung der Abkommen von Camp David erntet. Der Kurs, dem Nasser bis zuletzt treu blieb — konsequenter Kampf gegen den Imperialismus, für die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit Ägyptens, für den sozialen Fortschritt — wurde ersetzt durch eine Politik des offenen Paktierens mit den Kräften des Neokolonialismus und der Reaktion, durch die Abkehr von der gemeinsamen Sache der arabischen Völker, durch die Politik der offenen Tür gegenüber dem ausländischen Monopolkapital.

In den letzten Jahren erschienen in Ägypten nicht wenig Bücher und Broschüren, in denen durch eine tendenziöse Auswahl oder direkte Fälschung von Tatsachen der Versuch unternommen wird, die Innen- und Außenpolitik Nassers anzuschwärzen und in Mißkredit zu bringen. Das Beispiel gab Sadat selbst in seinen Memoiren „Auf der Suche nach meiner Identität“. Darin schreibt er ohne Umschweife, daß er von Anfang an viele wichtige Probleme der sozialpolitischen Entwicklung Ägyptens

grundsätzlich anders als Nasser behandelte. Sadat wirft Nasser vor allem vor, sich in seiner Politik auf die UdSSR und nicht auf die USA gestützt zu haben: Das habe das ägyptische Volk die gewaltigen Opfer im Kampf gegen Israel gekostet. Um Nassers „Fehler“ zu korrigieren, stellte sich die heutige ägyptische Führung auf Washington ein und paktierte mit den israelischen Aggressoren.

Dem Separatabkommen mit dem zionistischen Israel ging die Abkehr der Führer in Kairo von Nassers Innenpolitik voraus. Als Sadat Präsident wurde, schränkte er allmählich die Errungenschaften der Julirevolution von 1952 ein und traf Maßnahmen zur Förderung des Privatunternehmertums und zur Einnahme des staatlichen Sektors. Unter Nasser war dieser Sektor die Grundlage der nationalen Wirtschaft, während Sadats gepriesene „Liberalisierung der Wirtschaft“ dem Kapitalismus in seiner neokolonialistischen Abwandlung in Ägypten Tür und Tor öffnete und der parasitären Bourgeoisie zur Prosperität verhalf. Profitiert haben davon vor allem die Kräfte, deren Interessen die Julirevolution beeinträchtigt hatte: die städtische und ländliche Bourgeoisie, allerlei Geschäftsmacher, Vermittler und Schieber. Sie rissen die Kontrolle über den Staatsapparat an sich und machten daraus ein Instrument der eigenen Bereicherung. Die Wirtschaftsplanung besteht faktisch nicht mehr. Ausländische Kapitalien und Waren strömen ins Land, was das Defizit der Zahlungsbilanz und die Abhängigkeit Ägyptens von der kapitalistischen Welt erhöhte.

Die neue Führung drosselte auch die Agrarreform. Viele ehemalige Großgrundbesitzer erhielten ihre Ländereien, die ihnen unter Nasser weggenommen und dann den Bauern zugeteilt worden waren, zurück.

Eine solche Politik ruft bei den Werktätigen Unzufriedenheit hervor. Diese bricht ab und zu durch, es kommt zu Arbeiterstreiks, Studentendemonstrationen oder Bauern-

unruhen. In Ägypten hat man Nassers Worte aus dem Jahre 1968 nicht vergessen: „Wir müssen das Land entwickeln und seinen Wohlstand nicht für Häuflein von Menschen, sondern für das ganze Volk gewährleisten.“

Der innenpolitische Kurswechsel ging nach Nassers Tod mit einer außenpolitischen Umorientierung einher. In Kairo rechnet man es sich jetzt hoch an, daß die israelischen Truppen — angeblich ohne Blutvergießen — von einem Teil der Sinai-Halbinsel abgezogen werden. Stimmt das alles? Im Oktoberkrieg 1973 vergossen Tausende ägyptische Soldaten ihr Blut. Sie kämpften nicht nur für die Befreiung des ägyptischen Sinai, sondern auch für die Behebung aller Folgen der israelischen Aggression. In seiner Rede an der Universität Kairo am 25. April 1968 sagte Nasser: „Mit dem Abzug der israelischen Truppen nur von Sinai sind die Folgen der israelischen Aggression noch nicht behoben. Ginge es nur darum, so könnte man das Resultat schon morgen ... durch Zugeständnisse erreichen... Aber es geht um unser Schicksal, das Schicksal der Araber. Um Sinai zu befreien, müßten wir die amerikanisch-israelischen Bedingungen annehmen und den Israelis Jerusalem, das Westufer des Jordan und andere arabische Länder hinwerfen...“

Außerdem müßten wir unsere Verpflichtungen gegenüber der arabischen Welt vergessen... Das Problem beschränkt sich nicht auf Sinai, es ist viel umfassender und tiefer. Es besteht darin, ob wir existieren oder nicht ... ob wir ein unabhängiger, souveräner Staat bleiben oder in eine Einflußsphäre einbezogen werden.“ Daß Sadat die Sache der Araber, wie Yasser Arafat sagte, um „eine Handvoll Sand aus der Sinai-Wüste“ verriet, hat zu einer erniedrigenden Kapitulation Ägyptens vor dem zionistischen Israel und zur Verstärkung der Spannungen im ganzen Nahen Osten geführt.

Das offizielle Kairo tut heute, als wäre es über den Beschluß Israels empört, ganz Jerusalem zu annektieren und zur „einheitlichen und unteilbaren Hauptstadt“ Israels zu erklären. Das hindert die ägyptischen Führer nicht, mit dem Aggressor um die „palästinensische Autonomie“ zu feilschen und dies noch dazu als einen Schutz der Rechte der Palästinenser darzustellen. Aber wie Nasser im März 1969 betonte, bestehe der wirkliche Kampf für die gerechte Sache der Palästinenser darin, „den palästinensischen Widerstand auf jede Weise zu unterstützen“, darunter durch „materielle und militärische Stär-

kung seiner Kräfte". Er sagte ferner: „Wir Ägypter versprechen den Einwohnern Jerusalems feierlich, niemals dem zuzustimmen, was die Israelis Jerusalem aufzwingen wollen. Die Einwohner von Jerusalem sind ein Teil der arabischen Nation, und niemand ist berechtigt, sie aus dieser Stadt zu vertreiben.“

Nasser erkannte, daß vor allem die USA den Aggressoren den Rücken steiften. Er betonte: „Die USA tragen eine gewaltige Verantwortung für die Verschärfung der Nahostkrise. Von Anfang an stimmt die Position der USA in dieser Frage völlig mit der Israels überein. Dabei versichert uns Amerika, Frieden mit den Arabern halten zu wollen.“

Heute aber feiert das offizielle Kairo die USA als seinen Freund und Bündnispartner. Unermüdlich werden die Wirtschaftshilfe und die militärischen Lieferungen aus den USA gepriesen, obwohl Ägypten sie mit seiner Unabhängigkeit bezahlen muß. Dabei hat sich die Position der USA, von der Nasser sprach, nicht geändert: Im Grunde unterstützt Washington nach wie vor Israel restlos. Ägypten wird immer mehr zu einem Instrument des USA-Imperialismus in der ausgedehnten Region des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas. Ägyptische Truppen, Militärberater oder Waffen werden heute nicht gegen die zionistischen Aggressoren, nicht gegen die Kolonisatoren eingesetzt, sondern in Strafoperationen gegen das Volk in einigen afrikanischen Ländern oder in Oman. In ägyptischen Lagern werden afghanische Konterrevolutionäre ausgebildet, und ägyptische Ausbilder betreiben dasselbe in Pakistan. Im Jahre 1977 unternahm das Sadat-Regime eine Aggression gegen das arabische Bruderland Libyen, das einen fortschrittlichen Entwicklungsweg geht, und konzentriert auch heute Truppen an dessen Grenze. Zugleich überläßt die Kairoer Führung den USA Militärstützpunkte auf ägyptischem Territorium. Gemeinsame Manöver Ägyptens und der USA werden durchgeführt. Als im April d. J. die gescheiterte „Rettungsoperation“ in Iran anlief, starteten USA-Flugzeuge von ägyptischen Flugfeldern.

Die derzeitige ägyptische Führung entschloß sich für die USA und zog somit vermeintliche Freunde des ägyptischen Volkes seinen wahren Freunden vor. Nasser betrachtete die Freundschaft mit der UdSSR als eine zuverlässige Garantie der Unabhängigkeit Ägyptens. Am 27. März 1969 sagte er: „Wir empfinden stets Dankbarkeit für die UdSSR wegen der Position, die sie uns und unserem legitimen Kampf gegenüber bezieht. Seit 1955 erhalten wir Waffen aus der UdSSR, haben jedoch von ihr



Eines der letzten Fotos G. A. Nassers (links: J. Arafat)

bis heute keine Forderung nach politischen Verpflichtungen gehört. Sie stellte uns keine Bedingungen, sie forderte von uns nichts, was unseren nationalen Stolz auch nur im geringsten verletzen könnte. Aber neben den Waffenlieferungen verbindet Ägypten und die UdSSR der Glaube an die nationale Befreiungsbewegung der Völker, an den Antimperialismus, verbindet uns der Wille zum Kampf gegen den Neokolonialismus und die hinterlistigen Pläne des Imperialismus.“

Die langjährigen Erfahrungen des Kampfes für ein neues Ägypten lehrten ihn, zwischen den wahren Freunden Ägyptens und seinen Feinden zu unterscheiden. Er hob hervor: „Unsere Freunde sind diejenigen, die die Gerechtigkeit unserer Position anerkennen und unsere gerechte Sache unterstützen. Unsere Feinde sind diejenigen, deren Positionen und Interessen mit denen

unserer Feinde — der Aggressoren, gegen die wir kämpfen — zusammenfallen... Klarer ausgedrückt, steht die UdSSR auf der Position der Freundschaft mit uns. Die USA aber beziehen eine uns feindliche Position.“

Sadat hat auch diese Prinzipien Nassers gänzlich verworfen. Nach mehreren unfreundlichen Akten gegenüber der UdSSR wechselte Kairo offen zu seinen neuen Freunden USA und Israel über.

Aber Nassers Ideen leben fort: in den Herzen vieler Ägypter, in den Taten der Patrioten anderer arabischer Länder. Die arabischen Völker verurteilen entschieden das Renegatentum und Kapitulantentum von Sadats Regime. Diese Politik stößt in Ägypten selbst auf wachsenden Widerstand. Als Gegengewicht zum Spalterkurs Sadats gründeten die fortschrittlichen arabischen Länder und die PLO die Nationale Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes. Die arabischen Erdölländer entzogen Kairo ihre beträchtliche Finanzhilfe. Ägypten wurde ein politischer und wirtschaftlicher Boykott der arabischen Länder erklärt. In Ägypten selbst machen unterschiedliche politische Strömungen immer entschiedener Front gegen den Separatvertrag mit Israel und gegen die Überlassung von Militärstützpunkten an das Pentagon, sie sind für die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern, für die Rückkehr Ägyptens in die Reihen arabischer Länder, die der israelischen Aggression entgegentreten, für die Festigung der nationalen Wirtschaft vor allem auf der Basis des staatlichen Sektors und nicht durch Heranziehung des ausländischen oder einheimischen Kapitals.

Nach Ansicht ägyptischer demokratischer Kreise, die dem Vermächtnis Nassers die Treue halten, kann das Land nur auf dieser Grundlage seine wahre Unabhängigkeit erreichen, kann der Nahostkonflikt dauerhaft und gerecht geregelt werden. Seinerzeit sagte Nasser: „Es geht nicht nur darum, daß das Nahostproblem gelöst werden muß, Es geht darum, wie und inwiefern gerecht es gelöst wird. Eine gerechte Lösung des Problems gebieten unsere Würde, unsere Zukunft, unser Schicksal.“

Die patriotischen Kräfte der arabischen Welt sehen die Zukunft Ägyptens (und nicht nur) darin, die Gebote Gamal Abdel Nassers, eines hervorragenden Vertreters der nationalen Befreiungsbewegung, zu verwirklichen.

BUND DER UNGLEICHEN

Marina BESRUKOWA

Bekanntlich bedeutete die politische Befreiung in Afrika nicht überall die Beseitigung der imperialistischen Unterdrückung. Mehr noch, die westlichen Länder perfektionieren die neokolonialistischen Methoden und vereinigen mitunter ihre Anstrengungen, um die afrikanischen Staaten gemeinsam auszubeuten und die antiimperialistischen Tendenzen dort zu überwinden.

Mechanismus der Ausbeutung

Sehr rege ist in Afrika der Gemeinsame Markt. Schon im Vertragswerk von Rom über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957) war die Assoziation damals noch nicht freier Kolonien Frankreichs und Belgiens in Afrika vorgesehen. Als die afrikanischen Staaten Anfang der 60er Jahre einer nach dem anderen die Unabhängigkeit erlangten, sorgte die EG für die Abfassung einer Konvention, die ihre Ausbeutung unter den neuen Verhältnissen sichern sollte. Diese Konvention kam 1963 in Jaunde (Kamerun) zustande.

Trotz ihres unverhohlenen neokolonialistischen Wesens schlossen sich ihr Ende der 60er Jahre auch mehrere einstige britische Kolonien in Ostafrika an. Durch das Abkommen von Arusha (1969) sicherte die EG sich gewisse Vorteile im Handel mit Kenia, Uganda und Tansania. Das ehemalige „Mutterland“ Großbritannien, das der EG erst 1973 beitrug, beteiligte sich auf das aktivste an den kollektiven Formen des Neokolonialismus.

Den afrikanischen Ländern folgten einige ehemalige britische Besitzungen in anderen Regionen. In Lomé (Togo) wurde 1975 die erste Konvention von Lomé für 1976–1980 unterzeichnet. An ihr beteiligten sich die neun EG-Staaten und 46 assoziierte Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Länder).

Bei den Vorverhandlungen zur Konvention setzten sich die Entwicklungsländer für mehr Gleichberechtigung in den Beziehungen zu den kapitalistischen Industriestaaten ein. Die EG legte Wert auf die „besonderen“ Beziehungen zu Afrika und befriedigte deshalb einige der Forderungen. Eine beträchtliche

Rolle spielte dabei die gerade ausgebrochene Energie- und Rohstoffkrise, denn sie ließ Westeuropa stärker seine Abhängigkeit von den afrikanischen Naturreichtümern spüren.

Die Konvention von Jaunde legte dem Handel das System „gegenseitiger“ Präferenzen zugrunde, aber in der ersten Konvention von Lomé wurde dieses Prinzip aufgegeben. Von nun an konnten viele Waren der assoziierten Länder ungehindert auf die EG-Märkte kommen, unabhängig davon, in welchem Maße das eine oder andere dieser Länder den Import aus den EG-Ländern begünstigte. Es wurde ferner ein Garantiefonds für die Einnahmen aus dem Export bestimmter Agrarerzeugnisse aus den afrikanischen Ländern angelegt. Die Konvention sah u. a. eine größere Hilfe der EG für die teilnehmenden Entwicklungsländer sowie die industrielle Zusammenarbeit vor.

Die erste Konvention von Lomé lief Ende Februar 1980 ab. Inzwischen zeigte sich, daß die AKP-Länder mit den von ihr festgelegten Zuständen unzufrieden sind. Ihre Hoffnungen, durch Zusammenarbeit mit der EG Verhältnisse herbeizuführen, um der Inflation, den hohen Erdölpreisen, der sich verschlechternden Lage im internationalen Währungs- und Finanzsystem, den labilen Wechselkursen zu widerstehen, erwiesen sich als illusorisch. Die Spanne zwischen den Preisen für die Rohstoffe aus den AKP-Ländern und den überhöhten Preisen für westliche Industriewaren nahm noch zu. Die EG hob auch die Beschränkungen für den Export einiger Agrarerzeugnisse nach Westeuropa (vor allem Zucker) nicht auf. Nach Angaben des Klubs von Rom verlieren die Entwicklungsländer insgesamt 50–100 Md. Dollar jährlich an der ungleichen Verteilung der Einkünfte aus dem Export von Bodenschätzen, an den ungerechten Preisen und den Handelsrestriktionen.

Die Zugeständnisse der EG bei der Unterzeichnung der Konvention von Lomé änderten nichts an der Tatsache, daß die teilnehmenden Entwicklungsländer Rohstoffanhängsel des Westens sind. Laut Berechnungen der UNO-

Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) schuldete Afrika 1979 dem Westen 26 Md. Dollar. Die Außenschulden hindern die Entwicklungsländer bei der Realisierung ihrer Entwicklungsvorhaben: Schon allein die Zinsen verschlingen einen bedeutenden Teil ihrer Exporteinnahmen.

Die zweite, 1979 zwischen den neun westeuropäischen Ländern und 57 AKP-Ländern unterzeichnete Konvention von Lomé (ihr traten nachher noch drei Länder bei) bietet den Entwicklungsländern ebenfalls keine besonderen Aussichten. Die meisten ihrer neuen Forderungen wurden nicht berücksichtigt. Die französische Zeitschrift „Revue du Marché Commun“ schrieb: „Die AKP-Länder fanden keine Genugtuung, was gewisse kommerzielle und finanzielle Zugeständnisse betrifft.“ Die Hindernisse für den Export einiger afrikanischer Nutzpflanzen in die EG wurden nicht beseitigt. Auch die Finanzhilfe ist nicht nennenswert vergrößert worden. Dafür setzten die Neun durch, daß in die Konvention Bestimmungen aufgenommen wurden, die westeuropäische Investitionen im Bergbau Afrikas fördern sollen. Wie die Zeitschrift „Jeune Afrique“ (Paris) bemerkte, rechne man in Westeuropa, welches bei der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen stark von Afrika abhängt, „sehr auf diesen Nebeneffekt des neuen Systems“.

Rivalität der Egoisten

Das EG-Getriebe bietet den westeuropäischen Staaten eine gute Möglichkeit, ihre Standpunkte bei multilateralen Verhandlungen mit den Entwicklungsländern zu koordinieren. Aber natürlich ist jeder sich selbst der nächste. Großbritannien, Frankreich und Belgien, die recht feste Positionen in den meisten ihrer ehemaligen afrikanischen Kolonien beibehalten, bemühen sich, die traditionellen Einflusssphären der anderen Partner zu unterwandern. Die zu Kräften gekommenen westdeutschen Monopole sind außerordentlich betriebsam in Afrika, was die Rivalität innerhalb der EG noch verschärft. Damit erklärt sich u. a., warum jedes der Mitgliedsländer, vor allem die BRD, Frankreich und Großbritannien, so eifersüchtig darauf bedacht ist, die Kontrolle über die leitenden EG-Organe ja nicht zu verlieren.

Die jeweiligen nationalen staatsmonopolistischen Komplexe sehen im be-

stehenden Mechanismus der Beziehungen zwischen der EG und den zahlreichen Entwicklungsländern vor allem ein Mittel, die eigenen Interessen zu sichern. Davon zeugen zwei Richtungen in der Außenwirtschaftspolitik der EG: eine globale und eine regionale. Die Anhänger der regionalen, d. h. vor allem die Länder Afrikas betreffenden Konzeption, sind hauptsächlich Frankreich und Belgien, die ihre Positionen in den ehemaligen afrikanischen Kolonien alles in allem beibehalten konnten. Die globale Konzeption wird von Großbritannien und den Niederlanden vertreten: Sie streben danach, die Konvention auch auf einige andere Räume auszuweiten, in denen sie noch bedeutende wirtschaftliche Interessen haben.

In vieler Hinsicht auf Betreiben Großbritanniens wurden z. B. neben afrikanischen auch einige Staaten der Karibik und des Pazifik in die Zahl der Mitglieder der Konvention von Lomé aufgenommen. Aber die Aufnahme der ehemaligen britischen Kolonien Indien, Pakistan und Bangladesch wurde von den Anhängern der regionalen Konzeption abgelehnt, und zwar vor allem unter Berufung auf die Größe dieser Länder. Nichtsdestoweniger genießen sie sowie Sri Lanka (ehemals britische Kolonie Ceylon) im Handel mit der EG gewisse Vorzüge gegenüber den anderen nicht-assoziierten Ländern. Doch vorwiegend ist heute nach wie vor die afrikanische Richtung.

Die Zusammenarbeit der EG mit den afrikanischen Ländern festigt die Positionen Westeuropas in der Rivalität mit den beiden anderen imperialistischen Zentren — dem nordamerikanischen und dem japanischen —, und zwar nicht nur in Afrika.

Politisches Druckmittel

Die EG-Politik in den Entwicklungsländern wird von dem Streben bestimmt, einen reibungslosen Zustrom billiger Rohstoffe zu sichern. Aber die imperialistischen Kreise benutzen die wirtschaftliche Abhängigkeit dieser Länder auch als politisches Druckmittel. Nicht von ungefähr verwies der britische Ökonom Cosgrave-Twitchet die EG-Länder warnend darauf, daß sich ihre „ablehnende Einstellung“ zur Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer negativ auf die „diplomatischen Vorteile“ auswirke, welche der EG die „Wiederaufnahme der Zusammenarbeit“ mit den ehemaligen Kolonien biete.

Auf Vorschlag Großbritanniens und

der Niederlande wollten die neun Länder in die zweite Konvention von Lomé einen Punkt aufnehmen, laut dem den Entwicklungsländern nur dann Wirtschaftshilfe erwiesen wird, wenn sie die Menschenrechte in der formalen Auffassung der bürgerlichen Ideologen und Politiker einhalten. Die AKP-Länder machten Front gegen diesen Vorschlag, denn sie sahen darin mit Recht einen Vorwand für noch frechere Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

Kein Zufall ist auch, daß Mitte der 70er Jahre in Westeuropa die Vorwürfe laut wurden, die EG-Länder hätten den Köder „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ nicht genügend benutzt, um die ehemaligen portugiesischen Kolonien Angola und Moçambique in der politischen Einflußsphäre des Westens zu erhalten.

Auch folgendes Beispiel machte das unabhängige Afrika mißtrauisch. Die Neun versuchten, auch beim Abschluß eines Handels- und Wirtschaftsabkommens zwischen der EG und der ASEAN einen unmittelbaren politischen Effekt zu erzielen. Bei der Unterzeichnung gaben die Außenminister der Teilnehmerländer eine Erklärung ab, in der die Ereignisse in Afghanistan und Kampu-

chea in falschem Licht dargestellt wurden. Das war eine unverkennbare Ermunterung der ursprünglich für wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit gegründeten ASEAN zur Errichtung eines militärpolitischen Blocks als Gegenstück zu den fortschrittlichen Staaten Südostasiens.

* * *

Die Entwicklungsländer sehen sich der außerordentlich schwierigen Aufgabe gegenüber, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen und zu festigen und das Auslandskapital auszuschließen, um die imperialistische Ausbeutung als System unmöglich zu machen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können sie durchsetzen, daß die kapitalistischen Staaten einige ihrer Forderungen erfüllen. Aber wie die Erfahrung zeigt, ist die Politik der ausschließlichen Geschäftsverbindungen zu den Westmächten zutiefst falsch. Solche „Sonderbeziehungen“ sind nichts anderes als eine Form des Neokolonialismus. Deshalb können sie den Entwicklungsländern keine wirtschaftliche und folglich keine vollständige politische Selbständigkeit bringen.

WARUM SIE HUNGERN



Schauen Sie sich dieses Foto an! Die Menschen haben Hunger. Hunderte Millionen leiden unter systematischer Unterernährung, viele Millionen sterben jedes Jahr an Auszehrung. Immer mehr Menschen hungern — vor allem in Schwarzafrika, Südostasien und Lateinamerika. Und das, obgleich man doppelt soviel Menschen wie die derzeitige Erdbevölkerung ernähren könnte.

Warum leiden die Völker so vieler Entwicklungsländer Hunger! Die westliche Presse verweist da auf die häufigen Dürrekatastrophen in den Ländern der südlichen Hemisphäre, auf die Bevölkerungsexplosion. All das stimmt. Doch die Hauptursache,

die die bürgerlichen Medien verschweigen, ist eine andere.

Die weitaus meisten Länder der südlichen Erdhalbkugel waren noch unlängst Kolonien oder Halbkolonien imperialistischer Mächte. Jahrzehnte-, bisweilen jahrhundertelang plünderten die Monopole die Naturressourcen der unterjochten Länder aus, ohne irgend etwas für deren wirtschaftliche Entwicklung zu tun. Auch heute noch werden die jungen Nationalstaaten von imperialistischen Konzernen ausgebeutet. Die Multis sahen in den wirtschaftlich abhängigen Entwicklungsländern Riesenprofite ab. Die Schulden der jungen Staaten an den Westen werden in diesem Jahr 450 Md. Dollar erreichen! Wie können sie da ihre Volkswirtschaft voranbringen und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherstellen!

Die Völker der Entwicklungsländer wenden sich immer entschiedener gegen die Ausplünderung durch die multinationalen Konzerne. Sie verlangen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

DIE LANGEN 20 JAHRE

Alexander NIKOLAJEW

Am 1. Oktober begeht Zypern den Tag der Unabhängigkeit: Die unabhängige Republik Zypern wurde vor 20 Jahren ausgerufen. Bis dahin hatte das kleine, auf der drittgrößten Insel des Mittelmeers gelegene Land einen langen und dornigen Weg zurückgelegt.

Die Sage lautet, daß Aphrodite gerade hier, aus dem Meeresschaum „geboren“, ans Ufer ging. Deshalb nennt man sie mitunter auch Cyprus. Die „Aphrodite-Insel“ blickt auf eine jahrtausendealte Geschichte zurück, die an Überfällen, Kriegen und Fremdherrschaft überreich ist. Zypern war für die Herrscher Assyriens, Ägyptens und Persiens, für die ptolemäischen, römischen und byzantinischen Machthaber wie für die arabischen Eroberer und Kreuzritter und auch für die Dogen von Venedig ein begehrtes Objekt. 1571 fielen die Truppen des Osmanischen Reiches in Zypern ein. Die Insel blieb über drei Jahrhunderte unter osmanischer Herrschaft, und aus dieser Zeit stammt der dortige türkische Bevölkerungsteil.

1878 wurde Zypern von Großbritannien besetzt. Diese letzte Fremdherrschaft war für die Insel auch die schwerste. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der nationale Befreiungskampf aktiver, und die Kolonialbehörden griffen zu Terror und Massenrepressionen. Ihre Wut galt in erster Linie der von ihnen verbotenen Partei der zyprischen Kommunisten, der AKEL, die an der Spitze des linken Flügels der Befreiungsbewegung gestanden hatte.

Die Kolonialisten handelten nach dem berüchtigten Prinzip „Teile und herrsche!“. Sie provozierten Zwist und Unruhen zwischen den Gemeinden. Als die UNO 1954 über Zyperns Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht zu entscheiden hatte, bewirkte Großbritannien, daß seine „Juniorpartner“ in den Militärblöcken — Griechenland und die Türkei — zu den Verhandlungen herangezogen wurden. Damit wollte London mit einer Klappe zwei Fliegen schlagen, nämlich das Problem über den UNO-Rahmen hinausführen und die Rolle eines „gerechten“ Arbiters übernehmen. Dahinter steckten die USA, die den Streit im

NATO-„Familienkreis“ im Sinne der „atlantischen Solidarität“ beilegen und sich den Zugang zum Nahen Osten sichern wollten.

Die Zyprioten errangen den Sieg nach einem schweren antikolonialen Kampf. Doch die ehemaligen „Hausherren“ verließen Zypern nur, um dort zu bleiben. Der Insel wurden die Abkommen von Zürich und London aufoktroziert, denen zufolge dort auf unbestimmte Zeit zwei „souveräne“ englische Stützpunkte bestehenblieben; ferner blieb dem einstigen „Mutterland“ das Recht, faktisch unkontrolliert den Luftraum über der Insel, einen Flughafen, mehrere Gelände, Wege und Bauten für militärische Zwecke zu nutzen. Zu „Garanten“ der Abkommen wurden Griechenland und die Türkei zusammen mit England erklärt und auf der Insel griechische und türkische Truppen stationiert. Für den Fall, daß den Abkommen eine „Gefahr“ drohte, hatten die Garanten das „Recht“ auf Einmischung.

Nach Ausrufung der Unabhängigkeit fand der X. Parteitag der zyprischen Kommunisten statt — zum erstenmal in der Legalität. Dort wurden die erwähnten Abkommen heftig kritisiert, weil sie die souveränen Rechte der Republik Zypern beschnitten. In dem vom Parteitag beschlossenen AKEL-Programm heißt es, daß die „gegenwärtige Periode vor allem eine Periode des antiimperialistischen, nationalen Befreiungskampfes ist“; das Hauptziel hieß Erlangung der vollen Unabhängigkeit.

Über der einstigen Residenz des Generalgouverneurs weht nun die Staatsflagge der Republik Zypern: auf weißem Feld golden umrissen die Insel, die unten von Olivenzweigen umrankt wird — ein Symbol der friedlichen Bestrebungen des zyprischen Volkes. Der junge Staat unter dem Präsidenten Erzbischof Makarios deklarierte die Nichtparteigebundenheit zum Grundprinzip seiner Außenpolitik. Da jedoch die NATO-Kreise damit rechneten, Zypern zu einem Aufmarschgebiet ge-



gen die sozialistischen Länder, die nationalen Befreiungsbewegungen und progressiven Regimes im Nahen und Mittleren Osten zu machen, stießen Makarios' erste außenpolitische Schritte bei ihnen auf heftigen Widerstand.

Um einen Vorwand zur Einmischung zu schaffen, machte sich die Reaktion die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Verfassungsbestimmungen zunutze (die Verfassung bildete einen Teil der Abkommen von Zürich und London); so provozierten reaktionäre Kräfte 1963 bewaffnete Zusammenstöße zwischen der griechischen und der türkischen Gemeinde. Die imperialistischen Kreise wollten Zypern dem NATO-Diktat unterwerfen. Die Zyprioten waren jedoch fest entschlossen, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Die Sowjetunion unterstützte sie, indem sie sich entschieden für Zyperns Unabhängigkeit und Souveränität einsetzte.

Die Freundschaft zwischen der Sowjetunion und Zypern stammt aus der Zeit, als die Zyprioten für die Unabhängigkeit ihres Landes rangten und sich in ihrem Kampf gegen die Kolonialisten stets der Solidarität der UdSSR bewußt waren. Die Sowjetunion begrüßte am Tag nach der Ausrufung der Republik Zypern dieses historische Ereignis und bekundete ihre Bereitschaft, mit dem neuen Staat diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Die sowjetisch-zyprischen Beziehungen sind beispielhaft für eine gleichberechtigte und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit im Sinne der KSZE-Schlußakte, die auch die Republik Zypern unter-

zeichnet hat. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder haben eine rechtliche Vertragsgrundlage auf lange Sicht und entwickeln sich zügig. In den 20 Jahren stieg der Umfang des gegenseitigen Handels auf das 30fache. Zypern bekommt von der UdSSR Maschinen, Ausrüstungen und andere traditionelle Importartikel; die Sowjetunion führt aus Zypern landwirtschaftliche Erzeugnisse ein: Säfte, Wein, Kognak-Spiritus, Trockenobst, Zitrusfrüchte; in den letzten Jahren werden auch immer mehr Konfektion und Schuhe aus Zypern importiert.

Vom regen Interesse der beiden Völker füreinander zeugen unter anderem solche schon im alten Rußland weitbekannten Werke wie z. B. „Choschdenije“ — ein Essay über die Pilgerfahrt eines russischen Abtes Daniil nach Zypern.

Zur Annäherung der Völker dienen Kulturaustausche und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der TV- und Funksendungen, des Tourismus und natürlich die Freundschaftsgesellschaften „Zypern—UdSSR“ und „UdSSR—Zypern“.

Seit das griechische Militärregime am 15. Juli 1974 einen regierungsfeindlichen Putsch auslöste und die Türkei auf der Insel ihre Streitkräfte landen ließ, hat das Zypernproblem neue gefährliche Dimensionen angenommen. Es bleibt für die Region auch heute ein Spannungsgeladener Gefahrenherd. Hinter dem Putsch standen gewisse NATO-Kreise, vor allem die USA, die die Politik des besagten Militärblocks in der Zypernfrage entscheidend beeinflussen.

Infolge dieses Putsches mußte der legitime Regierungschef die Insel verlassen. Dieselben Kräfte, die den Putsch inspirierten, unternahmen alles Mögliche, um den Konflikt zu verschärfen. Zuerst bestanden sie auf einer „Nichteinmischungspolitik“, die die griechischen Interventionen aufmunterte, später unternahmen sie Versuche, fremde Truppen für eine Zweiteilung Zyperns einzusetzen und die Insel zu einem NATO-Brückenkopf im östlichen Mittelmeerraum zu machen.

Die Sowjetunion war von Anfang an gegen jegliche Einmischung in

Zyperns Angelegenheiten, für eine sofortige Beendigung der Intervention und den restlosen Abzug fremder Truppen von der Insel. Während Washington auf eine Anerkennung der Putschistenregierung hinwirkte, trat die UdSSR für die legitime Regierung Zyperns und dafür ein, daß es an allen Diskussionen zum Zypernproblem teilnehmen soll. Es ist in großem Maße der Politik der Sowjetunion zu verdanken, daß die Verhandlungen zwischen den griechischen und den türkischen Zyprioten wiederaufgenommen wurden.

Die Sowjetunion förderte die Annahme von UNO-Resolutionen, die eine allgemein anerkannte Grundlage für eine Zypernregelung bildeten. Sie befürwortet die Einberufung einer repräsentativen UNO-Konferenz zur Regelung der internationalen Aspekte des Zypernproblems. Ihr Vorschlag fand eine breite Unterstützung, unter anderem auch seitens der Regierung von Zypern.

Der Hauptgrund dafür, daß in der Zypern-Frage kein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen ist, sind die nicht abbreißenden Versuche der imperialistischen Kräfte, vor allem der USA, auf Zypern eine Regelung à la Camp David durchzusetzen, damit die Gegensätze an der südöstlichen NATO-Flanke auf Kosten der Zyprioten beseitigt werden. Dieser Kurs kann jedoch zu keiner gerechten und festen Regelung führen.

Vor kurzem wurden die vor mehr als einem Jahr unterbrochenen Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinden wiederaufgenommen, wobei ihre Vertreter sich bereit erklärten, alle Schwierigkeiten zu überwinden. Vor Beginn der Verhandlungen sagte Präsident Kyprianou: „Der künftige Beschluß soll die Beibehaltung der Unabhängigkeit, der Einheit und territorialen Integrität der Insel gewährleisten.“

Der 20. Jahrestag der Unabhängigkeit Zyperns zeugt von der Vitalität des jungen Staates. Die Worte „Freiheit, Unabhängigkeit, Republik“ symbolisieren den Drang der Zyprioten nach Frieden, Glück und Fortschritt.

BIOGRAPHISCHES

AUSSENMINISTER SPANIENS

JOSÉ PEDRO PÉREZ LLORCA RODRIGO

ren. Er ist Professor für Verfassungsrecht. 1964 trat J. P. Pérez Llorca in den diplomatischen Dienst. Er war Berater der spanischen Delegation bei einigen Tagungen der UNO-Vollversammlung.

Mitglied der Volkspartei (christlich-demokratischer Richtung), die sich 1977 der bürgerlich-liberalen Koalition UCD anschloß. Wurde zum Vorsitzenden des I. Parteitag des UCD (Oktober 1978) gewählt.

Gehörte den ersten spanischen Cortes (Zweikammernparlament) als UCD-Abgeordneter an. Leitete die UCD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, war Mitglied des gemischten Ausschusses von Abgeordnetemhaus und Senat

für die Ausarbeitung der neuen Verfassung, die im Dezember 1978 in Kraft trat. Im März 1979 wurde er erneut von einem Wahlkreis Madrids ins Parlament gewählt.

Seit April 1979 gehörte er dem Kabinett als Kanzler des Regierungschefs und als sein Rechtsberater, als Minister für Verbindungen mit dem Parlament, als Minister für territoriale Verwaltung an.

In seiner ersten Rede als Außenminister am 9. September in Madrid bei der Eröffnung der Vorbereitungsrunde des KSZE-Nachfolgetreffens, betonte J. P. Pérez Llorca, daß die Menschen ihre Friedenshoffnungen auf das Forum von Madrid setzen.



Anfang September wurde das spanische Kabinett, das nach wie vor aus Vertretern der Regierungspartei Union des Demokratischen Zentrums (UCD) besteht und von ihrem Vorsitzenden, Adolfo Suárez, geleitet wird, umgebildet. Neuer Außenminister wurde José Pedro Pérez Llorca Rodrigo.

J. P. Pérez Llorca, ein namhafter Politiker der UCD, wurde 1940 gebo-

ABRÜSTUNG UND PEKINGS QUERSCHÜSSE

Wladimir BABUROW

An der im August abgeschlossenen Jahrestagung des Abrüstungsausschusses, des Hauptorgans für multilaterale Verhandlungen über Fragen der Begrenzung des Wettrüstens, beteiligte sich erstmalig eine chinesische Delegation. Das bedeutet, daß sich Peking nicht mehr aus der Diskussion über eine kardinale Gegenwartsfrage — Verhütung eines neuen Weltkrieges unter Einsatz von Massenvernichtungsmitteln — heraushalten kann. Wie die Diskussionsbeiträge der chinesischen Delegierten auf der Tagung und das Wirken der chinesischen Vertreter in den internationalen Organisationen, die sich mit Abrüstungsproblemen befassen, bestätigen, fällt es der Peking-Diplomatie immer schwerer zu manövrieren. Sie kann sich nicht darüber hinwegsetzen, daß die meisten Staaten aufrichtig an einer wirksamen Abrüstung interessiert sind.

Das Verhalten der chinesischen Delegation auf der Tagung fiel schon deshalb auf, weil man in Peking erst vor kurzem die Abrüstung als etwas absolut Unrealies betrachtete. Neuerdings ist die Peking-Diplomatie darum bemüht, einigen ihrer einschlägigen Postulaten einen respektableren Anstrich zu geben. So lassen die Peking-Führer die Möglichkeit einer Aufschiebung des Weltkrieges zu: China braucht wohl Zeit für sein Programm der „vier Modernisierungen“.

Am 5. Februar erklärte der chinesische Chefdelegierte im Abrüstungsausschuß: „China hat beschlossen, von diesem Jahr an im Ausschuß mitzuwirken, und wir sind bereit, uns aktiv Ihren Erörterungen anzuschließen sowie unseren Beitrag zum Fortschritt einer wahren Abrüstung und zur Sache des Friedens zu leisten.“

Seit dieser Erklärung ist nicht wenig Zeit vergangen, aber es folgten keine konstruktiven Schritte oder Vorschläge der chinesischen Delegation. Dafür leistete sich Peking bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten — bei der Generaldebatte, bei der Diskussion über konkrete Fragen der Rüstungseinschränkung oder bei der Erörterung von Organisationsfragen — Ausfälle gegen die UdSSR und die anderen

sozialistischen Länder. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die chinesische Delegation gerade darin ihren „Beitrag“ sieht. Was dagegen die Peking-Abrüstungskonzeption anbelangt, so sieht sie folgendermaßen aus: Abrüsten müßten vor allem die UdSSR und die USA, während die übrigen, einschließlich Chinas, nach eigenem Gutdünken handeln dürften.

Die allgemeine Haltung Chinas zum Problem der Rüstungsbegrenzung zeigte sich in der Arbeitsgruppe des Ausschusses zur Ausarbeitung eines umfassenden Abrüstungsprogramms. In dem Vorschlag der chinesischen Delegation zu den Hauptprinzipien dieses Programms steht die schon früher vertretene These im Mittelpunkt: „Die beiden Staaten, die die größten nuklearen und konventionellen Waffenarsenale haben, sind die Hauptfiguren bei der Abrüstung und müssen vor allen anderen die eigenen Rüstungen abbauen.“ Daraus folgt unmißverständlich: China selbst gedenkt, sich in die Abrüstung in unbestimmter Zukunft einzuschalten, inzwischen aber dürfen die anderen Staaten, in erster Linie die UdSSR und die USA, abrüsten.

Auf der Tagesordnung des Abrüstungsausschusses steht als wichtiger Punkt die Frage der Einstellung des nuklearen Wettrüstens, die Frage der nuklearen Abrüstung. Das ist begreiflich, hängt doch das Schicksal der Menschheit von der Lösung dieses Problems ab.

Seit China am Ausschuß teilnimmt, sind dort alle fünf Kernmächte vertreten. Die Mitglieder des Ausschusses, besonders die Delegationen der nichtpaktgebundenen Länder, setzten große Hoffnungen auf einen Fortschritt bei der Lösung aller Probleme der nuklearen Abrüstung. Einige von ihnen, z. B. Indien, sprachen sich dafür aus, im Rahmen des Ausschusses eine Arbeitsgruppe zu bilden, um die Verhandlungen über diesen Fragenkreis einzuleiten. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten, die konsequent auf den Beginn von Verhandlungen über die nukleare Abrüstung hinwirken, unterstützten tatkräftig diesen Vorschlag.

Wie reagierte China auf den Vor-

schlag der nichtpaktgebundenen und der sozialistischen Länder?

Nun, es schloß sich den westlichen Kernmächten an und blockierte faktisch die Schaffung einer Arbeitsgruppe für Fragen der nuklearen Abrüstung.

Ebenso inkonsequent war seine Haltung zum vollständigen und allgemeinen Verbot der Kernwaffenversuche. Bekanntlich wird diese Frage aktiv bei den Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien erörtert. Zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern sprach sich die UdSSR mit Rücksicht auf die besondere Interessiertheit der nichtpaktgebundenen Länder dafür aus, im Ausschuß eine von allen Kernmächten beschickte Arbeitsgruppe zu schaffen, die die Fragen des allgemeinen und vollständigen Verbots der Kernwaffenversuche prüfen sollte. Aber trotz der Aufrufe vieler Teilnehmer des Abrüstungsausschusses gehörte China zu denen, die sich auch in diesem wichtigen Fall weigerten, eine Arbeitsgruppe zu bilden, und zwar unter dem fadenscheinigen Vorwand, das nukleare Potential Chinas sei unbedeutend.

Besonders sei auf den Standpunkt Pekings zu internationalen Garantien für die Sicherheit der Länder ohne Kernwaffen eingegangen. Dieser Aspekt der nuklearen Abrüstung wird seit mehr als einem Jahr gründlich in einer speziellen Arbeitsgruppe des Ausschusses untersucht.

China brachte in dieser Arbeitsgruppe die auf den ersten Blick attraktive Formel ein, den Ländern, die keine Kernwaffen haben, die Garantien zu gewähren. Hierbei berief sich seine Delegation auf die Erklärung des chinesischen Außenministers auf der 33. UNO-Vollversammlung am 28. September 1978: „Wir haben wiederholt erklärt, daß wir niemals und unter keinen Umständen Kernwaffen gegen die Nichtnuklearstaaten anwenden werden.“

Aber bei näherer Betrachtung trat das Heuchlerische und Unrealistische der chinesischen Position deutlich zutage. Als im Abrüstungsausschuß den chinesischen Vertretern mehrere präzisierende Fragen gestellt wurden, wichen sie aus und beschränkten sich auf die nebulöse Antwort, alle Erklärungen der chinesischen Staatsmänner zu diesem Problem blieben voll gültig.

Um die Position Chinas in der Frage des C-Waffen-Verbots anziehender zu machen und sein Interesse an den Verhandlungen zu demonstrieren, brachte die chinesische De-

KLASSENBRÜDER

Oleg BONDARENKO

legation im Abrüstungsausschuß ihre eigenen Vorschläge ein. Aber im Grunde werden darin nur die provokatorischen Gerüchte nacherzählt, die die westliche Propaganda über den „Einsatz“ der chemischen Waffen in Afghanistan, Laos und Kampuchea kolportiert. Die Vorschläge enthalten Punkte, die an die Forderung des Westens anklingen, ein internationales Kontrollorgan einzusetzen, das bevollmächtigt sein sollte, Beschuldigungen des Sinnes zu „untersuchen“, daß solche Waffen angewandt würden.

Darüber hinaus versuchten die chinesischen Diplomaten (das war der erste Fall in der ganzen Tätigkeit des Ausschusses), die Teilnahme der Sozialistischen Republik Vietnam an der Diskussion über das C-Waffen-Verbot zu verhindern. Der ungerechte und diskriminierende Charakter einer solchen Haltung ist um so offensichtlicher, als es sich um ein Land handelt, das unter großangelegter Anwendung chemischer Waffen zu leiden hatte und dessen Volk die verwerblichen Folgen ihres Einsatzes erfahren mußte.

Die chinesische Delegation nahm auch zu anderen Organisations- und Prozedurfragen im Abrüstungsausschuß eine obstruktionistische Position ein und behinderte sein normales Wirken. Besonders deutlich zeigte sich das, als der Vertreter Chinas auf der Tagung im März 1980 den Vorsitz führte und den Abrüstungsausschuß für lange Zeit von der Erörterung der eigentlichen Abrüstungsfragen ablenkte.

Demnach ist Chinas Haltung zu einigen Tagesordnungspunkten des Abrüstungsausschusses ausgesprochen destruktiv. Das Verhalten der chinesischen Delegation zeigt: Trotz aller Deklarationen über ein Streben nach realer Abrüstung wirkt Peking bei der Erörterung konkreter Aspekte dieses Problems seiner Lösung entgegen. Die chinesische Diplomatie geht einen Block mit jenen westlichen Ländern ein, die die Ausarbeitung praktischer Maßnahmen auf diesem Gebiet bremsen. Die auf propagandistische Wirkung abgestellten Erklärungen der chinesischen Vertreter und ihre rein verbale Unterstützung für einzelne Vorschläge der Entwicklungsländer sind nichts anderes als der alte obstruktionistische Kurs Pekings in bezug auf das Abrüstungsproblem — nur verkappt.

Die immer häufigeren Besuche von Gewerkschaftern Lateinamerikas in der UdSSR zeugen von festen freundschaftlichen Kontakten zwischen den sowjetischen Gewerkschaften und den wichtigsten Gewerkschaftszentralen des Kontinents. Die Anknüpfung dieser Kontakte erforderte viel Arbeit und Zeit.

Vier Stunden unter roter Fahne

Julio Antonio Melle, einer der ersten Arbeiterführer Kubas, stellte die ersten Kontakte mit Sowjetbürgern 1925 unter ungewöhnlichen Umständen her. Er erfuhr, daß im Hafen der kubanischen Stadt Cardenas das sowjetische Handelsschiff „Wazlaw Worowski“ lag und daß der Diktator Machado seiner Besatzung verboten hatte, an Land zu gehen. Julio erreichte das Schiff im Schwimmen, obwohl er mehrere Meilen überwinden mußte, in der Bucht Haie anzutreffen waren und die Wellen hochgingen. Später, in seiner Broschüre „Vier Stunden unter roter Fahne“, erinnerte er sich daran, wie die sowjetischen Seeleute ihm aufs Deck halfen und wie herzlich die ganze Besatzung ihn empfing. Beim Abschied übergab er dem Kapitän eine Fahne der kubanischen Arbeiter, und dieser schenkte Julio eine Flagge der UdSSR. Am Tag darauf berichtete Julio im Lokal der Tabakarbeitergewerkschaft den Arbeitern Havannas begeistert über seinen Besuch auf dem sowjetischen Schiff. Das interessierte so sehr, daß der Redner bis in die Nacht hinein auf Fragen der Anwesenden antworten mußte. All das wurde der Polizei bekannt, und es setzten Repressalien ein.

Vertreter der Proletariat wie Julio Antonio Melle sind, ob in Lateinamerika oder jedem anderen Teil der Welt, flammende Patrioten, aber im ersten Staat des siegreichen Sozialismus sehen sie einen Beweis dafür, daß auch die Bestrebungen der eigenen Arbeiterklasse realisiert werden können. Luis Emilio Recabarren, der Begründer der ersten Gewerkschaften Chiles und der erste Arbeiterabgeordnete eines Nationalkongresses in Lateinamerika, schrieb nach seinem Besuch in Moskau und Petrograd 1922: „Wir kamen nach Rußland, wie man in ein Laboratorium kommt.“ Er habe selbst prüfen wollen, ob die Lebensbedingungen des russischen Volkes besser für die Re-

volution und den Kommunismus geeignet waren als diejenigen der chilenischen Arbeiterklasse. Hier sein Schluß: „... ich glaube, nicht zu irren, wenn ich sage: Dem chilenischen Proletariat mangelt es nur an politischer und wirtschaftlicher Organisiertheit, um eine soziale Revolution zu vollbringen, die das gesamte kapitalistische Ausbeutungssystem beseitigen und für immer das kapitalistische Chaos liquidieren wird, welches das von der Bevölkerung Chiles geforderte soziale Wohlergehen nicht sichern kann.“

„Camarado Isidoro muß man glauben!“

Jetzt, mehr als ein halbes Jahrhundert nach Recabarrens Reise, antwortet Alexis Olmos, Mitglied des Exekutivkomitees der Konföderation Venezolanischer Werktätiger, auf die Frage, warum er die UdSSR besucht habe: „Um dort eine neue, für uns nützliche Information über die sozialen Leistungen des Sowjetvolkes zu erhalten.“ Diese Worte stammen nicht einmal von einem Kommunisten (die Konföderation steht unter Kontrolle der Christdemokraten).

Als langjähriger Korrespondent der sowjetischen Gewerkschaftszeitung „Trud“ in Lateinamerika traf ich wiederholt mit Gewerkschaftern vieler Länder und unterschiedlicher politischer Orientierung zusammen. Ich weiß noch, wie der grauhaarige Veteran der Arbeiterbewegung Isidoro Gamarra, der bisher ständige Vorsitzende des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Werktätigen Perus, einer Gruppe Bauleute begeistert von seinen Besuchen in sowjetischen Betrieben, auf Baustellen, in Arbeiterwohnungen und -internaten, Gewerkschaftsheimen und -sportanlagen erzählte.

Später sagte mir der Steinmetz Juan Mendoza: „Hätte uns das jemand anders gesagt, so wäre es uns schwergefallen, all das zu glauben. Die meisten von uns leben in Armut, und wir nahmen an, daß die Werktätigen es überall nicht leicht haben. Bei euch aber ist, wie sich herausstellt, alles anders, und den Ton geben die Werktätigen an. Aber dem Kameraden Isidoro muß man einfach glauben! Er gehört ja zu uns, war ein Steinmetz wie ich. Man hat ihn lange im Zuchthaus gehalten, er wurde gefoltert, und doch verfiert

er nach wie vor die Sache der Arbeiter."

Ein weiterer auf dem Subkontinent weitbekannter proletarischer Führer, Hemmy Croes, Generalsekretär der Einheitlichen Konföderation der Werktätigen Venezuelas (CUTV), unterstrich die gewaltige Bedeutung der Kontakte mit den sowjetischen Gewerkschaften und bestätigte, daß man vor noch kurzer Zeit schon wegen eines Versuches, solche Kontakte herzustellen, hinter Gitter geraten konnte.

Auf den Feldern Hidalgo

Im CUTV-Büro im Zentrum von Caracas erzählte mir Kollege Croes: „In den letzten Jahren hat sich die Situation merklich zum Besseren geändert. Dafür gibt es viele Gründe. Meines Erachtens ist das ein Ergebnis vor allem der konsequenten Entspannungspolitik der KPdSU und der Sowjetregierung. Auch Ergebnis der großen, von niemandem mehr bestrittenen Erfolge des Sowjetvolkes in Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Die Entspannungspolitik hat auch in Venezuela die innenpolitische Lage bedeutend verbessert. Nach langen Jahren der erzwungenen Illegalität wirken wir jetzt völlig legal und können folglich die Interessen der Arbeiterklasse effektiver vertreten und unsere internationalen Verbindungen festigen. Nach dem vorjährigen Besuch einer CUTV-Delegation in Moskau wurde das erste gemeinsame Kommuniqué mit dem Zentralrat der Sowjetgewerkschaften unterzeichnet, worin die Entwicklung und Vertiefung der internationalen Entspannung besonders hervorgehoben wird. Beide Seiten sprachen sich für die Ergänzung der politischen durch militärische Entspannung aus. Wir gehen von der Überzeugung aus, daß die Eindämmung des Wettrüstens wesentlich die sozialökonomische Lage aller Werktätigen der Welt verbessern könnte.“

Zum Ausbau der gewerkschaftlichen Kontakte trägt objektiv auch die ständig erstarkende wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Lateinamerika bei. So erfahren wir aus kurzen Zeitungs-meldungen, daß in Saagun, einer jungen Industriestadt Mexikos, Tage der mexikanisch-sowjetischen Freundschaft stattfanden. Es ist kein Zufall, daß die Arbeitenden gerade dort den Wunsch haben, mehr über die UdSSR, die Lebensweise des Sowjetvolkes, seine Leistungen und sozialen Errungenschaften zu erfahren. Auf den Feldern des Bundesstaates Hidalgo, zu dem Saagun gehört, sind seit Jahren Radschlepper „Sidena T-25“ im Einsatz. Sie wer-

den in Saagun im staatlichen Betrieb „Siderúrgica Nacional“ montiert, und die Einzelteile und Baugruppen dafür liefert das Shdanow-Traktorenwerk Wladimir (UdSSR).

Im Zeichen der Solidarität

Gegenwärtig unterhält der WZSPS Beziehungen zu fast 40 unterschiedlich orientierten Gewerkschaftszentralen von 20 lateinamerikanischen Ländern sowie zu zwei regionalen Organisationen: zum Ständigen Kongreß für lateinamerikanische Gewerkschafteneinheit und zur Zentrale der Lateinamerikanischen Gewerkschaften. Wie auf dem XVI. Gewerkschaftskongreß der UdSSR betont wurde, beruhen diese Beziehungen auf gegenseitiger Eintracht und auf der Achtung der Selbständigkeit beider Seiten. Diese tauschen Delegationen, Informationen und Erfahrungen aus.

Die Sowjetgewerkschaften, die strikt das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder befolgen, unterstützen jedoch stets das Wirken einiger lateinamerikanischer Regierungen, die bestrebt sind, die nationale Souveränität zu stärken, die Naturreichtümer in die Hände des Staates zurückzuführen und zur fortschrittlichen Entwicklung der nationalen Wirtschaft, zum Wohl des Volkes zu nutzen. Deshalb begrüßten die sowjetischen Werktätigen seinerzeit warm die Nationalisierung der Erdölindustrie, die die Regierung General Lázaro Cárdenas' in Mexiko 1938 verwirklichte, und ähnliche Maßnahmen in Peru und Venezuela in den 60er und 70er Jahren. Sie billigen auch die in einigen Ländern vor sich gehenden Agrarumgestaltungen im Interesse der landlosen Bauern, die Einschränkung der Tätigkeit der Zucker- und Bananenmonopole in Zentralamerika sowie die Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Alphabetisierung und Kindersterblichkeit.

Dagegen rufen alle Versuche, die demokratischen Umgestaltungen zu bremsen oder zunichte zu machen, bei der breiten sowjetischen Öffentlichkeit zornigen Protest und Enttäuschung hervor. Der WZSPS gab wiederholt Erklärungen ab, in denen er die neuen Wühlaktionen des USA-Imperialismus gegen die Völker und Regierungen von Kuba, Nicaragua, Jamaika und Guayana verurteilte.

Die sowjetischen Gewerkschaften können nicht gleichgültig zur Armut und Rechtlosigkeit der Werktätigen in jenen lateinamerikanischen Ländern stehen, in denen noch reaktionäre Diktaturen oder Kolonialzustände herrschen. Besonders breit ist

in der UdSSR die Solidarität mit dem mutigen Kampf des chilenischen Volkes. Die sowjetischen Werktätigen verurteilen entschieden den Terror und die Repressalien gegen die chilenischen Kämpfer für Demokratie und sozialen Fortschritt. Auf zahlreichen Kundgebungen fordern sie die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen und demokratischen Freiheiten in Chile, die sofortige Aufhebung der Dekrete, die die Einheitszentrale der Werktätigen Chiles und die anderen fortschrittlichen Gewerkschaften verbieten.

Der proletarische Internationalismus der sowjetischen Gewerkschaften zeigte sich deutlich während des Kampfes des nikaraguanischen Volkes gegen eine der schlimmsten Diktaturen Lateinamerikas. Während der härtesten Kämpfe der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung gegen die Nationalgardisten Somozas kam eine WZSPS-Delegation zur Internationalen Konferenz der Solidarität mit dem Volk Nikaraguas, die in Caracas stattfand. Bald nach dem Sturz der Somoza-Clique sandte der WZSPS zusammen mit dem WGB und einigen ihm angehörenden Organisationen auf dem Luftwege über 30 t Nahrungsmittel und Medikamente für die Werktätigen Nikaraguas. Zwischen diesem Land und der UdSSR besteht nunmehr ein regelmäßiger Austausch von Gewerkschaftsdelegationen.

Zusammen mit der ganzen fortschrittlichen Weltöffentlichkeit verurteilen die sowjetischen Gewerkschaften entschieden die blutigen Verbrechen des heutigen Regimes in El Salvador und der ihm beihilflichen extremrechten Terroristenbanden und fordern, daß die USA-Einmischung in die Angelegenheiten El Salvadors eingestellt wird.

Ein weiteres Beispiel des proletarischen Internationalismus der Sowjetgewerkschaften ist ihre Einstellung zu den jüngsten Ereignissen in Bolivien. In einer WZSPS-Erklärung heißt es: „Im Namen der sowjetischen Werktätigen bekundet der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften erneut seine brüderliche proletarische Solidarität mit den Werktätigen und Gewerkschaften Boliviens, die gegen die Kräfte der Reaktion und des Imperialismus, für Freiheit, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen. Der WZSPS fordert entschieden, dem Terror und den Repressalien in Bolivien ein Ende zu bereiten, unverzüglich alle Gewerkschafter und Politiker aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zu befreien, und ruft die fortschrittliche Weltöffentlichkeit auf, sich für die gerechte Sache des bolivianischen Volkes einzusetzen.“

IN KIRGISIENS WÄLDERN

Tāna HÁJKOVÁ (ČSSR), Jelena KNORRE

Zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten der 35. UNO-Vollversammlung gehört die Frage „Über die historische Verantwortung der Staaten für die Bewahrung der Natur der Erde für die heutige und für künftige Generationen“, über den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Die Frage wurde auf Vorschlag der UdSSR in die Tagesordnung aufgenommen. Am Beispiel einer Sowjetrepublik berichten hier die Autorinnen über die gewaltige Arbeit am Umweltschutz in der UdSSR.

Eine seltene Gabe ist es, die Sprache von Blättern und Steinen zu hören. Noch seltener ist die Kunst, dies anderen beizubringen. Baisch Rachmanow, der Forstmeister des Forstwirtschaftsbetriebes Kara-Alma, kann beides. Die angeborenen Gaben sind durch eine solide Bildung untermauert und weiterentwickelt: Rachmanow absolvierte die Hochschule für Forstwirtschaft in Alma-Ata und kehrte als Diplomingenieur in sein heimatliches Kirgisien zurück, um dessen einmalige Reichtümer — die Wälder wildwachsender Walnuß- und Obstbäume, ein nur hier bestehendes Relikt aus der Tertiärzeit — zu pflegen und zu mehrten. Hier, an den Abhängen der 1100–1800 m hohen Fergana- und Tschatkal-Bergketten im Süden der Kirgisischen SSR, an einer Stelle, die die Berge gegen die kalten Winde abschirmen, hat sich eine Klimaoase aus fernen Zeiten erhalten.

Die Forstwirtschaft Kara-Alma ist ein staatliches Landschaftsschutzgebiet. Im Unterschied zu einem Naturschutzgebiet, in dem nichts verändert werden darf, stehen hier nur die wertvollsten Komponenten des Naturkomplexes unter Schutz. Die Landschaftsschutzgebiete werden auch bewirtschaftet: Die umliegenden Kolchose und Sowchose erhalten Weideflächen zugeteilt, die Gräser auf diesen Weiden werden veredelt, Walnüsse, Pistazien, Mandeln, Obst und Beeren gesammelt. Selbstverständlich werden dabei genau alle wissenschaftlichen Hinweise befolgt, um den ökologischen Komponenten des Schutzgebiets nicht zu schaden.

Baisch Rachmanow und die ihm unterstellten fünf Förstereien haben 40 000 ha unter ihrem Schutz, auf denen Walnuß-, Pistazien-, Apfel- und Schlehenpflaumenbäume wachsen. Insgesamt gibt es in Südkirgisien

610 000 ha solcher ungewöhnlichen Wälder.

Ein Walnußwald ist keinem anderen ähnlich. Die ausladenden runden Kronen vieler alter Bäume bilden an den Berghängen eine bizarres Muster. Unter diesen Bäumen ist es erstaunlich still. Das ist gewiß in jedem Wald der Fall, denn das durch die jahrhundertlange Evolution trainierte menschliche Ohr nimmt das Rauschen der Blätter, das Vogelgezwitscher und das Zirpen der Insekten ebenfalls als organische „Walddesruh“ auf. Aber im Walnußwald ist die Stille absolut. Hier gibt es keine Insekten, keine aufdringlichen Stechmücken, auch keine Bremsen, obwohl in der Nähe, auf den natürlichen Wiesen am Waldrand, Pferde und Schafe weiden. Auch keine Vogelstimmen, nur ab und zu fliegt eine wilde Taube oder ein Rabe stumm dahin. Die großen, samtigen Blätter der Walnußbäume strömen einen herben Duft aus, der die kleinen Lebewesen abschreckt.

„Ein launischer Baum, sehr empfindlich, was Wind und Wasser angeht. Und gedeiht nur, wenn er viel freien Raum um sich hat“, sagt Baisch Rachmanow, der in diesen Wäldern jeden Pfad, jeden Baum kennt. Er ist stolz auf die Bäume, als wären es seine Kinder. „Hier, sehen Sie sich's an: Welche Vitalität! Keine einzige Pflanze kann es mit diesem Nußbaum aufnehmen.“ Er zeigt auf einen 700jährigen mächtigen Stamm mit knorrigen Ästen, die wie Drachenpfoten aussehen. Diese grauen, rauen Äste neigen sich zur Erde, an ihren Enden bilden sich feste Wurzeln, aus denen neue Bäume entstehen. In einem Jahr wachsen die Wurzeln 50–60 cm tief.

Kaum zu glauben, daß nicht der Mensch, sondern die Natur die malerischen graugrünen Arkaden ge-

schaffen hat, unter denen niedrige Apfel- und Schlehenpflaumenbäume wachsen. Die Pflaumen sind grellrot, schwarz, zitronengelb und scheinen die blendende Gebirgssonne ganz in sich aufgenommen zu haben, so saftig und süß sind sie. Diese Bäume sind die natürlichen Begleiter, der Unterstand der Nußbäume. Ebenso wie die Berberitze, die Heckenrose und der Sanddorn in den Flußauen schaffen sie die günstigsten ökologischen Verhältnisse füreinander.

„Die Natur ist kein Tempel, sondern eine Werkstatt, und der Mensch der Schaffende darin“, sagte ein Held in Turgenjews Roman „Väter und Söhne“, und diese Worte sind die Parole der Mitarbeiter in den Forstwirtschaftsbetrieben. Den Wald zu schützen, ist noch zu wenig, man muß ihm zu neuem Wachstum verhelfen, ihn erweitern und vernünftig bewirtschaften.

Allein im Forstwirtschaftsbetrieb Kara-Alma betrug 1980 die nachgebeesserten Waldflächen 200 ha. Was weiß man im allgemeinen davon, was es heißt, einen Nußbaum aufzuziehen? Im Saatkamp werden die besten Sorten gezüchtet, dann die Samen in fließendem Wasser gehalten, um die lebensfähigsten auszuwählen. Erst dann pflanzt man sie ein. Die Setzlinge in den Baumschulen erfordern drei Jahre lang eine unermüdliche Pflege, und erst nach 6–8 Jahren trägt ein Nußbaum Früchte. Dafür kann er 200–300 Jahre, unter guten Verhältnissen, z. B. im kirgisischen Gebirge, sogar 500–700 Jahre alt werden. Die kirgisischen Förster bereiten also reiche Gaben nicht nur für ihre Enkel und Urenkel, sondern auch für Generationen auf Jahrhunderte hinaus vor.

Wissenschaftliche Institutionen Kirgisiens helfen den Förstern tatkräftig bei ihrer wichtigen Arbeit. Für die spezifischen Verhältnisse des Hochgebirges bedurfte es völlig neuer Forschungen, und dazu wurden zwei Forstversuchsstationen angelegt. Sie wurden der Akademie der Wissenschaften Kirgisiens unterstellt und unlängst in die Abteilung Forst am Institut für Biologie unter Leitung von Prof. P. Gan, Doktor der biologischen Wissenschaften, reorganisiert. In den Walnuß-, Obst-, Satelbaum- und Nadelwäldern entstanden Versuchspartzen und wissenschaftliche Stützpunkte. Dort werden Methoden zur Vermehrung und Veredelung verschiedener Baumarten vervollkommen. Der wirtschaftliche Effekt allein von der Zunahme an Nutzholz beträgt rd. 1 Mio Rubel im Jahr. Es wurden bereits Mutterplantagen in Usbekistan, Tadshikistan, im Kaukasus, in der Ukraine und in den Karpaten

angelegt. Sieben selektionierte Formen des Walnußbaums und fünf des Pistazienbaums werden geprüft.

An diesen Arbeiten nimmt auch aktiv der Botanische Garten der AdW Kirgisiens teil, dem 1964 der Status eines Forschungsinstituts verliehen wurde. Forscher, Forstwissenschaftler, Biologen und Botaniker haben einen regelmäßigen Austausch der Samen von Bäumen, Sträuchern, Arznei- und anderen Pflanzen mit 268 botanischen Gärten und Forschungsinstitutionen der Welt organisiert. Besonders intensiv ist der Austausch mit Großbritannien, der DDR, mit Polen, Rumänien, Frankreich, den USA, der CSSR und der BRD. Im Jahre 1977 wirkte in den Nußbaum-, Obst- und Nadelwäldern Kirgisiens beim Sary-Tschelek-See und im Naturschutzgebiet Arslanbob eine sowjetisch-

kultiviert. Damals wußte dort kaum jemand von den Kirgisen und ihrer einzigartigen Natur.

Die Walnußwälder sind wahre Schatzkammern. Jeder Baum bringt schon mit 25—50 Jahren 70—250 kg Nüsse. Die Frucht enthält 45—70% feine, nahrhafte Fette und einen hohen Gehalt an den Vitaminen C, B und A. Besonders reich an Vitamin C sind noch nicht ganz reife Nüsse, die zu aromatischer Konfitüre verarbeitet werden. Das Nußöl, ein ausgezeichnetes Nahrungsmittel, wird außerdem für die besten Seifen, Lacke und Tuschen verwendet. Das erstklassige Holz findet Anwendung in der Möbelindustrie und im Flugzeugbau, die Blätter und die Fruchthülle werden in der Medizin und der kosmetischen Industrie verarbeitet. Besonders wertvoll sind die Auswüchse am Stamm. Poliert,

schaft. Im Gebirge entspringt auch der wasserreiche Naryn, der besonders für die Energiewirtschaft wichtig ist, und weitere 30 reißende Gebirgsflüsse. Von 223 000 km² Abflußfläche des Syr-Darja befinden sich 109 000 auf kirgischem Territorium. Vom Zustand der Wälder hängt der Wasserstand der Flüsse ab. Im Sommer gibt der Wald die im Winter und Frühjahr angesammelte Feuchtigkeit über das Grundwasser an die Flüsse ab. Waldschutz bedeutet also Flußschutz. Die Förster Kirgisiens haben somit eine staatswichtige Aufgabe, und sie setzen all ihre Kräfte ein, um sie zu erfüllen.

Diplomförster Tolonbai Artykbajew, der Direktor der Forstwirtschaft „Kirov“ in Arslanbob (Gebiet Osch), einer der bekanntesten in der Südkirgisischen Verwaltung, erzählte uns, daß diese Wälder in alter Zeit vom Volk als heilig verehrt worden waren. Pilger kamen aus ganz Kirgisien zu Bobo-Aschata („Vater der Berge“) inmitten der Nußbaumwälder von Arslanbob, um von ihren Leiden geheilt zu werden. In der Tat sind diese und die höher wachsenden Sattelbaumwälder mit ihrer heilsamen, keimtötenden Luft, die zahlreichen Thermal- und Mineralquellen, die kristallklaren Gebirgsflüsse und das milde Klima als Luftkurort gleichsam prädestiniert.

In Sowjetkirgisien werden Maßnahmen zur Gesunderhaltung vom Staat getroffen. Auf einem dafür reservierten Gelände werden immer neue Sanatorien und Erholungsheime der Zentral- und der Republikministerien, Touristenherbergen und Kinderferienlager angelegt. Sie werden mit Waldfrüchten, Nüssen und Honig versorgt. Die Viehzüchter liefern die frische und die ebenfalls sehr gesunde gegorene Stutenmilch (Kumys).

Gemeinsam mit den Partei- und Staatsstellen unterhalten die Förster ständige Kontakte zu den Leitern der Kurkomplexe, leisten eine umfangreiche Erklärungs- und Erziehungsarbeit, zeigen Erwachsenen und Kindern, wie man diese einzigartigen Reichtümer, die Natur der Heimat pflegen muß.

An anschaulichen Beispielen und mit Hilfe der allmächtigen Massenmedien verbreiten sie Kenntnisse über die Umwelt, um die ganze Bevölkerung in Umweltschutzmaßnahmen einzubeziehen.

Wir wollen hoffen, daß solche Maßnahmen viel wirksamer sind als Verbote und Rügen. Mensch und Natur sind eins, das ist ein Axiom. Die Natur schützen heißt unsere Zukunft besser machen. Das muß zum Anliegen eines jeden von uns werden.



Auf den Bergweiden

Foto: J. Knorre

amerikanische botanische Expedition. Den amerikanischen Botanikern wurde wissenschaftliche und praktische Hilfe beim Herbarisieren und beim Sammeln von Samen sowie bei der Artbestimmung seltener Gräser erwiesen. Samen und Setzlinge werden regelmäßig in die Volksmongolei geliefert.

Das Interesse für den wildwachsenden Walnußbaum ist nicht zufällig. In Europa verbreitete sich die „welsche“ Nuß zur Zeit Alexanders von Mazedonien, der im Jahre 330 v.u.Z. seinen Feldzug nach Mittelasien begann und die Gegend am Oberlauf des Oxos (Amu-Darja) und des Jansarat (Syr-Darja) gerade dort streifte, wo heute die Forstwirtschaften Arslanbob und Kara-Alma liegen. Von dort brachte er die wohlschmeckende, nahrhafte Nuß. Die Bäume wurden in Griechenland (im Russischen heißt die Nuß „griechische Nuß“), im Kaukasus und dann in ganz Europa

zeigen sie eine ungewöhnlich schöne Maserung. Während des Krieges bestellte sich Winston Churchill einen Schreibtisch aus einem ganzen Stück Auswuchs, das in Kirgisien bearbeitet wurde. Es heißt, daß dieser Tisch bis jetzt in dem als Museum eingerichteten Arbeitszimmer Churchills in England steht. Der neue Flughafen „Manas“ in der kirgisischen Hauptstadt Frunse ist ebenfalls mit poliertem Nußbaumetäfel.

Aber die Wälder Südkirgisiens haben eine weitere, vielleicht die wichtigste Funktion. Sie schützen den Boden an den Berghängen vor Erosion, erhalten die Feuchtigkeit und regulieren den Wasserhaushalt und das Klima. Die Gebirgsketten, die fast das ganze Territorium des Gebiets Osch einnehmen, sind mit Schnee und Gletschern bedeckt, dort entspringen die wichtigsten Flüsse des Syr-Darja- und des Amu-Darja-Beckens, und dieses Wasser ermöglicht den Baumwoll- und den Gartenanbau in Mittelasien, im Gebiet Kysyl-Orda in Kasachstan, ermöglicht den Feldbau, die gesamte Landwirt-

Ihre Zeitschrift kritisiert die Wahlplattformen und -erklärungen der Präsidentschaftskandidaten der USA sowohl von der Republikanischen als auch von der Demokratischen Partei. Ich weiß, Ihre Sympathien gehören den amerikanischen Kommunisten, doch müssen Sie verstehen, daß diese Kandidaten keine Aussichten haben. Sie vergeuden nur unnütz ihre Kräfte im Wahlkampf.

Willy TRENOR
Rochester (N.Y.), USA



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Viktor
GRIBATSCHOW

Sie haben recht, Mr. Trenor, wir in der UdSSR sympathisieren in der Tat mit den amerikanischen Kommunisten und ihrer Wahlplattform. Wir machen kein Hehl daraus, ebenso wie aus unserer Haltung zu den Plattformen und Positionen sowohl der Demokraten als auch der Republikaner, besonders was ihre außenpolitischen Positionen angeht. Ich kenne Ihre politischen Anschauungen nicht, doch hoffe ich, daß auch Sie die fieberhaften Vorbereitungen Washingtons auf einen Kernkrieg nicht billigen, daß auch Sie die beschwichtigenden Erklärungen Ihrer Strategen, dieser Krieg sei für die USA nicht gefährlich, da das Gros der Amerikaner ihn überleben würde, nicht für bare Münze nehmen. Ich bin sicher, daß auch Sie nicht gerade davon träumen, radioaktiv verseuchte Ruinen dort zu sehen, wo heute Rochester liegt.

Darauf haben es jedoch die Republikaner wie auch die Demokraten abgesehen, die in ihren Wahlprogrammen um die Wette dazu auffordern, das Wehrrüstungen zu forcieren, die Vorräte an Raketenkernwaffen zu vergrößern und die abenteuerliche „neue Nuklearstrategie“ anzunehmen.

Die Wahlkampagne in Ihrem Lande wurde vom Big Business das sowohl Carter als auch Reagan unterstützt, zu einem Wettrennen gemacht, in dem Hunderte Millionen Dollars den Ausschlag geben. Die KP dagegen erfreut sich, wie Sie verstehen, nicht gerade der Gunst der Monopole und der bürgerlichen Propaganda, sie hat bei weitem nicht immer die Möglichkeit, breite Schichten der Amerikaner mit ihrem Programm bekannt zu machen. Die Teilnahme der KP an der Wahl-

kampagne gibt ihr diese Möglichkeit. Sie müssen zugeben, Mr. Trenor, daß die Zahl der Wähler, die das kommunistische Programm — ein genaues, konstruktives, vor allem aber die Interessen der Werktätigen berücksichtigendes Programm — von Wahl zu Wahl immer mehr Menschen unterstützen.

Zwischen 1940 und 1968 stellte die KP der USA keine Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten auf. Es gab viele Gründe dafür, vor allem waren es die rücksichtslosen Repressalien der Administration gegen die Partei und ihre Führer. Über die Wahlkampagne 1968 sagte Gus Hall, Generalsekretär der KP der USA: „Wir haben einen wichtigen Anfang im Kampf für die Wahlrechte unserer Partei gemacht und ihn mit dem Kampf der Massen für aktuelle Forderungen vereinigt.“

Bei der Wahlkampagne vier Jahre später wurden unter die Listen zur Unterstützung der kommunistischen Kandidaten 400 000 Unterschriften gesammelt. Weitere vier Jahre später betrug diese Zahl mehr als eine halbe Million.

Es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen das Programm der amerikanischen Kommunisten darzulegen. Aber es würde Ihnen zeigen, wie und warum die Kommunisten es verstanden, in kurzer Zeit, ohne den Werberummel, der die Kampagnen der Demokraten und Republikaner untermalt, solche Erfolge zu erzielen. Die KP der USA wendet sich konsequent gegen das gefährliche, kostspielige Wehrrüstungen und setzt sich für die weitere Entspannung ein. In der Wahlkampagne dieses Jahres betonte Gus Hall, daß es keine Alternative zur friedlichen Koexistenz gibt, für die die UdSSR eintritt.

Das Programm der amerikanischen Kommunisten wird von vielen Wählern auch deshalb gebilligt, weil es konkret ist, keine verschwommenen Versprechungen und Formulierungen enthält, wie sie in den Programmen der Republikaner und Demokraten, welche sich über die komplizierten Probleme des Landes hinwegsetzen, gang und gäbe sind. Die amerikanischen Kommunisten unterbreiten begründete Vorschläge zum Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und hemmungslose Teuerung. Auch das Verantwortungsbewußtsein der KP bei der Ausarbeitung realistischer Lösungen für diese Fragen ist für die Wähler anziehend.

Heute hat die KP erreicht, daß ihre Kandidaten in 21 Bundesstaaten und im hauptstädtischen Distrikt Columbia registriert wurden. Diese Zahlen sind nicht endgültig. Dabei muß man bedenken, auf welchen Widerstand der Obrigkeiten die Kommunisten in jeder Wahlkampagne stoßen. Alles ist gegen sie: bürokratische Tricks, die antikommunistischen Gesetze in mehreren Staaten, Provokationen der FBI-Agenten und die Weigerung der Fernsehgesellschaften, den Kommunisten Sendezeit zu überlassen. Trotzdem steigt die Zahl der Amerikaner, die die Kommunisten unterstützen, wie gesagt, an. Im Jahre 1972 waren die Kandidaten der KP in 13 Bundesstaaten und im Distrikt Columbia, 1976 aber in 19 Staaten und demselben Distrikt registriert.

Nein, Mr. Trenor, die Kommunisten vergeuden ihre Kräfte nicht, wenn sie an den Wahlkampagnen teilnehmen: Sie tragen ihr Sozialprogramm, ihre Ansichten und Urteile, ihre Standpunkte zu den Weltproblemen an die Volksmassen heran.



Laut Zeitungen könnte die Wahl des neuen USA-Präsidenten in diesem Jahr dem Repräsentantenhaus übertragen werden. Warum!

N. MALYSCHEW
Moskau

Das geschieht, wenn keiner der Kandidaten die erforderliche Mindestzahl der Stimmen der Wahlmänner — 270 — erhält. Dann wird der Kongreß am 6. Januar zur Abstimmung schreiten. Unabhängig von der Vertreterzahl eines Bundesstaates im Unterhaus hat jeder davon nur eine Stimme. Mindestens zwei Drittel der Abgeordneten müssen anwesend sein. Zur Wahl des Präsidenten ist die absolute Mehrheit erforderlich.

Wenn das Repräsentantenhaus die Wahl bis zum 20. Januar — dem Tag der Inauguration — nicht treffen kann, übernimmt

der Vizepräsident zeitweilig die Funktionen des Präsidenten.

Der neue Vizepräsident wird vom Senat gewählt. Jeder Senator hat ebenfalls nur eine Stimme.

Falls sich weder das Repräsentantenhaus noch der Senat auf eine Kandidatur einigen, übernimmt der Speaker des Repräsentantenhauses die Obliegenheiten des Präsidenten solange, bis die Abstimmung ein Ergebnis zeigt.

Der letzte Fall der Wahl eines Präsidenten durch das Repräsentantenhaus war 1824, als John Quincy Adams Präsident wurde.

Billy-Beer

NZ 32/1980 hatte schon mitgeteilt, daß Billy Carter seinen Namen einer Bierbrauerei vermachte. Billy-Beer mit dem Porträt des Präsidentenbruders auf der Dose kam schon 1977 auf den Markt. Aber es schmeckte den Leuten nicht, und als Billy 1979 auch noch in eine Entziehungsanstalt kam, verschwand das Getränk völlig aus dem Blickfeld. Billygate hat nun die Nachfrage nach Billy-Beer wieder gesteigert. Ein Barman aus Seattle verramschte seine Reserven und erklärte, er werde die Einnahmen einem Hospital für wilde Tiere zukommen lassen, da Billy selbst ein „wilder Bursche“ sei. Der Billy-Gerstensaft ist nun auch in Washington wieder salonfähig.

Wer ist der nächste?



Immer mal wieder erweist sich ein Angehöriger der „weißen Elite“ in der RSA als Steuerhinterzieher oder Bestechungsgeldempfänger oder beides zugleich. Die nächste Nummer nach dem einstigen Präsidenten Vorster wurde ein anderer ehemaliger Präsident, Nicolaas Diederichs. Vor kurzem wurde sein Geheimkonto bei einer schweizerischen Bank entdeckt, auf dem eine hübsche Summe — 38 Millionen Dollar — gebucht war. Man nimmt an, diese Summe sei mit der Kürzung des Regierungsfonds zur Finanzierung von „Propagandaaktionen zur Erhöhung des

Auslandsprestiges der RSA“ gestiegen. Bei der Untersuchung der Verteilung dieses Fonds wurde das Geheimkonto aufgedeckt.

Frauenausleihe



Eine neue Dienstleistung bietet die US-Amerikanerin Karen Donovan, die in Kalifornien eine „Frauenausleihe“ eingerichtet hat. Ehefrauen sind für unbegrenzte Frist erhältlich. Sie begleiten den Kunden während seines Urlaubs oder ins Theater, machen die Wohnung sauber, gehen einkaufen und kochen das Essen. Von echten Ehegattinnen unterscheiden sich Mrs. Donovans Maiden nur dadurch, daß sie bezahlt werden müssen. Andererseits aber sind sie deshalb natürlich verpflichtet, aufmerksam und verständnisvoll den Klagen und Geboten des Mannes zu lauschen.

Wahllügen-Detektor

Damit der bundesdeutsche Wähler feststellen kann, ob die Bundestagskandidaten auch hübsch die Wahrheit sagen, kann er jetzt einen Pocket-Lügendetektor der Frankfurter Firma Target Communications Systems erwerben. Das Gerät soll auf geringste Schwankungen in den Stimmfrequenzen des Redners reagieren und so den Wahrheitsgrad seiner Äußerungen fixieren. Nicht alle Wähler können das

Ding jedoch kaufen, denn es kostet immerhin 850 DM. Aber viele kommen auch ohne Detektor aus, weil sie den Wert von Wahlversprechen kennen.

Gullydeckel gesucht

Auf einer Straße der sizilianischen Stadt Catania krochen unlängst die Kraftfahrzeuge im Schnecken tempo und unwahrscheinlich kurvenreich dahin. Unbekannte hatten ganze 148 Gullydeckel gestohlen. Die Polizei konnte die Diebe nicht ausfindig machen und resignierte, die Deckel seien offenbar eingeschmolzen und als rarer Rohstoff verkauft worden.

Seltenheit

Münchens Zoo bietet außer Flußpferden und Antilopen eine neue Sensation.



Geigenhüter

Glauben sie nicht, daß der Fiedler auf dem Foto festgenommen wurde. Es handelt sich um Prof. Mosconi aus der italienischen Stadt Cremona. Die Karabinieri bewachen nur seine Geige, eine Stradivari aus dem Jahre 1715, die mit 1,2 Mio Schweizer Franken versichert ist. Das Instrument wurde in England erworben und der Heimatstadt Stradivaris, Cremona, zum Geschenk gemacht.

Täglich wird zu einer bestimmten Zeit und zur großen Freude der staunenden Kinderschar eine Kuh auf altertümliche Weise von Hand gemolken. Grund: In Großstädten haben viele Kinder keine Ahnung, woher die Milch überhaupt kommt.

Gewohnheitssache

Am gleichgültigsten gegenüber Verbrechen, die vor ihren Augen geschehen, sollen die Einwohner New Yorks sein. Ein Professor der Universität Fordham hat in dreijähriger skrupulöser Arbeit festgestellt, daß nur 3% seiner Mitbürger versuchen, eine Gesetzesverletzung, deren Zeuge sie werden, zu verhindern. Nach einem Forschungsplan des Professors klauten seine Studenten Fahrräder vor den Eingängen zu Polizeirevier, luden fremde Kräder auf LKWs, brachen Autoschlösser auf... und keiner störte sie.

Zeichnungen:
V. Trintschenko



„WELTGEWERKSCHAFTSBEWEGUNG“ —

ORGAN DES WELTGEWERKSCHAFTSBUNDES

- Wenn Sie sich für Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage der Werktätigen in verschiedenen Teilen der Erde, in Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung interessieren,
- wenn Sie wissen möchten, wie die Gewerkschaften die Lebensinteressen der Werktätigen verteidigen und den Kampf gegen die Offensive der Monopole organisieren,
- wenn Sie mehr über die aktive Teilnahme der Werktätigen an der Massenbewegung für Entspannung, die Festigung des Friedens und die Abrüstung erfahren wollen,
- wenn Sie mehr Informationen über die immer größere Rolle der Werktätigen in den Entwicklungsländern bei der Festigung der nationalen Unabhängigkeit und beim Aufbau eines neuen Lebens erhalten wollen



LESEN SIE DIE ZEITSCHRIFT

„WELTGEWERKSCHAFTSBEWEGUNG“

Die Zeitschrift analysiert Probleme, die die Lebensinteressen der Werktätigen berühren, bringt Diskussionsbeiträge über die Wege zur Festigung der Einheit und zur verstärkten Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Aktionen.

Die Zeitschrift erscheint monatlich in Deutsch, Französisch, Englisch, Spanisch, Arabisch, Russisch, Portugiesisch, Japanisch und Rumänisch.

Sie können die Zeitschrift in jeder dieser Sprachen über Gewerkschaftsorganisation abonnieren oder sich direkt an die Redaktion der entsprechenden Ausgabe unter einer der folgenden Adressen wenden:

In Französisch, Englisch und Arabisch

CSSR, Weltgewerkschaftsbund, Vinohradská 10, 10-12 147 Prag

In Spanisch

MEXIKO Universidad Obrera, San Ildefonso 72, Mexico 1, D.F.

In Portugiesisch

PORTUGAL, Edicoes Solidaridade, R. Eucaliptos, 10-3, Larenhero 2800 ALMADA

In Deutsch

DDR, Verlag TRIBÜNE, Am Treptower Park 28-30, 1193 BERLIN

In Japanisch

JAPAN, Senbai Kaikan, WFTU TOKYO OFFICE, Shiba 5-26/30 Minatoku TOKIO

In Rumänisch

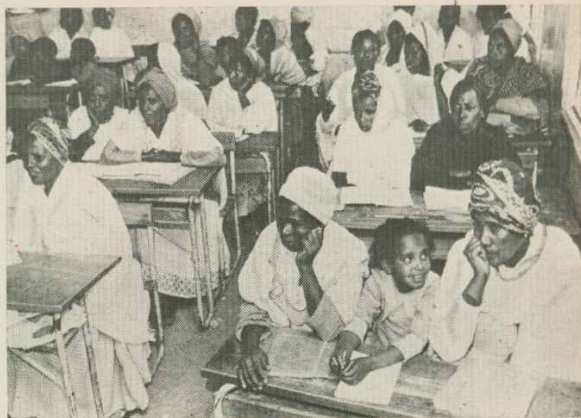
RUMANIEN, Ziarul „Munca“ (Revista FSM) Piata Scintei 1 BUKAREST

Im Objektiv: ÄTHIOPIEN

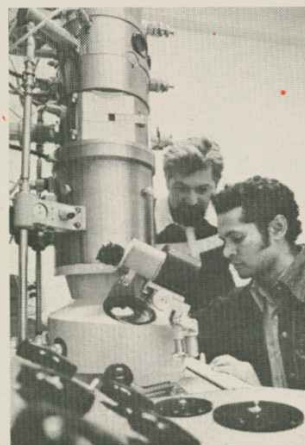
Für das 30-Millionen-Volk Äthiopiens sind in den letzten sechs Jahren grundlegende Wandlungen eingetreten. Die Revolution von 1974 legte die tausendjährige Monarchie hinweg. Das Land wird jetzt vom Provisorischen Militärverwaltungsrat regiert, der die Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus schaffen will. Es wurde eine Kommission zur Gründung der Partei der Werktätigen Äthiopiens gebildet.

Die Tätigkeit des Militärverwaltungsrats entspricht den sozialen Wünschen der Werktätigen. Ihnen gilt ein neues Arbeitsgesetz, die Einführung des 8-Stunden-Tags und des bezahlten Urlaubs. Eine Agrarreform übergab den Boden denen, die ihn bearbeiten. Erste Schritte zur Genossenschaftsbildung auf dem Land werden unternommen.

Viele Schwierigkeiten sind jedoch noch zu überwinden, vor allem die wirtschaftliche



Sie wollen lernen



Sowjetische und äthiopische Virologen arbeiten an Problemen des Schutzes von Agrarkulturen

Rückständigkeit. Die von Ausbeutung befreite Arbeit ist das Unterpfand für die erfolgreiche Lösung dieses brennenden Problems. Eine wichtige Rolle spielt auch die Alphabetisierung.

Äthiopien betreibt eine ant imperialistische Außenpolitik. In der Nichtpaktgebundenen-Bewegung, in der OAU sowie in der UNO setzt es sich konsequent gegen Rassismus und Neokolonialismus, für Entspannung und Frieden ein. Äthiopien pflegt eine allseitige Zusammenarbeit mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Basis seiner Beziehungen zur Sowjetunion ist der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit.

Im Hafen von Massaua



Addis Abeba hat wunderschöne Plätze

In einer Textilfabrik in Akaki



Festzug in Addis Abeba



Zuckerrohrrente

Fotos: TASS